

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis für den Monat 1,10 RM, für den Vierteljahr 3,20 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnementspreis 1,10 RM pro Monat. Eintragungen in die Post-Zustellungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Ostpreußen 2 Pf. für das übrige Ausland 3 Pf. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 20 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (leibgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengeluche und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 27. Januar 1910.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Freisinniges aus Eisenach-Dermbach.

Während der Freisinn in Preußen, statt mit allen Mitteln und dem erdenkbarsten Nachdruck einen Volkssturm für das allgemeine und gleiche Wahlrecht zu organisieren, mit gekreuzten Armen der Vorlage harret, mit der Major von Bethmann Hollweg den Landtag beglücken wird, ist er in Eisenach-Dermbach bemüht, das Mandat den Nationalliberalen anzuliefern! Einer Partei also, die sich mit aller Bestimmtheit gegen die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen ausgesprochen hat! Das Tragikomische aber ist, das just der freisinnige Politiker, der im Jahre 1907 den Freisinn bestürmt hatte, doch Wahlrechtsfanfaren durchs Land schmettern zu lassen, gerade in dem Augenblick, wo auch für den schlappsten Freisinnigen der Wahlrechtskampf bitterster Ernst werden sollte, diesen Ernst damit beweist, daß er in Eisenach-Dermbach gegen den sozialdemokratischen Kandidaten zu Felde zieht, um einem nationalliberalen Wahlrechtsgegner zum Siege zu verhelfen!

Der Mann, der sich zum Hauptakteur in solcher tollen Farce hergibt, ist kein anderer als Herr Raumann! Erst vor ein paar Wochen hielt er bei der Erörterung des Zwangsarbeitsnachweises eine flammende Rede gegen die Brutalität des großindustriellen Unternehmertums. Und am letzten Sonntag forderte dieser unberechenbarste aller Politiker in ebenso flammender Rede die freisinnigen Wähler des Wahlkreises Eisenach-Dermbach auf, Mann für Mann für den Kandidaten der Partei zu stimmen, die eine festeste Stütze dieses brutalen Industrie-feudalismus darstellt!

So kämpft Herr Raumann, der Wahlrechtskämpfer, für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen! So läßt Herr Raumann die sozialpolitische Zelebrität des Freisinn, die Macht des rücksichtslosesten Schlotjunkerturns brechen!

Herr Raumann hat der überrochendsten Wandlungen so viele vollzogen, daß er für jeden ernsthaften Politiker längst abgetan ist. Nur unheilvollste Verblendung kann noch wähnen, daß hinter der bestechenden Phrasologie dieses Schönredners und Stildrechers sich noch etwas befinde, das politischem Charakter und politischer Konsequenz auch nur von ferne ähnelt. Herr Raumann ist eben ein ins Pastorale übersehener Maximilian Harden, ein Mann, dessen höchster Ehrgeiz es zu sein scheint, sich in der Bewunderung von Rednern und anderen politischen Kindern zu sonnen. Aber weil Herr Raumann gleichwohl im Freisinn selbst als großes politisches Licht gilt, als sein hervorragendster Sozialpolitiker, offenbart das skandalöse Auftreten dieses unfähigen Politikers die ganze unsäglichste Zerrüttung des Freisinn.

Wenn der Freisinn sich in Eisenach-Dermbach zu schwach fühlte, auf eigene Faust einen Waffengang zu wagen, und wenn er nicht die Courage ausbrachte, für den Sozialdemokraten einzutreten, weshalb übte er nicht wenigstens Neutralität? Wäre es denn gar so schrecklich, wenn an Stelle Schads ein Sozialdemokrat in den Reichstag einzöge? Kann es denn einen zuverlässigeren Verfechter jedes demokratischen und sozialpolitischen Fortschritts geben, als einen Sozialdemokraten? Aber nein, der Freisinn schlug sich auf die Seite der Nationalliberalen, in der Hoffnung, daß vielleicht im Jahre 1912 dann die Nationalliberalen für eine „freisinnige“ Kompromißkandidatur zu haben sein möchten. Als ob ein auf die Gnade der Nationalliberalen angewiesener Freisinn nicht ein Jammergewächs wäre, das dem Bloßfreisinn schmachvollen Angebens ähnlich sähe wie ein Ei dem andern!

Dabei warf sich Herr Raumann zum Säulmeister der Sozialdemokratie auf. Ein Raumann als politischer Lehrer! Die Sozialdemokratie müsse „anständiger“ werden. Sie müsse „einsehen lernen, daß wir alle in einer gebrochenen Kultur leben, daß wir Bürgerlichen auch nicht für die jetzigen gesellschaftlichen Zustände können, in die wir genau so, wie die Sozialdemokratie, hineingewachsen sind“. Die Sozialdemokratie müsse militärförmig werden, durch Anpassung an die „gebrodene Kultur“ ihre Regierungsfähigkeit beweisen, und was dergleichen abgehäuftes nationalsoziales Geschwätz mehr war.

Herr Raumann will durch einen Bloß von Bebel bis Wassermann die Macht der Rechten brechen. Und da weder Bebel noch Wassermann von dieser Utopie etwas wissen wollen, führt Raumann wenigstens den braven Freisinn den Nationalliberalen als Hilfstuppe zu, um — am Vorabend der preussischen Wahlreform! — mit freisinniger Hilfe einen Sozialdemokraten durch einen Nationalliberalen zu verdrängen! Durch einen Anhänger der Partei, die zu den grimmigsten Gegnern der politischen Gleichberechtigung der Arbeiter und ärmeren Volksschichten gehört, zu den erklärten Feinden des allgemeinen, gleichen Wahlrechts! Einer Partei, die in Sachsen, Hamburg, Lübeck usw. die niederrächtigsten Wahlräubereien verübt hat. Die zu den eifrigsten Freunden und Unterhägern der indirekten Steuern und der Zölle auf Lebensmittel gehört. Die für alle Sperrmaßregeln gegen Fleisch- und Lebensmitteleinfuhr eingetreten ist. Die 1905 für die Erhöhung der Biersteuer, für die Zigarrensteuer gestimmt hat und auch 1908 gewillt war, für die Bier-, Tabak-

und Branntweinsteuerverhöhung zu stimmen! Die das preussische Schulverfassungsgesetz hat mitmachen wollen, kurz, die sich allezeit als Hort aller Reaktion und Feind alles wirklichen Kulturfortschritts erwiesen hat!

Das sind die Wahlrechtsfanfaren des Herrn Raumann! Das ist nach den pomphaften Worten des Herrn Raumann die sozialpolitische Tat! Das ist der Freisinn, wie er leibt und lebt, der Freisinn, der damit seinen Dank abstattet für den Ordensfegen, der als Anerkennung für die Verleugnung aller freisinnigen Prinzipien über seine Führer niedergegangen ist!

Aus dem Wahlkreis Eisenach-Dermbach wird uns vom 25. Januar geschrieben:

Je näher der Wahltag (29. Januar) heranrückt, desto fieberhafter arbeiten die einzelnen Parteien um die Palme des Sieges. Unsere Parteigenossen haben in systematischer Arbeit ihre Säuligkeit getan. Am vergangenen Sonntag wurde das dritte Flugblatt vorbereitet, das sich in der Hauptsache mit den Landwirten und Gewerbetreibenden beschäftigt. Die Nationalliberalen sind in der Agitation nach viel gemeiner geworden als die Antifemiten. Wahrscheinlich, niedriger kann keine Partei mehr sinken in der Agitation wider die Sozialdemokratie, als der nationalliberale Kandidat Appellius und seine Helfershelfer. Aber auch die Freisinnigen haben angefangen, den Kampf gegen die sehr gefürchteten Sozialdemokraten aufzunehmen. In der ersten Zeit des Wahlkampfes verhielten sich die Herren passiv. Bei dem bekannten Kandidatenstreit wurden die Freisinnigen von den Nationalliberalen zu sehr angegriffen, und darum stellten sich die Freisinnigen in den Schmolzwinkel. Die Eisenacher Nationalliberalen warfen den Freisinnigen folgende Liebenswürdigkeiten an den Kopf:

„Die Freisinnigen schämen sich trotz ihrer tatsächlichen Bedeutungslosigkeit überall sehr hoch ein, in ihrer Weisheitheit finden sie nur noch Jugkraft bei sich. Sie fordern für jede Unterstützung eines anderen Kandidaten höchste Preise und bei jedem Jugendsünden fordern sie mehr, und wenn alle Forderungen bewilligt sind, dann mädeln sie an den Kandidaten und schließlich ist ihre Unterstützung doch nicht viel wert.“

Nun scheint aber der Bruderstreit begraben zu sein. Denn den Freisinnigen ist nun erlaubt, auch als Freisinnige nationalliberale Agitation zu treiben. Am Sonntag hatten sich die Eisenacher Freisinnigen sogar Herrn Pfarrer Raumann als Redner verschrieben. Herr Raumann sprach in einer gutbesuchten Versammlung, die allerdings zur Hälfte aus Sozialdemokraten bestand. Und Herr Raumann, der bekannte Sozialpolitiker und glänzende Redner, so schreiben die Eisenacher bürgerlichen Blätter, hat sie alle „belehrt“. Herr Raumann ist ja in Sachen-Weimar kein Unbekannter. Im Jahre 1896 hielt Raumann in der Universitätsstadt Jena sechs Vorträge über das „Kapital“ von Karl Marx. Im Jahre 1897 ließ sich derselbe Pfarrer Raumann im Wahlkreis Jena-Neustadt als nationalsozialer Reichstagskandidat aufstellen. Von da aus wollte dieser Phantast die ganze Welt erobern. Dem Liberalismus, der nach Herrn Raumanns damaliger Ansicht den Anschluß an die Arbeiterschaft versäumt hatte, wurde die Ablösung durch die nationalsoziale Partei erklärt. Aber auch die Sozialdemokratie wollte er „ablösen“. Wem klingen nicht heute noch die Worte vom „demokratischen Kaiserturn“ in die Ohren? Im Jahre 1898, kurz vor der Reichstagswahl, erlitt Herr Raumann in Jena eine schöne Niederlage. In einer Versammlung, die bis nachts 2 Uhr sich ausdehnte, mußte dieser mit „gewaltigen Kriegsplanen“ ausgezogene Herr vor einfachen Arbeitern seine Waffen strecken. Herr Raumann, der alles ablösen wollte, kam als nationalsozialer Kandidat noch nicht mal in die Stichwahl!

Herr Raumann ist heute ein anderer geworden und doch derselbe geblieben. In Eisenach hat er gewaltig Propaganda gemacht für den Liberalismus. Nach seiner jetzigen Ansicht gehört dem „geierten Liberalismus“ die Zukunft. Mit der Sozialdemokratie setzte sich Herr Raumann in Eisenach auch auseinander. Er hielt ihnen vor, „daß sie den Kampf gegen die bürgerlichen Parteien auf die Spitze treiben und daß sie sich nicht wundern dürften, wenn die Bürgerlichen es ablehnten mit ihnen zu verhandeln, angesichts der fortwährenden Beschimpfungen und unwahren Behauptungen des „Vorwärts“.“ — Dies sagt Herr Raumann in einem Augenblick zu sagen, wo die Nationalliberalen mit den gemeinsten Mitteln und im rüdesten Ton die Partei der Arbeiter bekämpft! Weiter herunter kann wohl kaum ein Politiker kommen als Herr Raumann. Der Mann hat es fertig gebracht, den nationalliberalen Kandidaten Appellius, der sich bei der letzten Landtagswahl mit den Antifemiten und Vorsitzenden der Wirtschaftlichen Vereinigung in Eisenach v. Eichel-Streiber gegen die Sozialdemokratie koalierte, die Freisinnigen zur Wahl zu empfehlen! Ob's helfen wird? Wir sehen dem Tag der Wahl mit der größten Zubeisicht entgegen, obgleich unsere Gegner die größten Anstrengungen machen, uns die Säle abzutreiben, damit wir den Wählern die Wahrheit nicht sagen können.

Der Säbel gegen die Wahlrechtsdemonstration.

Ein abgeschlagener Arm!

Die abgeschlagene Hand von Breslau, das furchtbare Wahrzeichen preussischer Polizeipraxis, hat ein furchtbares Gegenstück erhalten. Die Braunschweiger Polizei

hat bewiesen, daß sie es an „Schneidigkeit“ mit der preussischen Kollegin aufnehmen kann. Sie hat den abgeschlagenen Arm eines Knaben als Siegestrophäe vom Wahlrechts-schlachtfeld heimgebracht!

In Braunschweig, wo ein Klassenlandtag, der auf Grund eines dem preussischen Dreiklassenrecht gleichwertigen Wahlsystems gewählt wird, sich soeben des einzigen sozialdemokratischen Vertreters durch Ungültigkeitserklärung seines Mandats entledigt hat, haben die Arbeiter gewagt, eine Straßendemonstration zu veranstalten. Es ist dabei keiner Rage noch Fensterstöße ein Leids gesehen, aber die heilige Straßendemonstration ist verletzt worden. Die Ohren der Landtagsabgeordneten und des Ministers sind durch Hochrufe auf das ihnen verhaßte gleiche Wahlrecht beleidigt worden! Was gilt all demgegenüber das durch das Wahlrecht verletzte Rechtsgefühl des Volkes! Und die Polizei war gereizt, denn die Proletarier sind vor kurzem so frech gewesen, gar den Hochzeitseinzug des Regenten zu einer Wahlrechtsdemonstration zu benutzen. Und so hat denn die Polizei „ein blutiges Exempel statuiert“. Viele Verwundete und ein abgeschlagener Knabenarm bezeugen ihren Eifer!

Ueber die Vorgänge meldet uns eine Privatdepesche aus Braunschweig vom 26. Januar:

Kurz vor 6 Uhr veranstaltete heute Abend die Arbeiterschaft eine große Wahlrechtsdemonstration. Der Landtag ist Dienstag zusammengetreten und hat sich heute wieder vertagt. Am Nachmittag waren die Landtagsabgeordneten zu einem Festessen im Ministergebäude versammelt. Das wußten die Arbeiter und strömten plötzlich — direkt aus der Fabrik kommend — von allen Seiten in dichten Scharen heran, die Marschlied singend, und im Ru war der Bohlweg an dem das Ministerium liegt, dicht gefüllt von Menschen. Es waren wohl 5-6000 Arbeiter, die dort, vor dem Ministerium, Hochrufe auf das freie Wahlrecht ausbrachten.

Schnell war die Polizei zur Stelle, besetzte die Straßenzüge und auf einen Signalklang flogen die Schuppenketten herunter und die Säbel aus der Scheide. Dann wurde Blindlings darauf losgeschlagen, obgleich sich die Arbeiter absolut ruhig verhielten und durchaus keine Ausschreitungen begingen. Die Polizei hante wie die Wilden und verletzte eine ganze Anzahl Personen, selbst Frauen und Kinder. Viele wurden verwundet und sofort in anliegende Häuser getragen. Einem Knaben wurde von einem Polizisten der Arm abgeschlagen!

Selbst das Bürgerturn verurteilt in scharfen Äußerungen die Taten der Ordnungswächter.

Am Abend demonstrieren die Arbeiter in drei Versammlungen für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht!

Die Wut der Braunschweiger Polizei reicht sich den Wahlrechts-schlachten des Jahres 1908 zu Berlin, des Jahres 1909 zu Hannover und Stettin an! Die Herrschenden wollen den Auf des Proletariats nach dem gleichen Recht in Blut erstickt! Es wird ihnen nicht gelingen.

Der abgeschlagene Arm des Proletariats von Braunschweig wird neue Scharen zum Heer der Wahlrechtskämpfer führen. Und kommenden Jahrhunderten noch wird er ein furchtbares Zeugnis der Barbarei einer Klasse sein, die sich lauten Rundes rühmt, die Kultur gegen die roten Barbaren zu verteidigen!

Zur Essener Wahlrechtsdemonstration.

Die Meldung, daß anlässlich der Wahlrechtsdemonstration in Essen im Segerothgürtel junge Burschen Steine auf die Polizei geschleudert, die Polizei blank gezogen und mehrere Leute verletzt habe, ist absolut unrichtig. Es ist weder den Demonstranten irgend etwas von diesem Vorkommnis bekannt, noch erwähnt es der Polizeibericht.

Eine neue Nummer.

Aus dem Reichstag, 26. Januar. Nach Einem Heeringen! Im Grunde ist es ja einerlei, wie der General an der Spitze des Kriegsministeriums heißt. Es wird immer der nämliche Faden weiter gesponnen; es gibt nur eine neue Nummer. Nichts ist so beharrlich in der Welt des Jökakurfes, als die Willensbefähigung des Militarismus. Eingeführt hatte sich der neue Kriegsminister schon gelegentlich der Interpellation über den Streik in Mansfeld. Seine Form war also schon bekannt. Daß er dem Reichstag Ueberraschungen bereiten würde durch die Entwicklung neuer Gedanken und Pläne, hatte wohl niemand erwartet. Originelle Köpfe wachsen im Preußen Wilhelm's II. nicht in hohe Militärposten hinein. Günstigstenfalls gib's gute Durchschnittsware.

Die Debatte über den Militäretat wurde dieses Jahr wieder eröffnet durch den Zentrumsabgeordneten Häusler, der bekanntlich ein bayerischer General a. D. ist. Für einen Zentrumsmann in der Schnapsblodara sprach er äußerst scharf und oppositionell. Eröffnete er doch seine Ausführungen mit der Bemerkung, daß das unerträgliche Anschwellen der Militärkosten den Wunsch aufkommen lasse: lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schreden ohne Ende. Auch seine Kritik im einzelnen war beratt, daß sie auf der Linken, auch bei den Sozialdemokraten, wieder-

holl Zustimmung erweckte, während im Zentrum verlegenes Schweigen herrschte. Er erwiderte indes in besänftigenden Tönen, indem er dem neuen Kriegsminister volles Vertrauen entgegenbrachte.

Der nationalliberale Dr. Djanu aus Hessen suchte dann durch eine patriotische Kriegervereinsestredende den Beweis zu erbringen, daß die Nationalliberalen eigentlich doch die militärkompetente Partei sind. Es passierte ihm indes dabei das Mißgeschick, daß er mit der Behauptung, in Bayern seien die Militärministerhandlungen über das preussische Maß hinausgeschwollen, dem Vertreter Bayerns auf die Nüchternen trat. Erregt wies der bayerische Militärbevollmächtigte General v. Gehfackel die Bayern angetane „Beleidigung“ als den Tatsachen durchaus widersprechend zurück.

Dann übte Genosse Stücklen in längerer Rede vom sozialdemokratischen Standpunkte aus scharfe Kritik an den militärischen Einrichtungen sowohl wie besonders an dessen vielen Auswüchsen. Wie schon oft, aber leider bisher immer vergeblich, wies er auf die üble Einwirkung des Militärkabinetts hin, das im Hintergrund bliebe, aber doch buchstäblich eine viel größere Macht ansäube als das Ministerium. Sehr bedenklich sei es, daß Generale sich in die Politik mischen, wie der General v. Deimling, der bei einem Referentenabschied den Ausspruch tat: „Das Bequassel vom ewigen Frieden ist Rumpst.“ Es werde ja auch immer die Arbeiterklasse als der „innere Feind“ dargestellt, gegen den die Armee einmal mobil zu machen sei. Eingehend erörterte Stücklen dann, wie bei der Behandlung des Ueberfalls des Unteroffiziers Feith in Bonn durch Einjährige vom Korps „Pommern“ sich die krasseste Klassenjustiz herausgestellt habe. Stücklen schloß mit der Versicherung, daß die Sozialdemokratie gegen die kapitalistischen Kriegsinteressen den Kampf durchzuführen werde, bis der Weltfrieden gesichert sei.

Der neue Kriegsminister v. Seeringen trat den Ausführungen unfreudig Genossen mit den gewohnten Argumenten entgegen, doch ist anzunehmen, daß er sich jeder bramarbasierenden Provokation enthielt. Schon der gemüthliche Ton seines leicht mit thüringischem Dialekt gefärbten kräftigen Organs wirkt nicht aufregend. Auch nicht mit einem Wort verfiel er in Sozialistenfresserei. Er verwahrte sogar ausdrücklich: Wir treiben keine Politik und wollen nur Soldaten sein! Abwarten muß man indes, ob dieser löbliche Vorsatz nicht unter den Einflüssen, die zweifellos auf ihn geltend gemacht werden, bald in die Brüche geht.

Aus der neuen Berufsstatistik.

Mit dem Bande 205 der Statistik des Deutschen Reiches wird der Teil des Quellenwerkes der Berufsstatistik vom Jahre 1907 abgeschlossen, der die Gesamtbevölkerung der Bundesstaaten nach Haupt- und Nebenberuf darstellt. In gleicher Weise wie der Band 204 für den größten Bundesstaat Preußen, seine Provinzen und größeren Verwaltungsbezirke, behandelt der neue Band die Gesamtbevölkerung der übrigen Bundesstaaten, ihrer Landes- und größeren Verwaltungsbezirke, scheidet die Bevölkerung nach der Beziehung zum Hauptberuf in Erwerbstätige, beruflose Selbständige, bei der Herrschaft lebende Dienende und Angehörige (ohne eigenen Hauptberuf) und ordnet diese Bevölkerungsgruppen nach den Berufsarten, zu denen sie (unmittelbar oder mittelbar) gehören. Dabei werden die Berufsarten auch nach Berufsgruppen und -abteilungen zusammengefaßt und die Berufsstellungen darin nachgewiesen, nämlich die Stellung im Beruf als Selbständige, Angestellte oder Gehilfen (Arbeiter einschließlich auch der mittelebenen Familienangehörigen). Weiterhin wird dargestellt, wie viele der hauptberuflich Erwerbstätigen jedes Berufes Nebenberuf treiben unter Herbeizählung des Nebenberufs in der Landwirtschaft. Sodann werden die auf jeden Beruf entfallenden Fälle nebenberuflicher Tätigkeit aufgeführt und dabei die Anzahl der Fälle besonders berücksichtigt, in denen hauptberuflich Beschäftigte noch im Nebenberuf tätig sind.

Nach dem Hauptberuf gehörten 1907 zur Berufsabteilung Landwirtschaft, Gärtnerei und Forstwirtschaft

im Bundesstaat	als Erwerbstätige	als Berufsangehörige überhaupt (Erwerbstätige mit ihren Angeh. und Dienenden zul.)
Bayern	1 097 948	2 659 127
Sachsen	261 902	490 962
Württemberg	506 061	882 421
Baden	426 796	672 945
Hessen	163 887	341 899

Das sind von 100 der in Erwerbstätigen	Gesamtbevölkerung	
Bayern	45,02	40,30
Sachsen	11,91	10,71
Württemberg	41,35	37,74
Baden	37,99	32,71
Hessen	29,21	27,67
im Vergleich dazu		
Preußen	32,58	28,59

Auf Industrie, einschließlich Bergbau, und Handel und Verkehr dagegen entfielen

in Erwerbstätige	Berufsangehörige	
Bayern	1 378 354	2 968 701
Sachsen	1 525 693	3 416 576
Württemberg	532 223	1 159 048
Baden	520 861	1 094 237
Hessen	265 393	711 222
dazu Preußen	8 744 554	21 248 780

Von 100 der in Erwerbstätigen	Gesamtbevölkerung	
Bayern	37,03	44,92
Sachsen	69,03	74,51
Württemberg	43,48	49,58
Baden	45,57	58,18
Hessen	51,02	57,65
dazu: Preußen	48,45	55,93
Deutsches Reich insgesamt	48,74	56,16

Nebenberufliche Beschäftigungen kamen vor:

	Zahl der Fälle			
	insgesamt	Land- u. Forstwirtschaft	Industrie u. Bergbau	Handel u. Verkehr
Bayern	720 262	464 417	120 467	111 917
Sachsen	430 215	215 865	108 299	88 334
Württemberg	303 841	168 769	45 293	40 072
Baden	296 084	187 130	96 269	32 777
Hessen	186 250	130 671	30 148	30 290
dazu:				
Preußen	4 337 283	3 537 686	333 586	503 901
Deutsches Reich	7 500 693	5 601 223	750 374	930 381

Die Ziffern zeigen, in welchem Maße Deutschland industrialisiert ist. Selbst in Bayern hat die Zahl der in der Industrie, im Bergbau, Handel und Verkehr tätigen Personen bereits die Zahl der in der Landwirtschaft, Gärtnerei und Forstwirtschaft Beschäftigten bald erreicht; und rechnet man zu den Erwerbstätigen deren Angehörige hinzu, dann übertrifft bereits die industrielle Bevölkerung Bayerns die landwirtschaftliche, denn während jene an der Gesamtbevölkerung mit 44,9 Proz. beteiligt ist, beläuft sich diese nur auf 40,3 Proz.

Die Wahlen in England.

London, 26. Januar. (Privatbesuche des „Vorwärts“.) Bisher sind 597 Abgeordnete gewählt und zwar 255 Konservative, 233 Liberale, 72 Freie und 37 Mitglieder der Arbeiterpartei. Von diesen wurden gestern gewählt: J. Lodge in Gorton (Lancashire) mit 7807 Stimmen gegen 7334, die auf den Konservativen entfielen. 1906 hatte Lodge 8508 St. gegen 4341 konservative, sodaß seine Majorität von 4225 auf 478 Stimmen herabging. Mit vermindelter Majorität wurde Stephan Walsh in Juice gewählt. Die Bergarbeiter L. Richards siegten in Monmouth mit 10 000 Stimmen, F. Hall in Normanton mit 6000 und W. Price in Glamorgan (Süd) mit 4000 Stimmen Majorität gegen die Konservativen.

Es sind noch 73 Wahlkreise zu besetzen, von denen im letzten Parlament 11 durch Konservative vertreten waren. Der letzte Wahltag ist Freitag.

Ergebnisse.

Premierminister Asquith wurde in Fife wieder gewählt, und zwar mit 5242 Stimmen gegen 3183 des unionistischen Kandidaten, Kriegsminister Salda ne in Haddingtonshire mit 3771 St. gegen 3028 des unionistischen Kandidaten. In Glamorgan wurde der Solicitor-General Sir Samuel Evans mit einer Mehrheit von 9793 Stimmen wiedergewählt.

Die Auffassung der englischen Radikalen.

London, 23. Januar. (Eig. Ber.) Die sozialliberale „Nation“ veröffentlichte gestern einen bereits telegraphisch kurz erwähnten Artikel unter dem Titel „Die Stärke von England“, in der die erste Lehre der Wahlen folgendermaßen gezogen wird: . . . Die bisher veröffentlichten Wahlergebnisse zeigen der Welt, wo die Stärke der Demokratie liegt und mit ihr die Garantie für Freiheit und die Hoffnung auf Fortschritt. Die Städte der Kathedrales und der Herrensitze, die Massen der Privatbeamten West-Londons, werden wie vergilbte Blätter vom Winde einer leeren Doktrin dahin getrieben. Sie sind zum Torismus zurückgekehrt, gleichgültig gegen ihre Rechte, unbekannt mit ihrer nationalen Geschichte und zufrieden mit der Herrschaft der Lords. Die verhältnismäßig unorganisierten Gewerbe Mittel-Englands sind mit ihnen Hand in Hand gegangen. In anderen Gegenden, im ganzen Norden und in den industriellen Gegenden des Südens und des Westens, steht die organisierte Arbeiterklasse fest wie ein Fels, den Angriffen der Reaktion trotzend. Wenn wir unsere Freiheiten retten, so werden wir dies den organisierten Arbeitern zu verdanken haben. Wir verneinen nicht das Wirken einzelner Denker und Führer in den gelehrten und geschäftlichen Berufen, aber den Enthusiasmus, den der neue Liberalismus bei ihnen geweckt hat . . . Ebenso wenig verkennen wir die bedeutenden Verdienste des liberalen Disidententums . . . Aber wenn es aus Fäulen ankommt, so würden diese Kräfte überwältigt worden sein, wenn der selbständige Arbeitmann nicht seine Verwurmt gebraucht und seinen selbständigen Entschluß über die konstitutionelle und Tarifreformfrage gefaßt hätte. Es ist diese Klasse, deren Stimmen Manchester, Salford, Bradford, Halifax, Newcastle, Hull eroberten und die, kurz gefaßt, eine feste Balance für eine freie Verfassung bildet. Noch nie haben die Kräfte, die die Parteien von einander unterscheiden, eine klarere Scheidungslinie gezeigt, als durch die geographische Verteilung der Siege und Niederlagen. Die Partei der Lords hängt in erster Linie von den oberen Klassen und dem Reichtum ab. Diesen beiden Faktoren folgen die liberalen Berufe und die Massen der Privatbeamten wie Schafe, und durch wohlbedachte Wohlwörter ziehen sie auch in ihr Netz die ärmeren und abhängigeren Arbeitsteile. Schließlich können sie durch das Pluralvotum ihre Stimmen verdoppeln und zuweilen verdreifachen oder vervierfachen. Gegen diese Mächte — gegen das Pluralvotum und dem unterwürfigen Klienten das Eigentum — steht der organisierte Arbeiter. Hier lebt das demokratische Prinzip und hier hat es sich als lebenskräftig entpuppt, hier ist es verankert in Intelligenz und Charakter, so daß wir nicht mehr um seine Zukunft besorgt sind.“ Der Artikel gibt sodann den aus der verschiedenen ökonomischen Lage entspringenden psychologischen Unterschied zwischen Arbeiter und Privatbeamten und zeigt, wie der letztere sich leicht von den Wünschen und Ansichten der oberen Klassen beeinflussen läßt. Die Masse von Geschäfts- und Bankbeamten glauben an den Niedergang Englands, an die deutsche Gefahr und an die Notwendigkeit, zusammen mit ihren Herren das Reich zu verteidigen und zu retten. Sie stimmen deshalb für die Tories. Die Arbeiter hingegen denken für sich, sie lernen in der Gewerkschaft die demokratische Regierungsweise, Selbstvertrauen und Solidariät, sie lassen sich deshalb nicht leicht von Schlagworten hinreißten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Januar 1910.

Keine Kanzlerreise.

Die „Kölnische Zeitung“ veröffentlicht an der Spitze ihrer zweiten heutigen Morgennummer unter der Ueberschrift „Der neue Kanzler und die öffentliche Meinung“ einen längeren Artikel, dessen Inhalt allem Anschein nach dem Verfasser in der Wilhelmstraße inspiriert worden ist. Der Artikel nimmt auf die in einem Teil der „wohlgesinnten“ Presse gegen Herrn v. Bethmann Hollweg betriebene Geheiß und erklärt nach bekanntem alten Rezept, daß der Kanzlers Stellung zurzeit durchaus nicht gefährdet und der Kaiser noch keineswegs des neuen Leiters der Staatsgeschäfte überdrüssig sei:

„Ganz neuerdings hat man auch noch gelesen, daß dem Kaiser sein neuer Kanzler langweilig zu werden beginne, und man unterstelle diese Behauptung mit Anecdoten und Anekdoten, die sich ganz niedrig anhören, die wirkliche Sachlage aber recht falsch wiedergeben. Wie der Kaiser über Herrn v. Bethmann denkt, ist eine sehr persönliche Sache, und man kann annehmen, daß er darüber niemanden genaue Auskunft gegeben haben wird. Man muß also, wenn man nicht in das Gebiet des reinen Notens geraten will, seine Schlüsse aus äußeren Erscheinungen ziehen, und diese widersprechen der Angabe einer Minderung des kaiserlichen Wohlwollens aufs bestimmteste. Noch in letzter Zeit hat Herr v. Bethmann Beweise des kaiserlichen Vertrauens erhalten, und wenn es wirklich politische Kreise gibt, die Herrn v. Bethmann stürzen wollen, so werden sie sich mit ihren Wünschen noch etwas

gedulden müssen. Abgesehen von dieser Seite kommt noch eine sachliche Erwägung hinzu: Es widerspricht aller preussisch-deutschen Lieberlieferung, daß ein hoher Beamter kurz nach seiner Berufung zur Aufgabe seiner Stellung veranlaßt wird, und man darf im allgemeinen getrost annehmen, daß diese Gefahr in den ersten zwei Jahren über einem Minister bei uns nicht ich weht. Vielleicht wird man sagen, dieser Brauch sei unberechtigt, und man müsse einen Minister sobald als möglich entfernen, wenn man einmal erkannt habe, daß er für seine Stellung nicht geeignet sei. Rag sein; aber der Brauch ist da, und er bildet abgesehen von allem anderen einen Grund, der das Geschäft eiligen Ministerstürzens zurzeit sehr aussichtslos macht.“

Ginge nicht aus anderen Sätzen hervor, daß die „Kölnische Zeitung“ tatsächlich noch an die Leistungsfähigkeit des Reichskanzlers glaubt, man könnte hinter dem letzter Satz eine Bosheit vermuten; denn man kann diesen Satz auch so deuten, daß es eigentlich nicht die Fähigkeit des Herrn v. Bethmann Hollweg ist, sondern lediglich der Brauch, Minister nicht schon in den ersten beiden Jahren nach ihrer Ernennung über die Klinge springen zu lassen, der ihn in seinem Amte hält.

Zum Schluß erklärt das Kölnische Blatt mit einer gewissen Bestimmtheit, daß auch von einem Stellvertreter für den Kanzler keine Rede sein könne, da Herr v. Bethmann noch in sich selbst die Kraft fühle, neben den Reichsangelegenheiten auch die preussischen Staatsgeschäfte zu führen:

„In solchen Fällen, wo der Reichstag glauben sollte, daß das Wort der Stellvertreter nicht ausreicht, werden ihm immer auch ungeschriebene Mittel zur Verfügung stehen, um den Kanzler zu einer persönlichen Aeußerung zu veranlassen. Der Kanzler hat im Reichstag seine gesetzlichen Stellvertreter und im Landtag sind es die Minister, die in Vertretung ihrer Ressorts die Aufassung der Staatsregierung zur Geltung bringen können. Auf diese Weise ist es bisher leidlich gegangen, und das Bedürfnis, für den Ministerpräsidenten im Landtage eine generelle Stellvertretung zu schaffen, hat sich bisher nicht unabweislich fühlbar gemacht. Es ist auch nicht wahrscheinlich, daß Herr v. Bethmann das Bedürfnis einer solchen Stellvertretung, wie sie von konservativer Seite angeregt wurde, empfindet, wir neigen vielmehr der Ansicht zu, daß er keineswegs gewillt ist, sich nur auf Reichsangelegenheiten zu beschränken und sich aus den preussischen Staatsgeschäften bis zu einem gewissen Grade auszuscheiden zu lassen. Bei der engen Verbindung, die zwischen preussischen und Reichsangelegenheiten besteht, ist das auch gar nicht möglich, und im übrigen dürfte es, wie gesagt, der Reizung des Herrn v. Bethmann auch nicht entsprechen.“

Danach scheint der Kanzler zurzeit noch einigermassen auf festen Füßen zu stehen; aber wie lange noch? Auch preussisch-deutsche Ueberlieferungen von der Art der oben genannten werden manchmal durchbrochen.

Sozialdemokratischer Wahlprotest.

Gegen die Wahl des freisinnigen Abgeordneten Dr. Runze im 12. Berliner Landtagswahlkreis (Moabit) ist von unseren Genossen Protest eingelegt worden. Runze wurde bei der Neuwahl im Dezember vorigen Jahres mit ganz geringer Mehrheit gegen den Genossen Adolf Hoffmann gewählt.

Die Herren Freisinnigen haben es diesmal unterlassen, gegen die Wahl der Genossen Borgmann, Heimann und Giesch zu protestieren, obgleich ihre Presse schon am Tage nach der Wahl wieder über angeblichen sozialdemokratischen Terrorismus geterete. Die Trauben scheinen doch zu hoch zu hängen.

Und abermals die Mansfelder Streikjustiz.

Die klassenstaatliche Gerechtigkeit geht ihren Gang. Am 24. Januar wurde in Eisleben wiederum gegen neun Personen verhandelt, die sich bei den denkwürdigen Vorgängen im Streikrevier in die Taschen der Gesetze verfangen haben sollen. Immer mehr treten die besoldeten Schärer des Klassenstaates als Zeugen wider die Angeklagten in den Vordergrund. Einige Gendarmen sind an jedem Verhandlungstage wieder anzutreffen. Allerdings finden sich auch einige irreführende Arbeitswillige, die ihre Kameraden in schwerster Weise besänftigen.

Zwei Monat Gefängnis erhielt ein Bergmann aus Eisleben, der mit einem arbeitswilligen Fördermann während des Streiks in Wortwechsel geraten war. Der Arbeitswillige verfolgte den Kameraden und beide gerieten aneinander. Dabei erhielt das „nützliche Element“ einige Schläge, von denen es behauptet, sie seien mit einem scharfen Instrument geführt worden. Schaden ist jedoch nicht entstanden, auch ist der Geschlagene überhaupt nicht krank gewesen. Eine Aussage zugunsten des Angeklagten wurde abgelehnt, weil der Zeuge einmal — Fürsorgegeßling gewesen ist! Widernde Umstände wurden dem Angeklagten versagt.

Ein 66-jähriger Invalide mußte auf der Anlagendank Platz nehmen, weil er in Heftigkeit — die Kinder „ausgehört“ haben soll, folgenden Vers zur Verpottung der Arbeitswilligen zu singen: „Alle Männer streifen, nur die Hampelmänner nicht!“ Acht Schulfinder mußten gegen diesen Angeklagten zeugen, und sehr auffällig wirkte die Art, wie der Staatsanwalt Eisleben aus Halle die Kinder zu belastenden Aussagen zu bringen mußte. Er beantragte wegen Vergehens gegen § 169 der Gewerbeordnung (siehe den obigen Vers!) und großen Unfugs 6 Wochen Haft gegen den alten Mann. Das Gericht erkannte jedoch auf Freisprechung.

Von juristischem Interesse ist eine andere Freisprechung. Ein Bergmann aus Helfta war am 20. November vom Schöffengericht Eisleben zu 5 M. Geldstrafe verurteilt worden, weil er der Anforderung eines Soldaten, seinen Platz am Wege zu verlassen, nicht sofort nachgekommen sei. Der Verteidiger, Genosse Landsberg, wies darauf hin, daß die hier angezogene Obergerichtsverordnung vom 24. April 1907, welche die sofortige Befolgung einer von Sicherheitsbeamten im ordnungspolizeilichen Interesse erteilten Weisung verlangt, nur auf tatsächliche Beamte, nicht ohne weiteres auf das Militär anzuwenden sei. Soldaten seien keine beschäftigten Sicherheitsbeamten, deshalb brauche § 2. ein Streikposten der Weisung eines Militärpostens, sich zu entfernen, nicht zu folgen. Wohin solle es führen, wenn jeder einzelne junge Soldat Bürger, die ein Recht ausüben, von der Strafe weisen könne. Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen an und erkannte auf Freisprechung.

Wie außerordentlich rigoros das Gericht vorgeht, dafür bietet der Fall des Bergmanns Weiß einen sprechenden Beweis. Ihm wird Landfriedensbruch, Beleidigung und Bedrohung eines Beamten vorgeworfen, und zwar auf Grund folgender Tatsachen. Der Angeklagte hatte am 21. Oktober von Heitstet nach Wolmsed gehen wollen. Unterwegs ist ihm eine Menschenmenge begegnet, die ihn wieder zurückdrängte. Die Gendarmen, so erklärt der Angeklagte, hätten ihre Gewehre vorgehalten, so daß niemand aus der geschlossenen Masse hervor konnte (auch bei anderen Gelegen-

Heiten werden so „Zusammenrottungen“ herborgerufen. Hierbei will nun ein Gendarm beschimpft und bedroht worden sein; es sei gesagt worden: „Du Lump hast die längste Zeit gelebt!“ Erst am 14. November, also 2 1/2 Wochen später, hat der Gendarm den Angeklagten auf dem Niemandsdacht wieder gesehen und „sogleich erkannt“, vorher war gegen den Mann nichts unternommen. Ein gleichfalls geladener Gendarm kann die belastende Aussage seines Kollegen durchaus nicht unterstützen; allgemein herrscht die Ansicht vor, daß der erste Gendarm sich geirrt haben müsse, trotzdem erkennt das Gericht auf vier Monate Gefängnis! — Freilich können derartige Urteile nicht gerade verwundern, wenn man die im folgenden Falle sich wiederholende Stimmung des Gerichts in Anbetracht bringt. Zugleich mit dem Angeklagten Weiß wurde gegen die Chefredakteur Fendrich verhandelt. Ihr ist es ebenso ergangen, wie dem vorigen Angeklagten. Sie kam von einem Geschäftsgange und wurde von der durch Gendarmen zusammengehaltenen Menge in einen Graben gedrängt. Um nicht zu stürzen, hielt sie sich an einem Baum fest und rief erregt: Aber da müßte man doch gleich dazwischen schmeißen! Ein Polizist aus Burgdörfer hat diese Worte tragisch genommen. Der Staatsanwalt beantragt gegen die 60-jährige Frau 5 Monate Gefängnis! Das Urteil lautet zwar auf 2 Wochen, doch führt das Gericht aus: Geldstrafe sei ausgeschlossen, es dürfe nicht zu milde geurteilt werden!

Wie das Militär bei den harmlosesten Vorfällen vorgegangen ist, erhellt aus der Erzählung eines Vizefeldwebels, der ebenfalls als Zeuge geladen ist. Am am Abend des Tages, als das Militär auf dem Kriegsschauplatz erschien, die Menge, die sich bei derartig bedrohlichen Ereignissen naturgemäß sammelte, zu „beruhigen“, ließ der Feldwebel mit aufgeflossenen Seitengewehr schwärmen! Hierbei ließ er sich in Recklinghausen befindlicher Bergmann gegen einen Russe. Dieser behauptet als Zeuge, geschlagen worden zu sein. Der Bergmann wurde arretiert und auf der Wache festgehalten, weil der Feldwebel vergessen hatte anzugeben, was mit dem Verhafteten geschehen solle. Heute erhält dieser einen Monat Gefängnis.

Mehr und mehr zeigt die Justizaktion, die gegen die Klassenkämpfer von Mansfeld betrieben wird, daß sie zur Rechtfertigung des Militäraufgebots dienen soll. Die harmlosen Vorfälle müssen streng bestraft werden, sonst wirkt die Aufsicht der Maschinen-gewehre gegen ruhige Leute gar zu lächerlich. Und das alles mag der „arbeiterfreundliche“ Abgeordnete von Mansfeld, Herr Dr. Arndt, nebst seinen Helfesverwandten zu beschönigen und für gerechtfertigt zu erklären!

Zum deutsch-amerikanischen Handelsvertrag.

Wie der „New York Herald“ aus Washington meldet, hat das Staatsdepartement beschlossen, vorläufig Deutschland gegenüber auf seinen Forderungen in der Fleischfrage nicht zu bestehen in der Erwägung, daß die hohen amerikanischen Fleischpreise noch weiter steigen würden, wenn Deutschland dem amerikanischen Fleisch geöffnet würde.

Die Ablehnung des deutsch-portugiesischen Handelsvertrages.

Der Handelsvertrag mit Portugal wurde heute in der Kommission mit 15 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Für den Handelsvertrag stimmten Konervative, Freisinnige, Sozialdemokraten und vom Zentrum der Abg. Gerold. Dagegen stimmten die übrigen Mitglieder des Zentrums, die Nationalliberalen und Antisemiten. Die Nationalliberalen erklärten, daß die Abtätigung in der Kommission nicht bindend sei für ihre Haltung im Plenum.

Preussische Germanisation in Nordschleswig.

Zu den widerlichsten Zwangsmahregeln in Nordschleswig gehören die Fälle, in denen Lehrer, die weiter nichts verbrochen haben, als daß sie in von dänischen Nordschleswigern gebildeten Abstinenzvereinen gesprochen haben, mit Frist von wenigen Tagen nach südlichen Gegenden verjagt worden sind. Die Regierung will jetzt noch schneidiger vorgehen.

„Blendsborg Avis“ meldet, daß sämtlichen Geistlichen in Nordschleswig ein Schreiben vom Konsistorium in Kiel zugegangen sei, worin ihnen verboten wird, in Vereinen zu sprechen, deren Mitglieder in der Mehrzahl dänisch gesinnt sind. Besonders wird vor dem Sprechen in Abstinenzvereinen gewarnt.

Zu den ausgeprochenen deutsch-dänischen Gehversuchen würden dadurch fast alle Vereine getroffen werden, weil die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung in Nordschleswig dänisch gesinnt ist.

Württemberg und die Schiffsabgaben.

In der Frage der Schiffsabgaben scheint es zu einer entscheidenden Wendung zu kommen. Bekanntlich sind die Stimmen Württembergs im Bundesrat ausschlaggebend dafür, ob die auf Hebung der Reichsverschuldung gerichteten Pläne Preußens Annahme finden oder nicht. An eine Zustimmung Württembergs zu den Schiffsabgaben wäre nicht zu denken, wenn nicht die württembergische Regierung der Meinung wäre, durch die Zustimmung und durch den Eintritt in den Wasserstraßen-Zweckverband — wie Preußen ihn plant — die Kanalisierung des Neckars zu erreichen. Dies ist für die wirtschaftliche Entwicklung Württembergs geradezu eine Lebensfrage. Der Stand der Frage ist aber durch die wenig entgegenkommende Haltung der badischen Regierung, die am Neckar natürlich stark beteiligt ist, in den letzten Jahren nicht gefördert worden. In Württemberg hatte daher bereits eine stark pessimistische Auffassung Platz gegriffen. Selbst politische Kreise, die noch vor zwei Jahren mit aller Entschiedenheit gegen die Schiffsabgaben auftraten, glaubten im Interesse des Landes jetzt keinen Widerspruch mehr erheben zu dürfen. Durch eine in letzter Stunde einsehende parlamentarische Aktion scheint aber doch noch eine entscheidende Wendung herbeigeführt werden zu sollen. Montagabend wurde im badischen Landtage von den drei Parteien des Großblocks der Antrag eingebracht, daß die Regierung „die Frage der Reduktionsabgabe schleunigst durch bundesfreundliches Zusammenwirken der Regierungen von Württemberg und Baden einer möglichst baldigen Lösung entgegenzuführen und zugleich ein Einverständnis in der Frage der Schiffsabgaben anstreben möge.“

Da hinter den Antragstellern die Mehrheit des Landtages steht, so bedeutet das für die badische Regierung den zwingenden Auftrag, dem Lande Württemberg beim Bau des Neckarkanals so weit entgegenzukommen, daß der Kanal auch ohne Württembergs Anstalt an den preussischen Zweckverband unterhalten werden kann. Geht dies, so fällt natürlich für Württemberg jeder Grund fort, in der Bundesratsaktion, die, wie wir erfahren, bereits am nächsten Montag stattfinden soll, der Erhebung von Schiffsabgaben zuzustimmen.

Kontrolle des Reichshaushalts.

Dem Bundesrat ist der Entwurf eines Gesetzes über die Kontrolle des Reichshaushalts zugegangen. Der Entwurf will Vereinfachungen auf dem Gebiete der Rechnungsprüfung bringen, wie sie von diesen Seiten, so auch im Reichstag, in letzter Zeit empfohlen worden sind. Sein Ziel ist, die Verwaltung und insbesondere den Rechnungshof, von Arbeiten, die ohne Schädigung des Prüfungszwecks unterbleiben können, zu befreien, und damit auch eine Ver-

ringerung des für diese Arbeiten erforderlichen Personals zu ermöglichen.

Im Kampfe mit der Kolonialverwaltung.

Der in Hamburg wohnende Kaufmann Gottlieb Goerne hat bis Ausbruch des Hereroaufstandes in Südwest getrieben, wo er ein Vermögen von 178 000 M. verloren haben will, da ihm seine Plantagen usw. durch die Aufständischen zerstört worden seien. In Verfolg seiner Interessen ist G. einige Male mit der Kolonialverwaltung beziehungsweise der Schutztruppe in Konflikt geraten. Im August 1908 ist er wegen Verletzung der Schutztruppe freigesprochen worden, weil das Gericht, Strafkammer II in Hamburg, ihm den Schutz des § 193 zubilligte. Kurz nach dieser Verhandlung richtete G. ein weiteres Schreiben an die Kolonialverwaltung, in dem er ironisch auf den Ausgang dieser Justizaktion hinwies und mit Bezug auf den Oberleutnant v. Frankenberg, Stationschef in Namtwevo, Behauptungen aufstellte, die beleidigender Natur sein sollen. Als Goerne infolge des Aufstandes den Distrikt verlassen mußte, soll sein außerhalb der befestigten Station gelegenes Haus von Hereros stark beschädigt worden sein. Die Entschädigungskommission forderte ihn später auf, seinen Schadenersuchsanspruch anzugeben. Auf Grund von Mitteilungen mehrerer Freunde und Soldaten gab er eine Entschädigungssumme von 1500 M. an. Die unter Führung des Oberleutnants v. Frankenberg eingesetzte Unterkommission meinte, es sei überhaupt kein ersatzpflichtiger Schaden entstanden. Ihr Bericht führte zur Ablehnung des Anspruchs. Dem Leutnant v. F. wirft G. vor, flüchtig und gewissenlos verfahren zu sein.

Der Angeklagte, der sich am Montagmorgen abermals vor dem genannten Gericht zu verantworten hatte und gegen den noch zwei weitere Verleumdungsklagen schweben, behauptete, er sei durch die südwestafrikanische „Wirtschaft“ schwer geschädigt worden. Statt der ihm zustehenden 178 000 M. habe man ihm 488 M. gegeben, falls er keine weiteren Ansprüche erhebe. Der Oberst v. Erstorff habe ihm für die Einquartierung von zwölf Soldaten pro Tag eine Mark — 8 Pf. pro Kopf und Tag — geboten. Das in Rede stehende Haus sei arg beschädigt gewesen, aber die Kommission, gegen die er jetzt seine Angriffe richtet, habe das nicht gesehen. Er werde zu geeigneter Zeit die ganze „Wirtschaft“ veröffentlichten.

Das Gericht erklärte an, daß der Angeklagte in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. Aus dem Inhalt des Schreibens gehe aber die Absicht der Verleumdung hervor, weshalb er bestraft werden müsse. Das Urteil lautete auf 200 M. Geldstrafe oder 20 Tage Gefängnis.

Sittlichkeitspetitionen.

München, 23. Januar. Die Kammer der Abgeordneten erledigte heute eine Reihe Petitionen, welche auf die Erhaltung und Förderung der öffentlichen Sittlichkeit abzielen. Gestrichelt wurde die öffentliche Auslegung von schamlosen, die Sittlichkeit zeigenden Bildern und Schriften, die unästhetischen Darstellungen durch Kinematographen und die „scheußliche Unsitte“ des Mädchenhandels.

Den breitesten Raum in der Besprechung nahm die Frage der Prostitution ein. Die Prostitution ist nach Ansicht eines Zentrumsabgeordneten so alt als die Menschheit selbst. Das ist nun zwar nicht ganz richtig, weil die freigeschlechtliche Hingabe der Frau in den Entwicklungsperioden der Wildheit und auch Barbarei durchaus keine Prostitution war. Aber er hat damit wenigstens zugegeben, daß nicht der moderne Unglaube die Ursache dieser schlimmen Erscheinung ist, und das will für einen Zentrumsmann schon viel heißen. Der Minister des Innern machte lange Ausführungen über die geheime und öffentliche, d. i. staatlich geduldet oder konzessionierte Prostitution, über die Kasernierung und gesundheitliche Ueberwachung der Dienen. Nach seiner Ansicht haben die Bekämpfungsvorhaben in den verschiedensten Kulturstaaten zu dem Ergebnis geführt, daß überall dort, wo ein scharfes System der Ueberwachung herrschte, die Geschlechtskrankheiten nicht so zahlreich waren wie dort, wo die Polizei die Sache mehr gehen ließ. Er konnte für seine Aufstellung auch einiges statistisches Material beibringen: Als 1862 in Bayern die Bordelle aufgehoben wurden, stieg innerhalb einiger Jahre der Krankenstand ganz außerordentlich. Auch weisen die Garnisonstädte mit Bordellen die geringste Zahl geschlechtskranker Soldaten auf, während München den hohen Satz von 27 von 1000 zu verzeichnen hat. (Die Abolitionisten, die Gegner der polizeilichen und gesundheitlichen Kontrolle der Prostituierten, verfügen über statistische Zahlen, die das Gegenteil erweisen. Red. d. „C.“)

Genosse Segitz protestierte gegen eine Neuherung des Ministers, daß die Prostitution nicht mit den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen zusammenhänge. Er betonte, daß in guten wirtschaftlichen Zeiten bei reichlicher Arbeitsgelegenheit und genügendem Verdienst die Zahl der Prostituierten sich verringere, in schlechten Zeiten zunehme.

Das Resultat der Besprechung ist ein negatives. Der Minister wird sich die Frage weiter überlegen, wie das seine Vorgänger schon Jahrzehnte getan haben. Vielleicht kommt er schließlich zur Erkenntnis, daß die Frage in der heutigen Gesellschaftsordnung überhaupt nicht gelöst werden kann, weil die Prostitution, wie sie in der Zeit der Feudalzeit eine Folgeerscheinung der wirtschaftlichen Verhältnisse, es auch in der kapitalistischen Ordnung ist. —

Bündnis zwischen Wändlern und Zentrum in der Pfalz.

München, 25. Januar. Aufsehen erregt in politischen Kreisen Bayerns die Tatsache, daß für die Nachwahl zum Landtage in dem pfälzischen Wahlkreise Landau ein Bündnis zwischen dem Bund der Landwirte und dem Zentrum abgeschlossen wurde. Das Bündnis richtet sich gegen die bisherigen Verbündeten der Wändler, die Nationalliberalen.

Das schöne Coffin.

Das Reichshofamt hat an die Landesregierungen ein Rundschreiben gerichtet, in dem die Herabsetzung der zur Bereinigung der Coffinlösung zu verwendenden Menge um die Hälfte, nämlich von 1 Kilogramm auf 0,5 Kilogramm für 50 Liter Flüssigkeit angeregt wird. Gleichzeitig ist die schon vor einigen Wochen für gewisse Fälle empfohlene Verminderung der zu verwendenden Substanzmengen um 20 Proz. allgemein für statthaft erklärt worden. Weiter sollen auch Erörterungen darüber im Gange sein, wie den gerade aus Wäldern laut gewordenen Klagen ebenfalls abgeholfen werden kann.

Die Voraudiverung der Strafgesetznovelle.

Wegen Verleumdung eines Schuhmanns ist am Dienstag der Redakteur der „Altenburger Volkszeitung“, Genosse Paul Frölich, vom Altenburger Landgericht zu 150 M. Geldstrafe verurteilt worden. Eine Zeugin bestätigte die in einer Ritz aufgestellte Behauptung, daß ihr der Schuhmann unästhetische Anträge gestellt habe. Man glaubte ihr nicht, obwohl der Schuhmann selbst die Aussagen in ganz unsicherer Weise bestritt und zugab, eine ähnliche Neuherung „herganzweil“ getan zu haben. Der Staatsanwalt sah ein, daß die Sache aussichtslos war, er beantragte nur 50 M. Geldstrafe. Das Gericht ging aber den Antrag hinaus und der Richter beschränkte sich dabei auf die Absicht der Reichsregierung, die Strafen für Verleumdung zu verschärfen!

Und der Wunsch der Regierung ist den unabhängigen Richtern Befehl!

Der Wert der offiziellen Dementis

ist selten besser illustriert worden als in folgendem Falle: Vor einigen Wochen meldeten freisinnige Blätter aus dem Riesengebirge, daß eine Anzahl tschechischer, meist tschechischer Arbeiter, ausgewiesen und über die böhmische Grenze abgeschoben seien. Prompt, wie immer, kam das Dementi. Diesmal war es die Regierung zu Liegnitz, die die ganze Meldung für falsch erklärte. Es seien nur einige ausländische Arbeiter zur Innehaltung der ministeriell vorgeschriebenen Karenzzeit, laut welcher vom 20. Dezember bis 1. Februar ausländische Arbeiter ihren Aufenthalt in Deutschland unterbrechen müssen, über die Grenze abgeschoben worden.“ Das war aber völlig unwar, denn soeben stellt der „Vote aus dem Riesengebirge“ fest, daß die ausgewiesenen überhaupt keine Saisonarbeiter gewesen sind, auf die die Karenzzeit Anwendung findet, sondern — Handwerker. Fünfzehn tschechische Handwerkgesellen ist vor Weihnachten in Hirschberg und Umgebung die Ausweisung zugegangen, und darunter befinden sich mehrere Familienväter, die schon längere Zeit in Preußen wohnten und nie an die ominöse „Karenzzeit“ erinnert worden sind.

Wieder ein drakonisches Militärgerichtsurteil.

Das Militärgericht in Braunschweig verurteilte den als unehrererbiger Heerespflichtiger eingestelltem Musiker Neese zu 2 1/2 Jahren Gefängnis und Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes, weil er in der Silvesternacht in voller Trunkenheit ohne Erlaubnis die Stadt besuchte und nach seiner Arretierung auf der Wachtube geschimpft, geläutet und Vorgesetzte bedroht hatte.

In die eigene Grube gefallen.

In Annen (Kreis Hörde) errangen die Sozialdemokraten bei der Gemeinderatswahl über die vereinigten Gegner zum erstenmal einen glänzenden Sieg. Sie überboten in der dritten Abteilung drei Mandate. Nun saßen die Gegner darauf, wie sie den verhassten roten die Mandate wieder rauben könnten. Als Grund mußte das Hausbesitzerprivileg herhalten. Angeblich sahen in der dritten Abteilung zu wenig Hausbesitzer. Bisher hatte man es mit dieser Bestimmung nicht so genau genommen, besonders nicht in der ersten Abteilung. Also drehten unsere Genossen den Spieß um und beantragten Ungültigkeitserklärung der Wahlen in der ersten Abteilung. Das Gemeindefollegium erklärte aber nur die Wahl der dritten Abteilung für ungültig. Nun lagten unsere Genossen beim Kreisaußschuß mit dem Erfolge, daß die Wahl der sozialdemokratischen Vertreter für gültig erklärt, die Wahl der ersten Abteilung aber falliert wurde. Die Sozialdemokraten ergielten also einen vollen Erfolg. Die Gegner mußten herbeifallen, weil in der ersten Abteilung tatsächlich kein Hausbesitzer sitzt, einer der gewählten Genossen aus der dritten Abteilung aber den Nachweis erbrachte, daß er Hausbesitzer ist.

Oesterreich.

Die Beziehungen zu Rußland.

Wien, 20. Januar. Von besonderer Seite erhält die „Neue Freie Presse“ über die Beziehungen von der Annäherung freundlicherer Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland folgende Mitteilungen: In den Besprechungen, die der österreichisch-ungarische Botschafter Graf Berchtold wiederholt mit dem Minister des Innern Herrn Jewowski hatte, wurde beiderseits anerkannt, daß die Spannung, die aus der Annäherung zurückgeblieben ist, mit Rücksicht auf die Verhältnisse auf dem Balkan und in ganz Europa nicht unbedenkliche Folgen haben könnte. In dieser Auffassung zeigt sich eine Uebereinstimmung zwischen dem österreichisch-ungarischen Botschafter Graf Berchtold, der selbstverständlich die Meinungen des Ministeriums des Innern in Wien zum Ausdruck brachte, und dem russischen Minister des Innern Herrn Jewowski. Die Folge dieser Uebereinstimmung dürfte sein, daß von russischer Seite dieser Baden weiter gesponnen wird und daß sich im Laufe der Zeit diese allgemeine Stimmung zu einer Wendung in dem gegenseitigen Verhältnisse und zu einer politischen Auseinandersetzung verdichten könne. Das muß jedoch der Zukunft vorbehalten bleiben, während es jetzt schon festzustellen ist, daß beiderseits Geneigtheit zu einer solchen Auseinandersetzung sich zeigt.

Schweiz.

Staatliche Arbeitslosenfürsorge.

Im Jüricher Kantonsrat wurde bei der Budgetberatung der Kredit für die Arbeitslosenunterstützung von 1900 auf 1400 Fr. erhöht, wovon die Stadt Zürich 1000 Fr. und der Typographenbund 400 Fr. erhalten.

Der Neuenburger Kantonsrat hat der Regierung einen Kredit bewilligt zur Durchführung von Vorstudien für eine kantonale Arbeitslosenversicherung. Die Regierung hat bereits ein bezügliches Projekt ausgearbeitet und veröffentlicht, das sechs Fragen enthält, die sich auf das System (Güter oder Verner), obligatorische oder fakultative Versicherung, Kreis der Versicherten, Aufbringung der Mittel, Höhe und Einbeziehung der Absetzung der Beiträge sowie der Arbeitslosenunterstützung beziehen.

England.

Cinmarich in Persien.

London, 25. Januar. Mit Bezug auf den bevorstehenden Cinmarich eines indischen Regiments nach dem Persischen Golf wird von dem russischen Bureau darauf hingewiesen, daß die englischen Konsulate, die Telegraphenstationen usw. an der Küste des Persischen Golfs des Schutzes wohl bedürftig wären, falls die neuen vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verhinderung der Waffeneinfuhr zur See Erregung unter der Eingeborenenbevölkerung hervorrufen sollten.

Rußland.

Stichtung Wostkressenski.

Petersburg, 26. Januar. Der Mörder des Obersten Karpow, Wostkressenski alias Petroff, ist heute früh hingerichtet worden.

Die Unruhen in Sachara.

Kensuhara, 25. Januar. Den Anlaß zu den hier ausgebrochenen Unruhen gab die Verleumdung einiger Priester, die religiöse Zeremonien vollzogen, durch einen Missethäter. Alle Verleumdungsversuche durch den Statthalter von Sachara waren vergebens. Die Gesamtzahl der bisher getöteten Personen beträgt 60, die Zahl der Verwundeten ist unbekannt.

Amerika.

Gegen den Fleischtrutz.

Chicago, 26. Januar. Das oberste Bundesgericht hat die Untersuchung über die angeblichen Raubschiffe des Fleischtrutzs begonnen.

Gewerkchaftliches.

Die Einigung in den Antwerpener Gewerkschaftsorganisationen.

Brüssel, 1. m. Januar. (Eig. Ber.) Das auf dem letzten Gewerkschaftstagen bereits angekündigte Einigungswort zwischen den „unabhängigen“ und den „sozialistischen“ Gewerkschaften ist zustande gekommen. Mit ihm ist, hoffentlich für immer, der Bruderkrieg innerhalb der Antwerpener Arbeiterschaft beseitigt, der die Entwicklung der dortigen Organisationen so lange beeinträchtigt und die Bahn für eine wirkungsvolle gemeinsame Aktion der Arbeiter versperrt hatte. Um sich einen Begriff von den organisatorischen Verhältnissen zu machen, sei nur erwähnt, daß es in Antwerpen je zwei Gewerkschaften der Holzarbeiter, der Bekleidungsindustrie und der Metallarbeiter gab. Neben den beiden Tendenzen, die für die Sozialisten im „Berker“, für die „Unabhängigen“ in der „Volks Tribune“ in der schärfsten Weise zum Ausdruck kamen, liefen starke persönliche Differenzen, die den Zwist innerhalb der Arbeiterschaft selbstverständlich noch verschärfen und erbitterter gestalten. So ist denn das Einigungswort in Antwerpen aufs lebhafteste begrüßt worden. Wichtige sein Beispiel fördernd auf die Organisationsverhältnisse in Belgien und Verviers — einer alten Bunde der belgischen Organisationen — einwirken, in denen dieselben Faktoren wie in Antwerpen einem einheitlichen organisatorischen Wirken der Arbeiterschaft entgegenstehen.

Das Wort war kein leichtes und es hat vieler Diplomatie, Delikatesse und Ausdauer bedurft, eine Formel für die Vereinbarungen zu finden, die den beiden Tendenzen gleichermaßen gerecht wird. Die Formulierung der Einigungspunkte war dem Präsidenten der Antwerpener Diamantarbeiter von Zuyphen und Genossen G. Snyders für die belgische Gewerkschaftskommission anvertraut worden, die diese den aus den Belgischen sämtlicher Gewerkschaften gebildeten Versammlungen zur Diskussion und Beschlussfassung vorlegte. Die Punkte wurden fast einstimmig angenommen und behalten ihre Wirkungskraft bis zum Januar 1913. Dies Einigungsprojekt wird nunmehr noch den Gruppen vorgelegt und sodann in den Generalversammlungen zur Abstimmung gebracht, wo ihm eine zweifelhafte Annahme gesichert ist. Nach einer die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes betonenden Feststellung der speziellen Antwerpener Verhältnisse wurden in der Hauptfrage folgende Punkte von den Vertretern der beiden Tendenzen abgelehrt:

1. Die Anerkennung des Prinzips des Klassenkampfes.
2. Die Anerkennung der Arbeiterpartei — der Partei des Klassenkampfes — als politischer Vertreterin.
3. Betreffend die gewerkschaftliche Aktion: a) das Prinzip der gewerkschaftlichen Zentralisation; b) die Errichtung harter Widerstandsklassen; c) das Prinzip hoher Beiträge.

In einem weiteren Punkte wird ausgesprochen, daß die Gruppen ihre Etikette ihrer Tendenz „unabhängig“ oder „sozialistisch“ behalten; wo zwei Gruppen einer Profession bestehen, wird ihre Verschmelzung erfolgen und zwar so, daß die Holzarbeiter, die Arbeiter der Bekleidungsindustrie und die Bauarbeiter sich den Gruppen der Unabhängigen anschließen; die Fabrik- und Metallarbeiter den sozialistischen Gewerkschaften. — Außerdem wurde nach langwierigen Debatten die Verschmelzung des sozialistischen Arbeiterssekretariats mit der die Organisationen der Unabhängigen umfassenden „Gewerkschaftsföderation“ zu einem gemeinsamen Organisationskörper beschlossen, der den Namen „Allgemeine Gewerkschaftsföderation“ (Fédération générale des Syndicats) führen wird, dem alle Gewerkschaften angehören. Auch die Frage der Presse wurde mit Wahrung der Interessen der beiden Tendenzen gelöst.

Auf der Basis dieser Konvention werden die Gewerkschaftskomitees die Einigung vollziehen. Der schwerste, heißeste Schritt in der Antwerpener Frage ist getan und mag die äußere Form der Tendenzen: „sozialistisch“ — „unabhängig“ auch weiter auf dem Schild bleiben; die formale und innere Einigkeit ist gleichwohl vollzogen; ob „unabhängig“ oder der Partei direkt angegeschlossen: in Zukunft wird das Antwerpener Proletariat gemeinsam gegen den Feind marschieren.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Konfektionsarbeiter bei Adalbert Stier ist am Montag, wie er am Tage vorher beschlossen worden ist, mit voller Kraft durchgeführt worden. Sowohl die Werkstätten, wie die Heimarbeiter haben die Arbeit niedergelegt. Die Firma hatte dem Schneiderverband unter dem 24. Januar ein Schreiben geschickt, worin sie mitteilte, daß sie einen neuen Tarif nur dann abschließen werde, wenn die Zeitdauer des alten abgelaufen sei. In dem Antwortschreiben des Verbandes, worin die Firma von dem Streikbefehl sowie gleichzeitig davon in Kenntnis gesetzt wird, daß die Arbeiter zu jeder Zeit zu Verhandlungen bereit sind, wird Herr Stier daran erinnert, daß er am 8. Dezember 1908 dem Schneiderverband schriftlich mitteilte, daß im Falle auf der Erfüllung des bei der Tarifvereinbarung mündlich gegebenen Versprechens bestanden werde, die Firma den Tarif für aufgehoben erkläre. Die Arbeiter verlangten aber weiterhin, daß auch diese mündliche Vereinbarung in Kraft bleiben sollte, und damit ist nach Herrn Stiers eigener Erklärung der Tarif seit jener Zeit aufgehoben. Am Schlusse des Schreibens heißt es: „In Konsequenz dieser Sachlage haben Ihre Arbeiter nun beschlossen, einen Vertrag zur Einführung zu bringen, aus dem sich die damals entstandenen Differenzen nicht mehr ergeben.“ — Herr Stier wird schließlich um Rückantwort gebeten. Seine Arbeiter sowie die Gesamtheit der Konfektionsarbeiter stehen der Firma solidarisch gegenüber und Herr Stier wird sich jedenfalls über kurz oder lang zu einer dauernden und annehmbaren Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bequemen müssen.

Achtung, Töpfer! Die Differenzen auf dem Bau Emserstr. 54, Rixdorf, sind erledigt. Die Arbeit kann nunmehr dort aufgenommen werden. Die Verbandsleitung.

Deutsches Reich.

Zur Situation im Ruhrgebiet.

Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes erläßt in der neuesten Nummer des Verbandsorgans einen stonnenden Aufruf, in dem es u. a. heißt:

„Alem die Krone setzt auf der Zwangsarbeitsnachweis, der den Zwang hat, die Arbeiter für immer in der Frage der Arbeitsvermittlung auszuhalten. Während die Bergarbeiter vieler der übrigen Bergbau treibenden Länder längst schon ein gewichtiges Wort in den Fragen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mitreden können, während auch in Deutschland Hundert und Aberhunderte Tarife zwischen den Organisationen der Arbeiter und Unternehmer der übrigen Verufe abgeschossen werden, sollen die Bergarbeiter durch drakonische Gewaltmaßregeln und schließlich auch durch den Zwangsarbeitsnachweis zu Industriellen herabgedrückt werden... Wir dürfen die fortgesetzten Brutalitäten der Herrenmenschen so nicht lange mehr hinnehmen. Mit den Waffen der Solidarität und des festen Willens wollen wir dem Herrenmenschen entgegenzutreten. Wir wollen und nicht mehr länger wie Arbeitstiere behandeln lassen. Und wenn nicht anders, dann muß zum letzten Mittel, zum Streik ausgeholt werden.“

Da wir wissen, daß die Herrenmenschen und unsere Rechte verteidigt werden, daß die Gesetzgebung und im Stich läßt, müssen wir tüchtig, um durch Selbsthilfe das zu erringen zu suchen, was uns Unternehmerhohn und sozialpolitische Mähdandigkeit verweigert zu geben. Es bleibt und nichts anderes übrig, als zum Kampfe auszuholen, das heißt zur Waffe des Streiks zu greifen, wenn man nichts anderes will.

Im Ruhrbeden haben die Grubenbesitzer innerhalb 21 Monaten die Löhne um mehr als 60 000 000 M. reduziert! Soll das so weitergehen? Sollen die Bergarbeiter immer die Opfer eines wahnwitzigen Produktionsprozesses sein? Nein und dreimal nein! Die jetzt heranbrechende Hochkonjunktur muß ausgenutzt werden, um die Bergarbeiter gegen die Regimen der Herrenmenschen wehrhaft zu machen.“

Der Vorstand fordert dann die Mitglieder auf, emsig zum Kampffonds zu sammeln, sich nicht auf die Solidarität der Arbeiterschaft zu verlassen, die zu einem großen Teil noch in schlechteren Verhältnissen lebt. Bevor sie ein Recht auf die Unterstützung anderer habe, müsse die Bergarbeiterschaft erst selbst das denkbar möglichste tun. Deshalb müsse der vom 1. Februar ab zu zahlende Extrabeitrag prompt bezahlt werden.

Der Aufruf läßt keinen Zweifel darüber, daß die Situation — namentlich durch die Behandlung der Interpellationen in Sachen des Zwangsarbeitsnachweises seitens der Regierung im Reichstage und im Landtage — eine immer ernstere wird.

Eine Geschichte der Bäcker- und Konditoren-Bewegung

hat der Zentralverband der Bäcker durch seinen Vorsitzenden D. Klmann herausgegeben. Das zwei Bände umfassende Werk bildet zugleich eine Jubiläumsschrift, die eigentlich dem im Juni dieses Jahres stattfindenden Verbandstage vorgelegt werden sollte; am 5. Juni 1910 besteht der Verband nämlich 25 Jahre. Doch das Werk ist mehr als eine bloße Geschichte des Verbandes; es ist im ersten Teil eine interessante kulturgeschichtliche Abhandlung über die Herstellung von Mehl und Brot von den ältesten Zeiten her bis zur Entstehung eines besonderen Bäckerverstandes. Weitere Kapitel schildern das Bäckerverhalten im Mittelalter mit seinen Zünften und vielen Junggebräuen, dann die Geschichte des Handwerks in einigen Städten des Reiches, später die Verordnungen der Behörden, die Arbeiterbeschützungsmaßnahmen für Bäckereien und Konditoreien, die Technik im Gewerbe und die fortschreitende Entwicklung zu Großbetrieben. Ist der erste Band der Entwicklung des Gewerbes gewidmet, so beschäftigt sich der zweite Band mit der Geschichte der Organisation. Nur wenige Organisationen haben wohl unter der Wirkung der Verhältnisse so schwierig und hemmend den Aufstieg bis zur heutigen Höhe der Entwicklung machen müssen, wie der Bäckerverband. Lange Zeit bestand bei den Bäckern ganz allgemein die Ansicht, daß die Organisation für sie schon deshalb zwecklos sei, weil die Gehilfenzahl doch nur als Uebergangsstadium zur Meisterschaft zu betrachten ist. Dazu kam ein frühzeitig organisiertes Unternehmertum, das 1874 durch Gründung des Innungsverbandes „Germania“ sich einen festen organisatorischen Rückhalt gab. Kein Wunder, wenn unter solchen Umständen Mähdand und mangelndes Selbstvertrauen in den Reihen der Bäcker sich so stark geltend machte, daß die Berliner auf dem Verbandstage 1895 auf eine Auflösung der Organisationen abzielten. Mangelhafte Leitung und kleinliche Streitereien trugen noch ein übriges dazu bei, das Vertrauen auf die Entwicklung einer guten Organisation niederzuhalten. Doch es war gut, daß dem Pessimismus keine Konzessionen gemacht wurden. Gerade von dem Tage an hat der Verband eine ständige Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen. Der Verband hat in den 25 Jahren manche schwierigen Klippen geschickt umsegelt; er repräsentiert jetzt mit seinen über 18 000 Mitgliedern eine ganz respektable Organisation. Seine Geschichte wird schon deshalb einen ehrenvollen Platz in der Gewerkschaftsliteratur einnehmen, weil sie ein wertvolles geschichtliches Dokument über die mühselige Entwicklung und die schwierigen Kämpfe unserer deutschen Gewerkschaften bildet. Der Vorstand hat sich dabei ein Verdienst erworben, als er dem Beispiel anderer Gewerkschaften folgend, dieses Werk seinen Mitgliedern und der Öffentlichkeit vorlegte.

Die Breslauer Holzarbeiter stehen vor einem folgenschweren Kampfe, so folgenschwer, wie er in Schlesien bisher noch nie da war. Auch in Breslau sind den Arbeitern durch die Unternehmer die Tarife gelündigt worden, und jeder Verständigungsversuch scheitert an der Hartnäckigkeit der Holzindustriellen. Die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes haben deshalb beschlossen, daß alle Bau- und Möbelschreiner, die bis 1911 im Vertragsverhältnis stehen und keine Lohnbewegung zu besorgen haben, einen Beitrag von 90 Pf. pro Kopf, andere Branchen dagegen 80 Pf. vom 5. Februar zu zahlen haben. Für Januar hat die Lokalkasse bereits 850 M. für den Streikfonds abgehandelt.

Knappschafswahlen im Ruhrgebiet.

Am 25. Januar fanden im Ruhrgebiet in 7 Sprengeln Wahlen statt, die folgenden Resultat zeigten:

Sprengel	Kandidaten			Jedenpartei
	des Verbandes	Christlichen	Polen	
Dahlhausen	299	167	24	—
Amnen	240	—	—	125
Alteneßen	254	115	—	—
Alteneßen	248	141	23	—
Reilinghausen	307	198	—	—
Wödinghausen	149	140	—	—

Es fehlt nur das Resultat von Amnen, doch ist sicher anzunehmen, daß auch dort der Verband gestiftet hat. Demnach hätte der Verband sämtliche sieben Sprengel erobert. Es hat sich also auch bei dieser Wahl wie bei den früheren die siegende Kraft des Verbandes gezeigt.

Der Bayerische Industriellenverband zur Arbeitsnachweisfrage.

In der kürzlich stattgefundenen Sitzung des Gesamtvorstandes des Bayerischen Industriellenverbandes kamen u. a. auch die sozialdemokratischen Anträge Auer und Genossen zur Sprache, die im bayerischen Landtage beraten worden sind und die sich gegen die einseitig vom bayerischen Metallindustriellenverband eingerichteten und geführten Arbeitsnachweise richteten. Die Industriellen beschlossen, gemeinsam mit dem Verbande bayerischer Metallindustrieller und dem Sächsischen Textil-Arbeitgeberverband dem bayerischen Landtag und den Ministerien eine Denkschrift zu unterbreiten, welche sich entschieden gegen die Anträge wendet und die bisherige „erspreichliche“ und „gebeilliche“ Tätigkeit der Arbeitsnachweise der Arbeitgeber und deren „Zweckmäßigkeit“ erörtert.

Es fällt also den bayerischen Industriellen nicht im Traum ein, die von ihnen und Leben gelegten Wahregelungsbüroaus aufzugeben, im Gegenteil, sie gedenken sie noch weiter auszubauen.

Russland.

Russische Gewaltmaßregeln gegen die finnischen Gewerkschaften.

Aus Helsinki wird gemeldet: Der Generalgouverneur Sehn hat eine Untersuchung angeordnet über die Unterdrückung, die die finnischen Gewerkschaften den schwedischen Arbeitern im allgemeinen Waffentheil zutreiben. Offenbar ist diese Untersuchung nur ein Vorwand, um den Gewerkschaften in Finnland Schwierigkeiten zu bereiten.

Soziales.

(Siehe auch 1. Beilage.)

Ein eigenartiger Gewerbegerichtsvorsitzender.

Vor dem Spandauer Gewerbegericht klagte der Klempner Beckmeier gegen den Klempnermeister Gärtner wegen 11 Tage Lohn à 5,70 M. Er wurde am 15. November v. J. ohne geschliche Mündigung grundlos entlassen und war 11 Tage arbeitslos. Der Beklagte hatte eingewendet, es bestie für die Klempner ein Tarif,

noch welchem Kündigung ausgeschlossen, und außerdem sei er zur sofortigen Entlassung berechtigt, da der Kläger sozialdemokratische Flugblätter für die Jugendorganisation verteilt habe. Der Kläger legte das Flugblatt vor, welches er den Lehrlingen gegeben. Es ist dies ein vom Metallarbeiterverband für die gewerkschaftliche Jugendbewegung herausgegebenes Flugblatt. Aber der Hinweis des Beklagten, daß es ein sozialdemokratisches Flugblatt sei, schien den Vorsitzenden, Magistratsassessor Kurte, ganz aus dem Häuschen gebracht zu haben, denn er vertieg sich ohne jede Veranlassung auf dem Ausspruch: „In lange er Vorhänder sei, werde die Mehrheit des Gewerbegerichts stets gegen die Sozialdemokraten sein“. Von einem Richter der unparteiisch urteilen soll, jedenfalls ein sehr bemerkenswerter Ausspruch. Der erste Termin in dieser Sache, in welcher sich das vorstehend Angeführte abspielte, fand vor drei Wochen statt. Es wurde in diesem Termin beschlossen, die Sache zu verlagern und bei der Klempnerinnung anzufügen, ob ein Tarif bestie. Am Montag fand der zweite Verhandlungstermin statt. Der Bescheid der Klempnerinnung lautete, daß ein Tarif nicht bestie. Man sollte nun meinen, daß der Beklagte einfach zur Zahlung der streitigen Summe verurteilt wurde. Aber weit gefehlt. Der Beklagte wiederholte seinen Einwand bezüglich der sozialdemokratischen Flugblätter. Das Gericht sah, zweifellos gegen die Stimmen der Arbeitnehmer den sonderbaren Bescheid, bei der Handwerkskammer anzufügen, ob der Metallarbeiterverband politische Tendenzen verfolgte. Der eine der Arbeitnehmerbesitzer gehörte selber dem Metallarbeiterverband an und er hätte am zuverlässigsten darüber Auskunft geben können, daß der Metallarbeiterverband nur gewerkschaftliche Tendenzen verfolgt und verfolgen kann. Er darf laut seiner Satzungen gar keine politische Tendenzen verfolgen, da er nur eine rein gewerkschaftliche Organisation ist. Aber der Herr Assessor und mit ihm die Arbeitgeberbesitzer wollten wohl absolut etwas in Sozialistenfresserei machen. Man darf gespannt sein, welche Auskunft die Handwerkskammer geben wird; wenn dieselbe so ausfällt, wie in einer anderen Beilingsache, dann dürfte der Herr Assessor nicht allzu erfreut darüber sein. Zweckmäßiger wäre es wohl gewesen, der Gewerbebericht hätte sich ein Statut des Metallarbeiterverbandes vorlegen lassen, darin sind die Tendenzen angegeben. Die Handwerkskammer wird auch nicht weiter machen können, als auf das Statut zu verweisen. Ganz abgesehen davon, daß durch solche Beschlüsse die Prozesse sehr in die Länge gezogen werden, berechtigt das Verhalten des vorstehenden Klägers, die einen objektiven Vorsitzenden erwarten, diesen Vorsitzenden abzulehnen. Sollte es der Spandauer Gemeindeverwaltung unmöglich sein, einen Vorsitzenden für das Gewerbegericht zu bestellen, der es ablehnt, politische Tendenzen in den Gerichtssaal hineinzutragen?

Fortschritte der unentgeltlichen Geburtshilfe in der Schweiz.

In der Kantonshauptstadt Zug ist in jüngster Zeit die Einführung der unentgeltlichen Geburtshilfe beschlossen worden, so daß sie nun, soweit bekannt, in vier schweizerischen Gemeinden besteht bzw. eingeführt wird. Mit dem Gedanken der unentgeltlichen Geburtshilfe auf Kosten der Gemeinde und des Staates hopt es in Deutschland, dessen führende Gesellschaftsklassen so gern von Sozialpolitik fabeln, noch recht sehr.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die belgische Arbeiterpartei beim französischen Ministerpräsidenten.

Paris, 26. Januar. (B. L. B.) Ministerpräsident Briand empfing heute eine von den belgischen Deputierten Vandervelde und Anselme geführte Abordnung der belgischen Arbeiterpartei, welche über die von der französischen Kammer bei der Zolltarifdebatte beschlossene, gegen die ausländischen Arbeiter gerichtete Steuer Beschwerte erhob. Minister Briand erklärte, daß die Regierung diese Steuer, die sie schon in der Kammer bekämpft habe, auch im Senat bekämpfen werde.

Clemenceaus Austritt aus der radikalen Partei.

Paris, 26. Januar. (B. L. B.) Da Clemenceau seinen Austritt aus der radikalen Partei aufrecht erhält, trotzdem ihm deren Leitung über ihr Zusammengehen mit den Sozialdemokraten bei den Toulonener Gemeindevahlen ausführliche Aufforderungen gegeben hat, beschloß der Parteiaussschuß, die Austrittserklärung anzunehmen.

Die Unruhen im Osten.

Saloniki, 26. Januar. (B. L. B.) In Restime (Bezirk Kastoria) bemächtigten sich Bulgaren der griechischen Kirche, vernichteten einen Teil der Einrichtung und zerrissen die Kirchenbücher. Sie wurden durch Militär vertrieben, das elf Verhaftungen vornahm. An der türkisch-bulgarischen Grenze ist es wieder zu Plünderungen gekommen, die bis gestern abend andauerten. Ueber die Zahl der Toten und Verwundeten verlautet noch nichts Bestimmtes.

Eine Explosion von Benzinfässern.

Essen, 26. Januar. (B. L. B.) Auf dem Bahnhof in Blankenstein a. d. Ruhr waren Arbeiter mit dem Anladen von Benzinfässern beschäftigt, wobei ein Arbeiter rauchte. Es erfolgte eine Explosion, bei der drei Arbeiter schwer verletzt wurden. Der Urheber der Explosion ist flüchtig.

Verurteilte Raubmörder.

Essen, 26. Januar. (B. L. B.) Nach sechsstündiger Verhandlung wurde heute abend der 29jährige Erbarbeiter Emil Willeit und der 23jährige Handlanger Friedrich Storbek, beide aus Essen, wegen versuchten Raubmordes und Körperverletzung mit tödlichem Ausgang in Strafeinheit zu je 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Auch wurde auf die Zulässigkeit von Postgel-aufsicht erkannt. Die Kosten wurden den Angeklagten aufgelegt.

Gefrandeter Dampfer.

Bremen, 26. Januar. (B. L. B.) Die Rettungsstation Sommerfeld der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphierte: Am 26. Januar wurden von der holländischen Tjalk Concurrent, Kapitän Schulten, gestrandet bei Mindener Oudeoog, mit Wohl von Ottenen nach Oldenburg bestimmt, durch das Rettungsboot der Station vier Personen gerettet.

Hochwasserschäden in Frankreich.

Paris, 26. Januar. (B. L. B.) Ein Flügel des Ministeriums des Meubers mußte heute nachmittag geräumt werden, da die Manier in Folge des Hochwassers bedenkliche Risse aufwies, auch in den von der Seine entfernten Straßen machen sich die Wirkungen des Hochwassers mehr und mehr geltend. In der von dem Boulevard nach der Place de la Concorde führenden Rue Rohol wurde der Wagenverkehr eingestellt, da in den dort im Bau begriffenen Tunnel der Untergrundbahn Wasser eingedrungen und ein Sammelkanal geborsten ist, wodurch Senkungen hervorgerufen wurden. Im Quai de Louvre sind gerade gegenüber dem Louvremuseum Senkungen eingetreten, so daß diese Gegend von dem Verkehr abgesperrt werden mußte.

Eine menschliche Bestie.

Budapest, 26. Januar. (B. L. B.) In der Gemeinde Giasb spielte sich eine blutige Familientragödie ab. Der Photograph Andras Bughe versuchte ein Sittlichkeitsattentat gegen seine eigene Tochter auszuführen, welche in ihrer äußersten Not den Vater mit der Axt niederhieb.

Reichstag.

24. Sitzung. Mittwoch, den 26. Januar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dernburg. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der zweiten Beratung des Nachtragsetats für das südwestafrikanische Schutzgebiet.

Abg. Dr. Krenndt (Sp.): Es herrschte hier eine erfreuliche Uebereinstimmung, die nur eine kurze Unterbrechung durch Herrn Ledebour erlitt. In der Geschichte unserer Kolonien sind diese Verhandlungen von besonderer Bedeutung, sie bedeuten das Ende unserer kolonialen Kämpfe. Die Ausführungen des Herrn Ledebour gegen die Eisenbahnen in den Kolonien waren auch nicht mehr von der früheren Heftigkeit, sondern nur eine Art Nützungsgefecht; auch in jenen Reihen hat man sich mit der Loslöschung des Besitzes unserer Kolonien abgefunden, und für ihre wirtschaftliche Entwicklung gibt es gar nichts Besseres, als den Ausbau der Eisenbahnen; die Erträge der Diamanten zur Abzahlung der Kriegskosten, wie Herr Ledebour will, statt zum Ausbau der Eisenbahnen zu verwenden, wäre das Allerverfehlteste und eine ganz falsche Sparmaßnahme. Herr Erzberger hat gestern den Staatssekretär beglückwünscht, daß er jetzt eine Diamantenliste statt der Datteliste in Südwestafrika hat. Im Schlusseffekt, glaube ich, wird sich die Datteliste als wertvoller erweisen als die Diamanten; aber die Diamanten zeigen doch, wie falsch es ist, große Kolonialgebiete als wertlose Sandwüsten zu bezeichnen. Ein großes Glück ist, daß die Diamanten nicht früher gefunden sind; es ist ein Verdienst des Staatssekretärs, diesen glücklichen Zufall zum wirtschaftlichen Ausbau der Kolonien benutzt zu haben. Ueber den neuen Vertrag mit der Kolonialgesellschaft will ich nicht sprechen; aber die gesamte Diamantenpolitik des Staatssekretärs, die Art, wie er dem Reich einen Gewinnvorteil gesichert und die Preise hoch gehalten hat, findet meine uneingeschränkte Anerkennung. (Bravo! rechts.)

Abg. Storz (deutsche Sp.): Es gibt in Überigbücht Leute, die mit der Sperre der Diamantenfelder zugunsten der Deutschen Kolonialgesellschaft nicht einverstanden sind, wir haben Behauptungen gehört, die auf einen Diamantenstollen schließen liegen. Die Vorgänge mit denen in Kattowitz in Parallele zu stellen, ist allerdings nicht angebracht, und Herr Ledebour hätte es sich ersparen können, sich zum Verteidiger des Herrn Krenndt aufzuwerfen, um so mehr, als er die moralische Qualifikation des Herrn Krenndt und seiner Hintermänner tiefer einschätzt als sonst jemand im Hause. Die Diamantenpolitik des Staatssekretärs billigen wir; wir meinen aber nicht, daß die Betätigung kaufmännischen Geistes durch den Reichstag gebremst wird, wie der Staatssekretär gestern Herrn Erzberger gegenüber andeutete. Die Verwendung der aus den Diamanten gewonnenen Gelder zu Bahnbauten findet ebenfalls unsere Zustimmung. (Bravo! bei den Preisstimmigen.)

Staatssekretär Dernburg: Ihre einstimmige Zustimmung zu den Bahnvorlagen ist sehr erfreulich. Ihre Bedeutung liegt darin, daß sie das Land, das noch wenig von Bahnen durchzogen ist, wirtschaftlich erschließen werden. Redner geht dann auf die Finanzierung der Bahnen ein, die im ganzen 76 Millionen Mark kosten sollen. In Südwestafrika wird hoffentlich bald volle Verwirklichung der aufgeregten Gemüter herbeigeführt werden können. Es fehlt noch in den Kolonien vielfach die gegenseitige Anerkennung der jedem Teile zustehenden Rechte. Die dortigen Anwohner müssen es einsehen lernen, daß die deutschen Kolonien regiert werden von der Zentralstelle in Berlin, die dem Reichstage verantwortlich ist. Gesehen wird, daß dann wird ihnen auch in allen lokalen Fragen die Bewegungsfreiheit gewährt werden, auf die sie Anspruch haben. (Bravo!)

Abg. Vatmann (wirtsch. Sp.): Der Bahnvorlage hätte auch die Sozialdemokratie zustimmen müssen, denn die Möglichkeit der Erschließung des Landes liegt doch in allererster Linie im Interesse der Industrie und damit der Arbeiter. Die Verechtigung der Diamantenpolitik des Herrn Dernburg erkennen wir an.

Abg. Erzberger (Sp.): Herr Storz hat behauptet, daß die deutsche Kolonialgesellschaft in Südwestafrika heute noch im Besitz der sämtlichen Mineralvorkommen in Südwestafrika sei. Dieser Rechtsauffassung muß ich auf das entschiedenste entgegenreten. In allen

Verträgen wird immer ausdrücklich unterschieden zwischen Verrecht und Vergegenwartung. Hätte Herr Storz recht, so würden wir rechtungslos der Monopolwirtschaft einer einzigen Gesellschaft in Südwestafrika ausgeliefert. (Sehr richtig! im Zentrum.) Durch das Abkommen vom 17. Februar 1908 sind die Privilegien in Bezug auf das Eigentum von Bergwerken, welche die deutsche Kolonialgesellschaft damals besaß, beseitigt worden. Ich hoffe, daß der Herr Staatssekretär mit gewohnter Energie den Vertrag vom 17. Februar 1908 sinngemäß im Interesse des Reichs durchzuführen wird.

Abg. Arning (natl.) konstatiert, daß die Kommission mit Ausnahme des Abg. Storz auf dem Standpunkt des Abg. Erzberger gestanden habe. Damit schließt die Diskussion.

Der Nachtragsetat wird nach den Beschlüssen der Kommission genehmigt. Die Depesche des Bürgermeisters Kreplin wird gemäß dem Antrag der Kommission durch die Beschlüsse des Reichstages für erledigt erklärt.

Ein weiterer Nachtragsetat wird debattelos bewilligt. Es folgen Rechnungsachen.

Bei der Uebernahme der Einnahmen und Ausgaben der afrikanischen und polynesischen Schutzgebiete für 1908 trägt Abg. Dr. Görde (natl.), daß ein für Artillerie im südwestafrikanischen Schutzgebiete bewilligter Posten im Betrage von 150 000 M. nicht ausgegeben sei. Das sei um so bedenklicher, als die Bewilligung kurze Zeit vor dem großen Kampfe erfolgte. — Redner rügt weiter die „Wirtschaft aus dem Vollen“ in den Kolonien und gedenkt unter großer Heiterkeit des Hauses der 300 000 Unterhosen und 500 000 Strümpfe, die der Staatssekretär zu verkaufen habe. Ferner verlangt der Redner eine anderweitige Regelung der Reisekosten. Nur die wirklichen Ausgaben sollten ersetzt werden.

Reichschatzsekretär Wermuth stellt in Aussicht, daß „Halbtunnsicht“ Abhilfe geschaffen werden soll.

Abg. Erzberger (Sp.) dankt dem Abg. Görde für seine Anregungen. Die Berichte der Rechnungscommission sollten mit größerer Aufmerksamkeit gelesen werden. (Sehr wahr!) Was helfen alle Sparmaßnahmebeschlüsse der Budgetcommission, wenn sie nicht befolgt werden? Die „Halbtunnsicht“ (Große Heiterkeit.) Abhilfe, die der Reichschatzsekretär verspricht, kann auch wenig helfen. Solche Verprechungen sind immer gemacht und nie gehalten worden. — Mit der Beschränkung der ersetzten Reisekosten auf die wirklichen Ausgaben können in Reich, Staat, Gemeinden und Kolonien Tugende von Millionen gespart werden. Man denke sich z. B. was für eine Summe herauskommt, wenn bei der Verlegung — natürlich im Interesse des Dienstes — eines Beamten von Kattowitz nach Südwestafrika (Schallende Heiterkeit) statt des bisherigen spärlichen Erlegungsmodus nur die wirklichen Ausgaben ersetzt werden. — Der Kollege Görde hat mit Recht die Wirtschaft aus dem Vollen getadelt, die in den Kolonien herrscht. Da finden sich Hunderte von Mark für Posten wie Papier, Linte (Große Heiterkeit), Gummi Arabikum (Schallende Heiterkeit) und sogar 450 M. für Papierbeschaffung (Stimmliche Heiterkeit) in der einzigen Kolonie Kamerun. (Hört! hört!) Ich möchte wissen, was das ist „Papierbeschaffung“? (Sehr wahr! und erneute schallende Heiterkeit.) — Es ist dringend nötig, daß mit der Sparpolitik endlich Ernst gemacht wird. (Uebhafter Beifall im Zentrum.)

Reichschatzsekretär Wermuth stellt in Aussicht, daß an die Neuregelung der Reisekosten möglichst bald (Große Heiterkeit) und zwar noch vor dem 1. April (Stimmliche Heiterkeit) herangetreten werden soll. Hiermit schließt die Diskussion.

Die Ueberfahrt von 1908 wird genehmigt. Einige weitere Rechnungsachen werden debattelos genehmigt. Es folgt die

zweite Beratung des Militäretats. Die Beratung beginnt beim Titel „Gehalt des Kriegsministers, 60 000 M.“

Abg. Haendler (Sp.): Der Militäretat weist wiederum eine Reihe von Ausgabeposten auf, die mit der Kriegstätigkeit gar nichts zu tun haben. Dahin gehören z. B. die Reisegehälter, die Summen für Dienstfreien, die Einkuren, wie z. B. Kommandantenstellen neben Gouverneuren,

überhaupt das ganze Zulagewesen in der Armee. Auch die Leutnantsstellen konnten, unbeschadet der Kriegstätigkeit, erheblich eingespart werden. Die Vermehrung unserer Volksgesamtheit wird notwendig zu neuer Belastung des Militäretats führen; um so notwendiger ist es, an Erparnisse zu denken, vor allem durch weitere Herabsetzung der Dienstzeit. Den Anfang muß die Beseitigung des dritten Dienstjahres bei der Kavallerie machen, die bei dem nächsten Quinquennat brennend wird. Die Herabsetzung der Dienstzeit ohne eine Herabminderung der Qualität des Heeres ist das wichtigste militärische Problem der Gegenwart; ihre Lösung verlangt auch die Heranziehung der Jugend zu allen körperlichen Aufgaben, die sie in den Mannesjahren zu erfüllen hat. In Berlin hat ja längst unter Teilnahme des Kriegsministers eine Jugendparade stattgefunden, wobei die üblichen Ansprachen gehalten wurden. Die Heeresverwaltung hat auch Vorzüge getroffen, die Schuljugend heranzuziehen, um die Parade zu sehen. Aber derartige Maßnahmen kommen doch nur auf die früher mit Recht zurückgewiesenen Soldatenpielerien hinaus. (Sehr richtig! bei den Sozial.) Daß die Heeresverwaltung den Schulen Erzieherplätze zur Verfügung stellt, erkenne ich an, aber das genügt nicht. Wir brauchen eine Organisation nach japanischem Muster, welche schon in der Jugend den Körper stärkt und den entwerfenden Einflüssen unserer Zeit gegenüber den Geist kriegerisch erhält. Ich erinnere an die Worte, die der Reichskanzler am 6. April 1895 gesprochen, wonach die Zukunft des Reiches damit steht und fällt, ob es gelingt, ein den Aufgaben der Zeit gewachsenes Geschlecht heranzuziehen, ein kriegerisches Geschlecht, das allen Anforderungen des modernen Krieges gewachsen ist.

Ich kann der Heeresverwaltung die Anerkennung nicht versagen, daß sie eine Reihe von Vereinfachungen getroffen hat. Ich begrüße den Fortschritt, der mit dem neuen Erzieherreglement gemacht ist; das Verbot des Stechschritts wird hoffentlich der Gesundheit unserer Infanterie zugute kommen. Vor drei Jahren präs man das Erzieherreglement als Quintessenz der Einfachheit, jetzt greifen aber schon wieder große Veränderungen Platz. Da muß man doch fragen, warum sich die militärische Erkenntnis nur so allmählich und rudimentär durchbricht. Das Vertrauen in die maßgebenden Stellen kann dadurch nicht gestärkt werden. Der Oktober 1909 hat uns auch eine neue Schießvorschrift für die Infanterie gebracht. Warum daneben noch eine besondere Schießvorschrift für Jäger und Schützen besteht, das ist nicht nur Laien unverständlich wie das Bestehen solcher Elitegruppen überhaupt. Der gewaltigste Posten des Etats ist die Summe für Naturalverpflegung. Wenn jetzt wiederum eine Million mehr gefordert wird, so müssen wir diesen Posten mit Rücksicht auf die Finanzlage genau prüfen. Ebenso mache ich den Finanzminister auf die Bestimmung aufmerksam, daß familiäre ausgegebene Pensionen verschoben werden muß! — Das scheint im Interesse der Sparpolitik nicht angebracht. Anerkennung verdient auch die neue Schießvorschrift für die Kavallerie. Aber eine Vermehrung der Kavallerie wird nur unter gleichzeitiger Uebertragung zur zweijährigen Dienstzeit zu erreichen sein. Unter diesem Gesichtspunkte muß auch die Forderung von drei Reitschulen für Kavallerieoffiziere gewürdigt werden.

Die Mannöver sind Hochschulen für die Führer; mehr als in jeder anderen Kunst gilt in der militärischen das Wort: Kritizieren ist leicht, besser machen ist schwer! (Große Heiterkeit links.) Jurist: (Sehr richtig!) Was uns die großen Mannöver mehr kosten, muß durch Vereinfachung der Divisions-, Brigaden- und Regimentemännern und durch Wegfall der großen Paraden wieder hereingebraucht werden. Die Mannöver von Regiment zu Regiment, Brigaden gegen Brigaden waren vielleicht eine der rücksichtslossten Einrichtungen unserer Armee. Auch in der inneren Verwaltung der Armee wäre vieles zu vereinfachen. Interessant wäre eine Trennung nach persönlichen, sachlichen und politischen Ausgaben. Auch aus der Heeresverwaltung scheidet manchmal etwas durch, was an den Verstoßprozeß in Kiel erinnert. Den Rat eines tüchtigen Kaufmannes könnte auch die Heeresverwaltung zuweilen recht gut brauchen.

Aussehen erregt hat ein Duell in Halberstadt. Der Platz soll dabei von Soldaten abgedeckt worden und ein Sanitätswagen zur Aufnahme eventuell Verwundeter bereit gewesen sein! (Hört! hört! im Zentrum und links.) Für ein detariertes Verfahren fehlt überhaupt eine parlamentarische Bezeichnung (Sehr wahr! im Zentrum und links); die grundsätzliche Unterdrückung des Zweikampfes durch die Militärverwaltung erscheint danach in recht eigenartiger Licht. (Sehr richtig!)

Kleines feuilleton.

Für und wider des Schach. Der Wettkampf Dr. Kasler-Schlechter um die sogenannte Weltmeisterschaft im Schach wird viele Menschen interessieren, manche fast lassen. Ein richtiger Schachspieler wird nicht lassen können, daß es Leute gegeben hat, die das Schachspielen für überflüssig und geradezu verwerflich angesehen haben. Doch christliche Kirchendäuer wie St. Cyprianus und St. Chrysostomus Gegner des Schachs gewesen sind, weil sie die Spiele insgesamt für ein Werk des Teufels hielten, will nicht viel besagen. Standen sie doch auch auf dem sonderbaren Standpunkte, daß der Mensch eigentlich nicht lachen dürfe, denn wie die heilige Schrift beweise, hätten weder Christus, noch die anderen biblischen Personen jemals gelacht, ausgenommen Sarah, die alsbald dafür bestraft worden sei. Bemerkenswert ist ein Verbot wider die Beschäftigung mit dem Schachspiel, das um die Mitte des 14. Jahrhunderts Ludwig der Heilige von Frankreich erließ und das die Synode von Véziers billigte: als Grund des Verbots wurde angeführt, daß gerade dieses Spiel mit einer großen Zeitvergeudung verbunden sei. In einer ähnlichen Ansicht gelangte später Johann Hüb, denn in einem während des Konstanzer Konzils geführten Briefe beklagt er, dem Schach, bevor er Priester geworden sei, viel zu viele Zeit gewidmet zu haben. Dann die Leute, die es eine nutz- und brotlose Kunst nennen. König Jakob I. von England untersagte denn auch seinem Sohne das Schachspiel. Groß und breit steht das geschrieben in den Lebensmaximen, die der königliche Vater für seinen edlen Pflanz versetzt hat und die als sogenanntes „goldenes Buch“ 1619 in London schon gedruckt erschienen sind. Und nun der geistvolle Montaigne, der mit seinen geistvollen Essays die französische Verfeinerungsliteratur eingeleitet hat! freimütig gesteht er, das Schach zu lieben, weil es für ein Spiel zu ernsthaft sei. So geht es weiter im Tadel bis hinauf zu Rosas Mendelssohn, der den Ausdruck getan hat: „Schach ist für den Verstand zu viel Spiel, und als Spiel erfordert es zu viel Verstand.“ Doch alle diese moralisierenden, vernünftelnden, nützelnden Gegner haben dem Schach keinen Abbruch getan — die Kunst von Millionen ist ihm geblieben. Durch alle Jahrhunderte bis auf den heutigen Tag sind die Vordredner des Schachs den Tadeln überlegen gewesen.

Vater Mozart. (Zur Wiederkehr von Mozarts Geburtstag, 27. Januar.) War es sonst oft das Schicksal der Söhne berühmter Männer, von der Macht des exorbitanten Namens erdrückt zu werden, so liegt der Fall bei Leopold Mozart (1719—89) so, daß der Straßenglanz seines Sohnes Wolfgang Amadeus ihn fast völlig in den Schatten der Vergessenheit gerückt hat. Es entsprach darum einer Pflicht der historischen Gerechtigkeit, wenn jetzt der Musikhistoriker Professor Dr. Max Seiffert in Berlin die „Ausgewählten Werke von Leopold Mozart“ in einem starken Bande der „Denkmäler der Tonkunst in Bayern“ mit einer kritischen Einleitung herausgegeben hat (Leipzig, Verlag Breitkopf u. Härtel). Eine Auswahl von Werken aus dem Gebiete der Klavier-, Kammer- und Kirchenmusik samt einer Anzahl von Einförmigen, die der fleißige Salzburger Hofkomponist geschaffen, wird damit zum erstenmal einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht und liefert den Beweis, daß der Name Mozart auch

dann noch heute mit Ehren genannt werden dürfte, wenn nicht sein jüngerer Träger ihm Unsterblichkeit verliehen hätte. Von besonderem Interesse sind die Sinfonien, die zum Teil, einer Liebhaberei des 18. Jahrhunderts entsprechend, der (bekanntlich erst viel später durch Verlosz und Bizet zu einem höheren Kunstprinzip erhobenen) Programmmusik angehören. Es findet sich darunter eine „Sinfonia burlesca“, eine Jagdsinfonie, eine Militärsinfonie, eine „Bauernhochzeit“ u. a., die alle eine frische, vollständige Melodie und mancherlei originelle Einfälle aufweisen. Drollig genug wirken dabei oft die von Komponisten gegebenen Vorschriften, so wenn zu der Jagdsinfonie bemerkt wird: „Item kann auch ein Hifthorn da bey seyn. Dann soll man etliche Hunde haben die bellen, die übrigen aber schreyen zusammen ho ho etc.“ nur 6 Tact lang. Vey der Post-sinfonia wird etliche mal das Posthorn angeblasen und 2 bis 3 mal mit der Weitschen geblaselt.“ In den Erklärungen zur „Bauernhochzeit“ heißt es: „Vey dem Wache mag auch nach dem Jauchzen jedesmal ein Pistolenschuß geschossen, wie es bey den Hochzeit gebräuchlich ist, und wer recht auf den Fingern pfeifen kann, mag auch unter dem Jauchzen darin pfeifen.“ Am wertvollsten vielleicht unter Leopold Mozarts Kompositionen sind seine Kammermusikwerke sowie seine Klavierkonzerte, in denen eine deutliche Verwandtschaft mit der Wesenart seines Sohnes hervortritt.

Ein Wiener Zensurverbot. Man schreibt uns aus Wien: Montag nachts fand hier eine große Protestversammlung statt, in der Schriftsteller, Schauspieler und Abgeordnete über die kuriose Unterdrückung der Militärschmurre „Der Feldherrnhügel“ von Noda Noda und Karl Köhler sich äußerten. Ungemein fein und sarkastisch charakterisierte Hermann Vahr diese „unterirdische Zensur“ als ein echtes Stück Oesterreich. Er betonte die Notwendigkeit, den Behörden und Theaterdirektoren eine Gegenmacht entgegenzustellen: die Organisation der Autoren, der Schauspieler und des Publikums. Noda Noda verlas einen Brief, der Enthüllungen enthielt über die Korruption der Verwaltungsstellen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten wiesen auf die Wichtigkeit eines modernen Theatergesetzes hin und auf die Schwäche des Militarismus, dem schon eine harmlose Pöffe gefährlich erscheine; der Kampf für die Freiheit der Kunst sei nur ein Teil des Kampfes für Geistesfreiheit und dieser wieder nur ein Teil des großen Kampfes um die ökonomische Freiheit der Arbeiterklasse. — Die Autoren des verbotenen Stückes werden übrigens den Klageweg betreten.

Auch in München, wo die beiden aus acht absolutistische, aber durch keine Schlamperie gemilderte Art versetzten Autoren ihren Wohnsitz haben, ist eine Protestbewegung im Gange. Es wird uns depeeschert:

Die Union dramatischer Autoren und Komponisten in Wien hat Protest dagegen erhoben, daß die Schmurre „Der Feldherrnhügel“ auf Einwirkung der Wiener Polizeibehörde vom Repertoire abgesetzt wurde. Diesen Vorgehen der Wiener Union schließt sich die Münchener Dramatische Gesellschaft an und legt Verwahrung ein gegen die ihren Mitgliedern Noda Noda und Karl Köhler zugefügten schweren künstlerische und materielle Schädigung.

Theater. Friedrich Wilhelmstädtisches Schauspielhaus: „Halali“ von Richard Stowronnel. Daß sich bei diesem

Treibjagdsignal eine amüsante lustspielmäßige Handlung denken läßt, spricht jedenfalls für die ursprüngliche Absicht des Dichters, der ja zudem selbst einem maurischen Höfsterhause entstammt. Demnach hat er allerdings den etwas winzigen dramatischen Kern mit Zuhilfenahme von ziemlich viel und ziemlich gutbewährten Tricks aus der älteren Lustspiel- und deutschen Familienblatt-Literatur mehr schwanz- als lustspielartig ausgestaltet. Typisch Heimatländisches — außer dem zufällig „ostpreussischen“ Dialekt — hat das Stück sonst nicht; aber die ganze Aufmerksamkeit kommt dem spießbürgerlichen Unterhaltungsbedürfnis bereitwillig entgegen, und so wird sich „Halali“ wohl noch vorläufig einer dankbaren Aufnahme erfreuen dürfen. Die Regie und die Darsteller haben hübsch einträchtig ihr bestes Können aufgewendet, um dem feudalagrar-waidmännisch angehauchten Lustspielcharakter aus den preussischen Hinterwäldnern eine flottfröhliche Wiedergabe zu sichern. Agnes Werner-Wagner (Frau Scheller), Paul Kaufmann (Röfster Schönbell), Karl Bachold (Gutsbesitzer Hartung), Maximilian Siedel (Referendar v. Streit), Heinz Carnow (Student), Eugen W. D. u. S. (Vertwalter Gramayle) und Toni Siebel (Gertrud Korn) waren sehr gut. Das gleiche ließe sich auch von Gertrud Korn sagen, wenn sie ihrer emanzipationswürdigen Gutsbesitzerin etwas mehr Temperament zutrauen wollte. Auch unter den Treibertypen wurde kreuz-„verächtlich“ im unverfälschten Dialekt „genabert“. Das gutbesetzte Haus war sehr beifallsstiftig. a. k.

Notizen.

Der neue Komet. Dr. Kobold von der Kieler Sternwarte hat auf Grund von Beobachtungen, die in Algier gemacht wurden, die Bahn des neuen Kometen berechnet. Er hat danach am 17. Januar seine größte Sonnennähe (Perihel) erreicht; seine Entfernung von der Sonne betrug damals sechs Millionen Kilometer. Seine Bahn ist nordwärts gerichtet. Die nächsten Tage wird der Komet besser und länger sichtbar sein, da er sich weiter vom Horizont entfernt, falls er nicht zu leichtschwach wird. Am Mittwoch konnte er vom Dache unserer Redaktion aus mit bloßem Auge beobachtet werden. Man sah aber infolge des Großstadtdunstes nur einen länglichen blauen Schimmer.

Der Schachwettkampf zwischen Kasler und Schlechter, dessen erste Hälfte in Wien angefochten wurde und mit einem Vorsprung Schlechters endete, wird in Berlin fortgesetzt. Vom 26. Januar an werden die noch ausstehenden fünf Partien gespielt werden.

Zoll auf ausländische Künstler. Seit dem Vorjahre ist analog der Steuer, die ausländische Handlungsfreisende in Schweden zu entrichten haben, auch eine Abgabe eingeführt worden, der ausländische Künstler, die in Schweden gastieren, unterworfen sind. Die Entnahmen aus diesem Zoll auf Künstler waren auf 300 000 Kronen veranschlagt. Aber schon jetzt zeigt es sich, daß diese Steuer viel größere Beträge abwerfen wird. Allein in Stockholm sind bis jetzt, wenige Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes, mehr als 60 000 Kronen eingekommen. Unter dem Zwange dieses Gesetzes hat eine Reihe von ausländischen Künstlern, namentlich Musiker, um das Schwedische Bürgerrecht nachgesucht.

Dem neuen Herrn Kriegsminister bringen wir unbedingtes Vertrauen entgegen. Wir werden stets bereit sein, die nationale Wehrkraft auf der Höhe zu halten, müssen aber verlangen, daß in allen militärischen Forderungen große Selbstbeschränkung geübt wird und daß die auf dem Altar des Vaterlandes niedergelegten Opfer in sparsamer Weise verwendet werden. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. Osann (nat.): Die notwendige Sparsamkeit ist im Militärretai leider nicht überall geübt worden. Aus den Reisegebühren darf kein Profit herausgeschlagen werden. Eine Reihe von Kommandanten könnten aufgehoben werden. Für die Kommandantur in Glogau zum Beispiel hat das Reichstag bereits wiederholt gefordert! Unverständlich ist es, daß jeder kommandierende General als solcher neben dem Gehalt von 18 000 M. eine Stellenzulage von 18 000 M. erhält. (Hört! hört! links.) Auch an Dienstwohnungen könnte erheblich gespart werden. Für einen kommandierenden General trägt das Reich 13 000 M. Wohnungskosten! Daß bei der Wagnition große Veranschlagung der Ausgaben des Adels stattfindet; viele Regimenter bestehen ausschließlich aus Adligen! (Hört! hört! links, Unruhe rechts.) Nur bei der Artillerie in Berlin hat der jetzige Chef des Militärkabinetts eine Veränderung eintreten lassen. Die Regimenter mit nur bürgerlichen Offizieren stehen merkwürdigerweise alle an der Grenze. (Zuruf rechts.) Wenn das eine „Verzögerung“ sein soll, so ist es unverständlich, warum man diese „Verzögerung“ nicht auf den Adligen zuteil werden läßt. (Sehr gut! links.) Dieses Vorgehen hat zur Folge, daß tüchtige bürgerliche Kräfte sich der Offizierslaufbahn nicht widmen. (Sehr richtig! links.)

Der Kriegsminister sollte dahin wirken, daß die berechtigten Beschwerden der Handwerker und Kleinrentner über Konkurrenz der Defonomehandwerker und Militärminister Abhilfe finden.

Ohne mich hier ausführlich über

das Militärstrafverfahren

berichten zu wollen, muß ich doch sagen, daß viele Urteile der Militärgerichte Kopfschütteln erregen. (Sehr wahr! links.) Keinerseits befreit die Wehrmacht die von Kriegsgerichten dem Begriff des Aufruhrs gegeben worden ist. Der häufige Ausschluß der Öffentlichkeit bei Kriegsgerichtsverhandlungen, zumal gegen Offiziere, wirkt demutend und dient nicht zur Stärkung der Autorität der Militärgerichtsbarkeit. (Sehr richtig! links.) Nach wie vor verurteilen wir auf schärfste die Soldatenmishandlungen. Wir müssen aber unterscheiden zwischen den Mishandlungen aus Dienstzwecken und denen aus Boswilligkeit. Ganz besonders scharf sind Mishandlungen zu beurteilen, die von Offizieren ausgehen. Die Offiziere sollen doch den Unteroffizieren als Muster dienen!

Gewiß legt unsere Rüstung dem deutschen Volke schwere Lasten auf. Es ist deshalb begründet, wenn der Vordredner Abrüstungswünsche äußert. Gewiß sind im Prinzip internationale Abrüstungsvorschläge, wie sie auf dem Gebiete der Seerüstungen bereits die Welt geistvoller Vorschläge angenommen haben, auch für die Landrüstungen zu wünschen. Aber wir sehen, wie in England die liberale Regierung Asquith, von der die Abrüstungsvorschläge ausgingen, empfindliche Wahlniederlagen erleidet. Es bereitet sich in England augenblicklich ein Umschwung vor. Nicht die Frage des Freihandels, sondern Fragen der Wehrmacht beherrschen den englischen Wahlkampf. Wir haben ja gesehen, wie Herr Balfour, der frühere Führer der Liberalen (Zuruf: Verzögerung mit Chamberlain!) mit dem Geistes der deutschen Kriegesgefahr operiert hat. Solche Vorgänge legen uns die Notwendigkeit auf, trotz aller schweren Lasten die deutsche Wehrkraft zu erhalten und zu stärken. (Lebhafte Beifall bei den Nationalliberalen.)

Bayerischer Generalkommandant v. Gelsattel: Der Vordredner behauptete, daß Bayern in der Statistik der Militärkriminalität am ungünstigsten dastünde. Das gerade Gegenteil ist der Fall. Ich berufe mich auf einen unerbüchlichen Zeugen, den Abg. v. Volkmar. Wir Entschuldig weise ich die Beledigung des bayerischen Heeres zurück. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Estlin (Soz.):

In anderen Staaten ist es üblich, daß ein neuer Kriegsminister zunächst einmal im Parlament ein Programm entwickelt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bei uns ist es unmöglich, daß der Kriegsminister ein eigentliches Programm entwickelt, denn es wird ihm alles von einer anderen Seite vorgeschrieben, die dem Reichstag in einer Weise unverantwortlich ist, die mit der Verfassung schwer in Einklang gebracht werden kann. Durch die Kabinettsorder vom 18. März 1893 wurden die persönlichen Angelegenheiten dem Kriegsministerium genommen und dem Militärkabinet übergeben, und in diesem haben wir eine Behörde, die dem Reichstage gegenüber keine Verantwortlichkeit hat, wohl aber Befehle erteilt, die dem Kriegsminister zur Ausführung überwiesen werden, er selbst aber hat auf die Befehle keinen Einfluß. Tatsächlich ist der Einfluß des Kriegsministers auf das Militärkabinet gleich Null. Er ist nur das ausführende Organ. Ueber Verordnungen und Beförderungen von Offizieren, ebenso über Pensionierung bestimmt das Militärkabinet.

Militärvorlagen werden dort ausgearbeitet, und der Kriegsminister, der sie hier vorlegt, ist nur dem Reichstag gegenüber eine Art verantwortlicher Redakteur, der aber in die Redaktion nicht hineinreden darf. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sie redaktieren! Große Heiterkeit links.) Es ist ja sehr nett, wenn sich jemand für solche Stellung findet, aber ein erfreulicher Zustand ist es nicht, daß die eigentlich Verantwortlichen hier vor dem Reichstag nicht erscheinen. Deshalb ist es auch an sich ganz gleichgültig, wer gerade Kriegsminister ist. Das System hängt von ihm in keiner Weise ab. Wir aber führen den Kampf gegen das bestehende System.

Wir sind Gegner des bestehenden Heereswesens. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) 683 525 Mann stehen bei uns im Frieden unter den Waffen! Die Kosten für diese Truppe betragen annähernd 900 Millionen Mark! Was könnte für diese Summe auf kulturellem Gebiete geschaffen werden, denn man wird doch wahrlich nicht behaupten wollen, daß in Deutschland bereits alle Kulturaufgaben gelöst sind.

Die Kosten für das Heerwesen

sind beständig gewachsen. 1873 betragen sie 300 Millionen Mark, 1878 bereits 375 Millionen, 1888 waren sie auf 605 Millionen angewachsen, 1906 auf 825 Millionen und 1910 betragen sie annähernd 900 Millionen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In ganz ähnlicher Weise ist auch

der Pensionsfonds

gewachsen. 1873 betrug er 21 Millionen Mark, in dem gegenwärtigen Etat beträgt er 108 Millionen Mark. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Daß der Pensionsfonds so answachsen konnte, liegt an unserem System der Pensionierung. Ab und zu findet ja ein pensionierter Offizier den Rat, dagegen aufzutreten, und wir haben daraus mehr als einmal gelernt, daß nicht selten Offiziere in der Volkstracht ihrer Gesundheit pensioniert werden, sei es, daß sie einem anderen im Wege stehen, der befördert werden soll oder daß sie einem der Vorgelegten nicht gefallen. Daß sie im Volksteig ihrer Arbeitskraft sind, geht daraus hervor, daß sie sich auf allen Gebieten betätigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unsere Militärverwaltung scheint selbst das Gefühl zu haben, daß hierbei große Ungerechtigkeiten vorkommen, und deshalb ist sie bestrebt, Stellen im Etat zu halten, in denen solche pensionierten Offiziere untergebracht werden. Es findet sich eine ganze Reihe solcher Stellen im Etat. Mit diesem Pensionierungssystem belasten wir die Steuerzahler immer mehr, das sollte die Militärverwaltung beachten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Schuldenlast des Reichs

ist auf mehr als 5000 Millionen angewachsen. Die verdanken sie zum größten Teil dem Militärwesen, und es ist ein offenes Geheimnis, daß wir, wenn das

Militärgesetz abgelassen ist, wir

eine neue Militärvorlage

bekommen. Herr v. Einem, der verflorenen Kriegsminister, hat im vorigen Jahre darauf hingewiesen und gesagt, diese Vorlage werde sich in beiden Grenzen halten. Aber die Bescheidenheit beim Kriegsministerium kennen wir! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) So viel bisher gehört hat, besteht die Absicht, den Regimenter mit zwei Bataillonen ein drittes anzuschließen; ferner sollen ein oder zwei neue Generalkommandos errichtet werden; wir werden also wieder mit gewaltigen Wehransgaben zu rechnen haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist ein merkwürdiger Beweis unserer Friedensliebe. Jeder Staat verfährt ebenso wie wir beständig seine „Friedensliebe“; aber auf diesen sonderbaren Beweis unserer Friedensliebe antworten die benachbarten Staaten ebenfalls mit Vermehrungen ihrer Armeen, und dann stehen die Armeen sich wieder im selben prozentualen Stärkeverhältnis gegenüber, nur daß die Kosten überall gewachsen sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Kärnten sich befinden, so werden ihnen nicht die Errungenschaften der Kultur vorgeführt, sondern sie zeigen sich einander die Bajonette und führen sich ihre Soldaten vor; sie scheinen zu glauben, die Stärke der Soldaten gebe ihnen einen Maßstab für die Höhe der erreichten Kultur. Diese fortgesetzten Wüstungen sind geradezu eine Gefahr für den Frieden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was bleibt denn schließlich dem Staat, der nicht mehr milken, übrig, als wie ein Glücksspieler alles auf eine Karte zu legen und Krieg anzufangen! Auf diesen Zustand treiben wir hin. (Zustimmung b. d. Soz.) Webrigens ist es auch ein offenes Geheimnis, daß das Offizierskorps den dringenden Wunsch hat, das was es im Frieden gelernt hat, im Kriegsfalle zu erproben. Es sind nicht gerade untergeordnete Offiziere, die sich so auslassen. Dieses Sabelkrähen geht vielmehr von recht hochgestellten Offizieren aus.

General v. Deimling,

dessen Auftreten auch hier im Reichstage das größte Mißfallen erregte, hat in Rühlhausen bei der Entlassung der Landwehrleute zu diesen gesagt:

„Aber ziehen Sie den militärischen Geist nicht mit dem militärischen Rock aus, denn

das Gewissen von dem ewigen Weltfrieden

ist Rumpst!“ (Lebhafte Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das sieht dem General v. Deimling ähnlich. Er befindet sich aber nicht in Südwestafrika, sondern an der französischen Grenze. Und wenn ein Mann in hervorragender militärischer Stellung eine solche Äußerung tut, so ist das nicht anders als eine Provokation. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Auch der

General Reim

hat in der Genar Ordgruppe des Flottenvereins in einer Rede gesagt:

„Unser politisches Ansehen und unsere Machtstellung hat in den letzten Jahren zweifellos gelitten. Während zu Bismarcks Zeit alle Welt auf Berlin hörte, sind jetzt die Befehle der Pariser, Londoner und Petersburger Diplomaten tonangebend. Es muß endlich wieder ein energischer Ton angeschlagen werden, denn der Ton macht die Musik! Wenn jemand behauptet, in Zukunft wird es keine Kriege mehr geben, so ist er reif für das Irrenhaus.“ (Sehr richtig! rechts.) General Reim weist dann darauf hin, daß alle Kriege aus wirtschaftlichen Fragen entstanden seien, und weist dann auf die wirtschaftliche Lage auf die nahe Möglichkeit eines Krieges hin. Das ist eine Kriegsbegehr schlaunster Art. (Lebhafte Widerspruch rechts, Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es ist das

eine ganz unverantwortliche Kriegsheze.

(Unruhe rechts.) Der Wahlmager des Parteien Bälows hat ja schon im Wahlkampf bewiesen, daß er von Stupeln nicht geplagt ist, und er wird auch nicht die Absicht haben, seine Äußerungen ferner auf die Soldaten zu legen. Und deshalb ist es von Wert, von dieser Stelle aus zu betonen, daß die große Masse des deutschen Volkes den Darlegungen des Generals Reim keinen Wert beilegt. (Lebh. Zust. bei den Sozialdemokraten.) In der letzten Zeit ist in London ebenfalls bei einem Banquet eine Kriegsheze gehalten worden. Das ist die Folge der maßlosen Hege, die bei uns von den Altschulern getrieben wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Widerspruch rechts.) Ein Verfechter der Mannesmanninteressen hat es doch bei uns sogar fertig gebracht, in einer Broschüre die Frage aufzuwerfen: Woju haben wir denn die vier Millionen Bajonette! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie sehen, welche Verwirrung der Militarismus in einzelnen Köpfen anrichtet. Wir hören doch immer, daß wir in der ganzen Welt im tiefsten Frieden leben, daß niemand daran denke, den Frieden zu stören, und auf den bürgerlichen Friedensongestellen werden die schönsten Friedensreden gehalten; aber dieselben Leute bewilligen dann im Reichstag alles, was von der Regierung zu Kriegszwecken verlangt wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Was als

die eigentliche Aufgabe der Arme

angesehen wird, hat das Organ der Kriegervereine, die „Carole“, am 16. Januar 1910 geschrieben, wo es dieh:

„Es ist doch wichtig, von Zeit zu Zeit daran zu erinnern, daß wir trotz des Friedens nach außen gegen den inneren Feind auf der Wacht sein müssen.“

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die bürgerlichen Parteien fürchten eben, daß der innere Feind Deutschland über den Haufen werfen wolle. (Sehr richtig! rechts.) Das ist nicht „sehr richtig“, sondern sehr falsch. Wir denken gar nicht daran! Der Kampf, den wir in Deutschland führen, zielt dahin, daß in dem Hause, in dem wir alle wohnen, nicht nur die oberen Tausend sich wohl fühlen sollen, sondern das Volk in seiner Allgemeinheit. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Was wäre denn Deutschland ohne den inneren Feind, ohne seine intelligente, fleißige, gutaussehende Arbeiterschaft? (Lachen rechts.) Gerade der Tätigkeit der Arbeiter, die als „innerer Feind“ angesehen werden (Widerspruch rechts), verdanken wir den wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands in erheblichem Maße. Es scheint übrigens, als ob die Arme neuerdings immer mehr gegen den „inneren Feind“ demagt wird. Ich erinnere an das Eingreifen des Militärs in

Randsfeld und Rheinfelden in Baden,

wo deutsche Soldaten das schweizerische Kapital gegen die Forderungen der Arbeiter schützen mußten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist keine sehr vornehme Aufgabe für die Arme! Auch bei den letzten Wahlrechtsänderungen in Preußen haben in den verschiedensten Städten einzelne Truppenteile Dienst gehabt. Wanden Sie, daß wir so dumm sein werden, auf der Straße Gewalt anzuwenden? Das könnte den Reaktionen so passen! Nein, das machen wir nicht, und wir wollen einmal abwarten, ob man es in der Heeresverwaltung wagen wird, auf Massen zu schießen, die friedlich, wenn auch in geschlossenem Zuge, ihre Straße ziehen.

Das Recht auf Straßendemonstration

werden wir und dadurch nicht nehmen lassen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Mit Gewaltmitteln wird man den Kampf gegen die Unterdrückung, den wir zu führen haben, nicht aufhalten. Es mehren sich die Anzeichen, daß auch in anderen Ländern die Zufriedenheit mit dem Militarismus keineswegs eine überaus große ist. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß inaktive Offiziere in der letzten Zeit immer mehr mit ihren Erfahrungen hervortreten. Zu dieser Unzufriedenheit mag auch beitragen. Zu dieser Unzufriedenheit mag auch beitragen

die Verzögerung des Adels im Heere.

Wenn man in letzter Zeit in einzelnen Regimentern einen bürgerlichen Konzeptionsstücken aufgenommen hat, so bedeutet das noch kein Verbrechen mit dem System. Es ist bezeichnend, daß in den teufelischen Truppen, wo ganz besonders Fähigkeiten verlangt werden, der Adel am wenigsten vertreten ist! Für die Bevorzugung

des Adels liefert z. B. die Potsdamer Garnison den besten Beweis. Die sogenannten

„Ersparnisse“ im Militärretai

sind merkwürdiger Art. Ich will auf die Frage der Nationen und Vorkriegesgar nicht näher eingehen, jedenfalls ist bezeichnend: die Budgetkommission beabsichtigt, daß die überschüssigen Nationen befreit werden sollen, und die Heeresverwaltung führt diese Sparsamkeit im Etat durch, findet aber heraus, daß diese Sparsamkeit uns in diesem Jahre annähernd eine Million mehr kostet! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie stellt sich auf den Standpunkt: die Offiziere müßten in irgendeiner Weise für die entgangenen Nationen entschädigt werden. Aber die Nationen sind doch nicht für die Offiziere bestimmt, sondern für die Pferde. (Heiterkeit.) Die ganzen Ersparnisse sind bei den einmaligen Ausgaben vorhanden, in Wirklichkeit aber ist gar nicht gespart worden, sondern man hat einfach Forderungen, die man in diesem Jahre hatte stellen wollen, nur halb gestellt und die andere Hälfte auf das nächste Jahr hinausgeschoben, also die Summen nur verschoben. Das bedeutet zum Beispiel bei Bauten, deren Bauzeit in die Länge gezogen wird, keine Ersparnis, sondern eine Verzögerung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wirklich gespart werden kann an den fortlaufenden Ausgaben, wie Herr Jaousier bereits nachgewiesen hat. Radikal gespart werden könnte vor allem durch die

Verkürzung der Dienstzeit!

Die Heeresverwaltung hält aber mit großer Zähigkeit an der dreijährigen Dienstzeit für die Kavallerie fest. Es scheint, als ob die zweijährige Dienstzeit bei der Kavallerie das Handelsobjekt bilden soll, das bei der nächsten Militärvorlage den bürgerlichen Parteien geboten werden soll. Die glänzenden Kavallerieattachen, die im Wandel geritten werden, haben nach den Angaben von Sachverständigen, z. B. des Generalmajors v. Bernhardt, der natürlich nicht mehr aktiv ist, nur den Wert eines schönen Schauspiels, für den Ernstfall sind sie eine glatte Unmöglichkeit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn das Einjährigenprivileg befreit würde und die Söhne der bestehenden Klassen aus zwei Jahre dienen müßten, dann würde sehr bald auch aus bürgerlichen Kreisen die Forderung der Verkürzung der Dienstzeit erhoben werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daß die Dienstzeit heute zu lang ist, beweist die bekannte Tatsache, daß die Soldaten zu allen möglichen Dingen verwendet werden, die mit der kriegsmäßigen Ausbildung gar nichts zu tun haben, so die Verwendung als Weiber bei der Jagd, als Landarbeiter usw.

Soldaten als Streifbrecher.

Als in diesem Sommer im Offseebad Joppot 20 Reiter streiften, wurden dem Inhaber des Hotels von der Militärverwaltung zwanzig Weidgardebüchsen zur Verfügung gestellt. Diese preußischen Weidgardebüchsen haben also dem polnischen Adel, der vor allem sich in Joppot aufhält, als Reiter gedient. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist nur gut, daß es keine Schullehrer in Rattowitz waren. (Sehr gut! bei den Soz.) Nach unserer Meinung darf die Militärbehörde nicht dadurch in wirtschaftliche Kämpfe eingreifen, daß sie Streifbrecher aus den Reihen der Soldaten stellt. Die Soldaten können sich nicht wehren und müssen dem Befehl einfach Folge leisten, wenn es ihnen auch noch so sehr gegen das Gefühl geht. Ich möchte den Herrn Kriegsminister fragen, ob er eine solche Verwendung von Soldaten billigt.

Ein hübsches Stück hat man sich geleistet in der Verwendung von Soldaten, als der Kaiser von Rußland in Deutschland auf einem Gute zu Besuch war. Die „National-Zeitung“ vom 20. Juli 1908 berichtet darüber: „Es lang der Kaiser-Wilhelm-Kanal ist, so lang war eine doppelte Kette von Soldaten aufgestellt, zuerst Infanterie, dann Kavallerie.“ (Hört! hört! links.) Was hat es mit der kriegsmäßigen Ausbildung der Soldaten zu tun, wenn man einen fremden Herrscher, nur weil er ganz unbedeutendweise in Deutschland für sein Leben fürchtet, von dem Militär bewachen läßt und den Soldaten die Aufgabe von Voligisten zuweist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen auf dem Wege der Verkürzung der Dienstzeit zum

Witzgeier

kommen. Natürlich soll auch das Militär für den Gefechtsdienst vorzüglich wie möglich ausgebildet werden, aber aller überflüssige Friesanz von heute kann erspart werden. In der Schweiz haben wir ja eine solche Witzgeier; dort bekommt der Soldat seine volle Ausbildung mit heim, auch sein Gewehr und er ist verpflichtet, einer Gemeinschaft beizutreten, die systematisch Schießunterricht erteilt. In der Schweiz hat man offenbar keine Angst davor, wenn jeder schweizer Bürger — und es gibt dort auch sehr viel Sozialdemokraten — sein Gewehr hat. Wenn man an unseren Herrn Kriegsminister ein solches Verlangen stellen würde, würden ihm wohl die Haare zu Berge stehen. (Stürmische Heiterkeit im ganzen Hause wegen des Kriegsministers ausgeprägter Glahe.) General v. Bernhardt hat sich außerordentlich günstig über die schweizerischen Wandler ausgesprochen, und auch das „Deutsche Offiziersblatt“ schrieb am 11. November 1908, daß die kriegerische Ausbildung der schweizerischen Soldaten sehr sorgfältig durchgeführt sei. Freilich, alle Urteile der Sachverständigen werden ja der Militärverwaltung nichts gelten, wenn sie sich auf den Standpunkt des Herrn v. Einem stellt, der nur seine eigene Autorität anerkennt und allenfalls die Autorität der Leute, die seine Ansicht teilen.

Ein ganz neues Argument gegen die Verminderung der Dienstzeit bringt die schon erwähnte „Carole“, indem sie behauptet, daß ein großes Heer die Zahl der Arbeitslosen vermindere. Das beweist, daß man wirkliche Gründe gegen die Verminderung der Dienstzeit nicht mehr hat. Viel gespart kann werden bei den fortlaufenden Ausgaben. Der Gouverneur von Berlin könnte ohne weiteres gestrichen werden, die Kommandanten an offenen Plätzen sind einfach sinnlos. Für Glogau zum Beispiel müßte im vorigen Jahre Herr v. Einem zugeben, daß es keine Festung sei und daß nur noch ein besetzter Grabenkopf da in Betracht komme. Aber auch in diesem Jahre ist der Kommandant von Glogau noch besetzt! Der Glogauer Weidklops ist dadurch wohl der teuerste im Lande. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Entbehrt werden können auch Inspektoren der Jäger und Schützen sowie eine große Zahl von Adjutanten. Ich sehe z. B. nicht ein, was es mit der Schlagschichtigkeit der Arme zu tun haben soll, daß wir dem Kaiser von Rußland einen Adjutanten stellen, der uns jährlich annähernd 34 000 M. kostet. (Sehr wahr! b. d. Sozialdemokr.) Ueberflüssig sind auch die teuren Paläste als Dienstwohnungen der einzelnen Gouverneure, die uns 15-16 000 M. kosten. Das Gebäude des Kriegsministeriums erfordert in diesem Jahre allein an Kosten für Geräte, Möbel usw. 31 500 M., für Umbauten 62 200 M., für sonstige Ausgaben 86 900 M. — die sind gar nicht näher spezifiziert —, jedoch insgesamt für das Gebäude des Kriegsministeriums 180 732 M. verlangt werden! Dabei gibt sich die Militärverwaltung den Anschein, als ob sie fürchtbar genau rechnet. So ist bestimmt, daß der Kriegsminister das Objt, das in seinem Garten wächst, zu bezahlen hat, soweit er es nicht selbst zu eigenem Gebrauch demagt. (Heiterkeit.) Das ist doch außerordentlich kleinlich. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Zulagenystem der Offiziere muß befreit werden. Es dürfte wenig Offiziere geben, die keine Zulage erhalten. Entweder sind sie also zu schlecht bezahlt, oder die Zulagen sind überflüssig. Die Weisefragenfrage, die Uniformfrage ist bereits erwähnt worden. In letzter Zeit sind feldgraue Uniformen angefertigt worden, aber sie sollen nur für den Ernstfall verwendet werden, weil man den Soldaten die Freude an den bunten Uniformen nicht nehmen wolle. (Hört! hört! b. d. Soz.) Das ist ein überaus kostspieliges Vergnügen und hat mit der kriegsmäßigen Ausbildung nichts das allerwichtigste zu tun. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Arbeit der Oberintendanturen müssen in den meisten Fällen die Intendantursekretäre machen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wozu wir da überhaupt Oberintendanturen haben, ist mir nicht recht ersichtlich und man hat mir auch gesagt, daß sie gänzlich überflüssig sind. Weiter: In Bayern haben wir die Partische, hier in Berlin haben wir die Schloßgarde und die

Leibgarde. Das sind Truppen, die für die Armee selbst gar nicht in Frage kommen und die deshalb am besten auf die Zivilisten übernommen werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir bemerken im Glat eine Summe zur

Aufbesserung der Soldatenlöhne!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Soldaten könnten heute schon die höhere Löhnung haben, wenn das Zentrum bei der Aufbesserung der Beamtengehälter nicht ausgerechnet die 14 Millionen für die Aufbesserung der Mannschafslöhne gestrichen hätte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unruhe im Zentrum! Herr Sydow hat damals ausdrücklich erklärt, daß er keine Zulage machen könne und daß das Reich in einem der nächsten Jahre vermutlich ebensowenig Geld haben werde wie damals. Inzwischen ist alles teurer geworden, und die neue Mehrheit hat den Soldaten sogar noch ein Glas Bier und die Zigarre verteuert. (Sehr richtig! links. Unruhe rechts und im Zentrum.) Da ist es nicht mehr als recht und billig, daß man auch die Mannschafslöhne erhöht. Seit Jahrzehnten ist die Löhnung die gleiche geblieben. Wir Sozialdemokraten waren es, die den Anstoß zu einer Erhöhung um 10 Pf. pro Tag gaben. Unser Antrag wurde aber abgelehnt, und in einer Resolution forderte der Reichstag die Heeresverwaltung auf, der Aufbesserung der Mannschafslöhne näherzutreten. Es sollten 8 Pf. gegeben werden, aber auch diese 8 Pf. haben die Soldaten nicht bekommen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich halte es für sehr zweifelhaft, ob die Heeresverwaltung sich jetzt einer Erhöhung freundlich gegenüberstellen wird. In der Zeit der Steuerkämpfe hätte das Zentrum auf die Regierung einen Druck ausüben können. Lieber hätte man die Gehälter der höheren Beamten überhaupt nicht erhöhen und den Soldaten diese Summe geben sollen, denn die höheren Beamten wären auch ohne Zulage nicht verhungert. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Soldaten sollen gegen den inneren Feind kämpfen und regt für die bürgerlichen Parteien einreten, die ihnen nicht einmal 8 Pf. Löhnung mehr geben. Das ist doch ein bißchen viel verlangt.

Wie sieht es mit der angekündigten

Reform des Militärstrafgesetzbuchs?

Große Erwartungen hegen wir nicht, und es wird wohl dabei bleiben, daß die Soldaten nach wie vor mit drakonischen Strafen belegt werden können. Die heutige Militärgerichtsbarkeit widerspricht dem Volksempfinden. In Frankfurt a. Main wurde ein Herr von Dorn, der im Duell einen Landwehrlieutenant erschossen hatte, zu zwei Jahren Festung verurteilt. Nach einem Monat wurde er begnadigt und als Hauptmann und Kompaniechef nach Glat versetzt. (Rebhaftes Hört! hört! links und im Zentrum.) Der Mann hätte also weiter nichts als Strafe erhalten als einen Monat angenehmen Festvertrieb. Ein Sergeant des 46. Infanterieregiments erhielt wegen 40 Soldatenmishandlungen zusammen 370 Tage Gefängnis, die zusammengezogen wurden in — 28 Tage Mittelarrest! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn das Soldatenschnitten so billig ist, wird der Mensch es bei der nächsten Gelegenheit wieder probieren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In Saaben wurde ein Soldat, der sich weigerte, sich operieren zu lassen, zu 6 Wochen und 1 Tag Gefängnis verurteilt! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Keine Justiz der Welt kann einen Menschen zwingen, sich gegen seinen Willen operieren zu lassen, aber der Militarismus nimmt sich auch solche Verbrechen heraus.

Ich komme nun zu dem bekannten Vorfall in Linz a. Rh., wo 30 Einjährige, teilweise Angehörige der

Banner Vorurteile,

im Hause des Unteroffiziers Feith einen wahren Hegenobath verrichteten: sie stürzten in das Haus hinein, schlugen die Tür ein, drangen in das Zimmer des Unteroffiziers, demolierten alles und mishandelten den Unteroffizier. (Rebhaftes Hört! hört!) Ein Aufseher wurde laut. „Du Wasserkopf“ wurde gerufen, und dem Unteroffizier wurde vorgehalten, daß er so nicht satisfaktionsfähig sei! Als die Einjährigen ihren Mut gefaßt hatten, trieben sie weiter auf der Straße Unflut und warfen mit Steinen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Soweit es sich um Studenten handelte, die dem hochheiligen Korps der Banner Vorurteile angehörten, wurden sie dadurch „bestraft“, daß das Korps auf einige Zeit in suspendiert wurde. Auf die Anklagebank — mindestens wegen Hausfriedensbruchs — kamen die Leute nicht. (Rebhaftes Hört! hört! links.) Die Staatsanwaltschaft in Bonn scheint überhaupt von dem Vorfall am 11. nichts zu wissen. Aber die Militärbehörde in Bonn wollte offenbar beweisen, daß sie objektiver ist als „die objektive Behörde der Welt“. Der Oberst des Bonner Fusiliersregiments gab durch Regimentsbefehl bekannt, daß er die betreffenden Einjährig-Freiwilligen — fast sämtlich Freizeitherrn — mit drei Tagen Mittelarrest bestrafe, weil sie sich in Gemeinschaft mit Studenten vor und in der Wohnung des Unteroffiziers Feith an ruhestörendem Vorn beteiligt haben. (Rebhaftes Hört! hört! links.) Schließlich kam die Sache vor das Standgericht. Am Tage vor der Verhandlung fuhr ein Einjähriger des Bonner Fusiliersregiments bei dem Zimmervermieter des Herrn Feith vor, dessen Möbel man demoliert hatte, und am nächsten Tage wußte dieser als Menge vernommene Mann von dem ganzen Vorfall nichts mehr! (Rebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Jedenfalls war er durch die herablassende Art dieses Befehls und durch die hohe Ehre, einen Bonner Quaren als Besuch bei sich zu haben, beeinflusst worden. Das Urteil lautete auf Freisprechung. (Rebhaftes Hört! hört! links.) Der Ankläger gehörte dem Korps der Banner an, und auch unter den Richtern befand sich ein Banner: der Erbsprinz Adolf zu Schaumburg. (Erneutes rebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Freispruch erfolgte, obwohl der Unteroffizier Feith unter seinem Eid aus sagte: die Eindringlinge hätten unter großem Lärm die Tür aufgebrochen, das Mobiliar durcheinandergerworfen, Bettzeug und andere Sachen zum Fenster hinausgeworfen. (Hört! hört!) Er hat die Sache nicht als „Mißgunst“ aufgefaßt, sondern den Leuten die Tür gewiesen! Der Spektakel hat mindestens eine halbe Stunde gedauert, und Feith hat mit einem Stoß einen Schlag auf den Rücken bekommen, der ihm erhebliche Schmerzen verursachte. Obwohl die Angeklagten geschändet waren, wurden sie freigesprochen. (Hört! hört!) Ohne Zweifel mußte in diesem Falle der § 106 des Militärstrafgesetzbuchs angewendet werden, der die Zusammenrottung zum Zweck der Mishandlung eines Vorgesetzten mit Gefängnisstrafe von nicht unter fünf Jahren belegt. Ich gebe zu: das wäre eine grausame Strafe gewesen, eine Strafe, die in gar keinem Verhältnis steht zu der Tat dieser Leute. Aber wenn dieser Paragraph gegen Soldaten angewendet wird, die in der Trunkenheit einen Unteroffizier anempfehlen, kann verlangen wir, daß Einjährige genau in derselben Weise behandelt werden. (Rebhaftes wiederholte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) In diesem Falle ist

militärische Massenzug in allerschärfster Form

geübt worden. Das Vertrauen in die militärische Rechtsprechung kann dadurch nicht gefährdet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

In letzter Zeit hat die Heeresverwaltung Ihre Aufmerksamkeit der

Jugendorganisation

gewidmet. Seitdem die proletarische Jugend begonnen hat, sich zu organisieren, hat sie das Interesse aller Behörden erregt, und die Heeresverwaltung will offenbar nicht zurückbleiben; der neue Kriegsdienst hat an die Generalstabskommandos eine Verfügung erlassen, daß die Jugend sich für alles begeistere, was das militärische Gebiet berührt; diese Kreise am Soldatentum solle gepflegt werden, und deshalb den Schülern und Fortbildungsschülern das Aufhauen bei Paraden und Wandern gestattet werden! Hoffentlich behandelt man die Jugend hierüber besser als die Kriegervereine, die auch bei der Parade hüben dursten und am nächsten Tage darüber klagen, daß sie nur in eine ungemächliche Staubwolke eingehüllt waren und absolut nichts gesehen haben. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Ann man der Jugend Erziehungspfade und Schwimmstalten zur

Verfügung stellen will, so stimmen wir dem gern zu. Man soll aber dann keinen Unterschied machen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber ein Fußballklub ist durch den Kriegsdienst vom Tempelhofer Feld weggewiesen worden, weil ein einziges Mitglied des Klubs Sozialdemokrat war! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die bürgerlichen Parteien jetzt der Jugendbegeisterung größere Aufmerksamkeit schenken, so führen sie nur aus, was wir Sozialdemokraten seit langem verlangt haben. Seit Jahren hat Weibel hier schon ausgeführt, daß wir die Jugend körperlich besser ausbilden müssen, daß wir damit unserer Wehrkraft dienen. Damals wurde das von Ihnen als sozialdemokratische Utopie verachtet, heute stellen Sie sich selbst auf diesen Standpunkt! Wir freuen uns über diese Einkehr der Einsicht, denn Sie sind auch etwas lange dazu gebraucht haben. Der Handelsminister Sydow hat bereits Sorge getragen, daß der Erlass des Kriegsdienstes in weitesten Kreisen bekannt wird. Vielleicht glaubt er auf diese Weise die Korporation zu sammeln, die ihm in seiner Tätigkeit als Schatzsekretär verfaßt waren. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Hänsler hat die Berliner Jugendwehr-Parade erwähnt. Ich habe die Sache als eine große Komödie aufgefaßt. Sie glauben doch nicht, durch diese Sonntags-Jugendwehr die militärische Ausbildung zu fördern? Daß der Kriegsdienst dieser Spielerei die Ehre seiner Anwesenheit gab, hat auch in anderen als sozialdemokratischen Kreisen Kopfschütteln erregt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie aber die Jugend zu begeistern glauben, indem sie ihr das glänzende Zeugnis des Militarismus zeigen, so werden wir Sozialdemokraten dafür sorgen, daß die Jugend auch die Schattenseiten des Militarismus zu sehen bekommt. (Rebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Aufmerksamkeit hat die Verfügung des Kriegsdienstes erregt, wonach die Artillerieposten den Kriegervereinen Gewehre und Patronen auszubringen müssen, aber nur den Vereinen, die vom General v. Spitz kommandiert werden. Im Rheinland existieren katholische Kriegervereine, welche diesen Kommando nicht unterziehen, und diese sollen die Waffen und Patronen nicht bekommen! Wir müssen doch fragen, weshalb man überhaupt den Kriegervereinen Gewehre gibt? Es ist doch bedenklich, Staats-eigentum in solcher Weise an private Vereine zu geben. Ich nehme an, daß die Heeresverwaltung dieses staatliche Eigentum nicht an die Kriegervereine verschenkt. Aber auch wenn das nicht der Fall ist, ist die Unterführung der Kriegervereine durch die Heeresverwaltung zu bekämpfen, denn die Kriegervereine sind durchaus politische Vereine. (Rebhaftes sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man bestreitet das zwar, in Wirklichkeit sind sie aber nichts als Kampftrouppen für die reaktionären Parteien bei den Wahlen. (Rebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Man wird darauf hinweisen, daß der Militärstat die Hoffnung erweckt, daß die Militärkosten in Zukunft geringer werden. Es kann aber gar keine Rede davon sein. Die Reorganisation der Heereskräfte, Vermehrung der Maschinengewehre, die Benutzung der leibbaren Luftschiffe. Das sind alles Dinge, die das Gegenteil beweisen. Herr Damm hat einer Wehrsteuer das Wort geredet, wir bekämpfen sie, weil sie ungerecht ist, denn sie trifft auch die zum Kriegsdienst körperlich Untauglichen. (Widerpruch rechts.) Wenn das nicht der Fall ist, kann sie überhaupt so gut wie gar nichts einbringen!

Der Generalmajor z. D. v. Blum hat jüngst eine Betrachtung über den künftigen Krieg veröffentlicht. Er stellt dar, daß Deutschland 1870 eine halbe Million Soldaten ins Feld stellte. Jetzt dagegen kann es 4 1/2 Millionen geschulter Soldaten stellen. In gleichem Maße haben sich die Armeen der anderen Staaten vermehrt. So wird ein künftiger Krieg ein Krieg, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat. Die Kosten werden nach diesem Schätzmann 17 Millionen Mark pro Tag

betragen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Kriegsdienst, den wir sonderbarerweise trotz unserer Finanznot im Juliusturm aufbewahren, wird gerade eine Woche reichen! Dieser bewaffnete Friede muß die Völker an den Rand des Ruins treiben und deshalb müssen wir der Frage näher treten, ob es nicht endlich Zeit ist.

Internationale Abmachungen zum Zwecke der Abrüstung

zu treffen. (Lachen rechts und bei den Nationalliberalen.) Wenn Sie auch darüber laden, so bleibt es doch wahr, daß diese wahn-sinnigen Abmachungen geradezu zum Kriege treiben. (Rebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die sozialistischen Arbeiter aller Länder treten für den Frieden ein. Auf dem internationalen Kongress in Stuttgart haben wir eine Resolution beschließen, die uns verpflichtet, überall für die Verminderung der Rüstungen zur Vermehrung der Kräfte zu sorgen. Wenn es zum Kriege kommt, so nur deshalb, weil die Interessen der bestehenden Klassen kollidieren. Die Interessen der Arbeiter aller Länder sind die gleichen. Die Arbeiter haben überall den Kampf zu führen gegen das Ausbeutertum. Wenn einmal die Völker die Entscheidung über Krieg und Frieden in der Hand haben, wird der Krieg zweifellos der Vergangenheit angehören. Und dieses Ziel zu erreichen, ist die Aufgabe der Sozialdemokratie. Wir bekämpfen die Kriegsbegierde und den Chauvinismus, und wir werden auch ferner den Kampf führen gegen die Auspöterung der Massen, wir kämpfen für den Frieden und gegen den futuristischen Militarismus. (Rebhaftes Veifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Heeringen:

Im Wunsch nach Vereinfachung und Ersparnissen begegnet sich die Militärverwaltung mit dem hohen Hause. Die Einführung einschneidender Ersparnisse bedarf jedoch sorgfältiger Vorbereitung. Es berührt auch die Militärverwaltung schmerzlich, daß den Soldaten zurzeit noch keine Soldverhöhung geboten werden kann. Hoffentlich wird in nicht zu später Zeit die Soldverhöhung sich ermöglichen lassen. Die feldgraue Uniform wird hoffentlich schon bei den nächsten Kaiser-mänvern, wenigstens bei der einen Partei, zur Verwendung gelangen.

Es ist hier wieder von der Bevorzugung des Adels gesprochen worden. Wir ist von einer solchen Bevorzugung nichts bekannt. (Widerpruch und Jurufe links und im Zentrum.) Juruf bei den Sozialdemokraten: Nun hören Sie aber auf! Heiterkeit und Zustimmung.) Wo ist denn die Bevorzugung des Adels? (Juruf und Lachen links.) Und was soll ich machen, um dieser angeblichen Bevorzugung, die — wie gesagt — gar nicht existiert (Erneutes Lachen links.) ein Ende zu machen? Soll ich etwa Verletzungen im großen Maßstabe vornehmen? Das eine habe ich allerdings zu erklären: An der Homogenität (Eidgenossenschaft) unseres Offizierskorps darf nicht gezweifelt werden. (Wahr! rechts, lautes Lachen links.)

Es ist bemängelt worden, daß Soldaten zur Sicherung seiner Majestät des Kaisers von Ausland herangezogen sind. Das geschah nicht, weil der Kaiser von Ausland Juruf hatte, sondern weil die deutsche Regierung Juruf bei den Sozialdemokraten: Juruf hat tadel Heiterkeit die Pflicht hatte, für die Sicherheit ihres hohen Gastes (Lachen bei den Sozialdemokraten) zu sorgen.

Der Fall Weith in Bonn ist mir nicht allernmäßig bekannt.

Ich bin allerdings auch der Meinung, daß, wenn die Sachen so liegen, wie sie dargestellt werden, das Urteil Bedenken erregt. (Hört! hört! links.) Aber es darf doch nicht vergessen werden, daß die Sache im bunten staats, (Lautes Lachen links) daß nach dem Ereignis des gefallenen Unteroffiziers die Schläge nicht idiosyncrasisch erfolgten, (Ermittliche Heiterkeit links.) Aufse bei den Sozialdemokraten: Da hört aber alles auf! daß sich unter den Eindringlingen nur ein einziger Nichtunteroffizier befand, der sich an der Affäre nur durch Singen beteiligte. (Ermittliche Heiterkeit links.) Wir müssen abwarten, was bei der weiteren gerichtlichen Verfolgung der Sache herauskommen wird. (Erneutes Lachen links.) Aufse: Viel sicher nicht!

Es ist auch hier wieder von dem Verhältnis des Kriegsministers zum Militärkabinett die Rede gewesen. Mein Vorgänger hat sich im vorigen Jahre bemüht, die über dies Verhältnis geäußerten Anschauungen zu widerlegen. Das der Verbleiblichkeit des Herrn v. Einem nicht gelungen ist, wird auch meiner Vereifamkeit

nicht gelingen. (Sehr richtig! links. Heiterkeit.) Es ist eine völlig falsche Vorstellung, wenn man den Kriegsminister als Bedienten des Militärkabinetts hinstellt.

Die Frage der Dienstzeit der Kavallerie ist eine außerordentlich schwierige. Die Aufgaben, die die Kavallerie zu erfüllen hat, sind sehr große und mehrern sich von Jahr zu Jahr. Jedenfalls aber ist es eine völlige Verkennung des Kriegsministeriums, wenn man behauptet, daß es die Frage der Dienstzeit der Kavallerie zu einem Handelsobjekt zu machen gedenkt.

Die Anschauungen des Herrn Weibel über die Vortrefflichkeit der schweizerischen Miliz werden von den militärischen Fachmännern der Schweiz selbst nicht geteilt. (Lachen links.) Unsere Miliz ist fester, aber sie muß getragen werden. Nichts liegt unserer Armee ferner, als frivole Kriegslust. In keiner Weise können die Ausführungen aktiver Generale in jenem Sinne gedeutet werden. Aktive Offiziere treiben keine Politik für die Ausführungen inaktiver Generale, wie des Generalmajors Reim usw., ist das Kriegsministerium nicht verantwortlich. Die Hauptsache wird immer der Geist sein, der das Heer belebt. Seien Sie überzeugt, daß alle Stellen, ob hoch oder niedrig, diesen Geist zu erhalten und zu pflegen nicht ermüden werden. (Rebhaftes Veifall rechts.)

Abg. v. Liebert (Np.) mit lauten Ruf nach Vertagung empfangen: Wenn es nicht so spät wäre, würde ich die Rede des Abg. Stücken für Stück zerpfücken. (Au-Rufe links, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Stücken sprach von der eventuellen Verwendung der Armee gegen den inneren Feind. Natürlich sind nicht die braven, thätigen Arbeiter der innere Feind, sondern die verheerenden Agitatoren — natürlich außerhalb dieses Hauses. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Dem General Reim usw. muß es ebenso unverwehrt bleiben wie anderen Leuten, ihre Weltanschauung darzulegen. Ich begreife nicht, wie die Linke sich gegen die Wehrsteuer sträubt, die doch die gerechteste aller Steuern und in Frankreich, Oesterreich und der Schweiz eingeführt ist. Wir hoffen, daß unser deutsches Heer allen unseren Gegnern immer so fürstbar erscheinen wird, wie es jetzt im englischen Volkskampf als german danger (deutsche Gefahr) hingestellt wird. Wir wissen, daß wir Deutsche im Auslande nicht beliebt sind. (Sehr wahr! links.) Dazu fehlen uns die lebenswichtigen Eigenschaften der Slaven und Romanen, wir sind ein arbeitames Volk und daher gefährliche Konkurrenten. Wir müssen also unser Pulver trocken halten und immer auf dem Posten sein, trotzdem wir ernste Freunde der Erhaltung des Friedens sind. (Wahr! rechts.)

Hierauf verlegt sich das Haus. Abg. Osann (nat.) nimmt in persönlicher Bemerkung die Kreuzung zurück, daß die Militärministerhandlungen in Bayern zugezogen hätten. Er sei zu dieser Kreuzung durch einen falschen Bericht der „Frankfurter Zeitung“ veranlaßt worden.

Bayerischer Militärbevollmächtigter v. Weiffel: Es tut mir leid, daß ich gerade Herrn Osann gegenüber so heftig geworden bin, aber meine Erregung an sich bedauere ich nicht. Seit Jahrzehnten wird die Armee angegriffen wegen der Soldatenmishandlungen, und wenn es eine Militärverwaltung zustande bringt, daß die Mishandlungen zurückgehen, so ist es in der Tat eine schwere Beleidigung, wenn man sagt, sie hätten sich bedeutend erhöht. Wenn Herr Osann sagt, er hätte nur wiedergegeben, was in der „Frankfurter Zeitung“ gestanden hat — meine Herren, was in der Zeitung steht, glaube ich noch lange nicht. (Große Heiterkeit.)

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Fortsetzung der zweiten Lesung des Militärstat.)

Schluß 7 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission.

Die Budgetkommission erlegte am Mittwoch die einmaligen Ausgaben des Stats für Südwestafrika. Die in der vorletzten Sitzung beanstandete hohe Zahl von 30 Millionen für die Schutztruppe wurde auf Antrag der Subkommission, der diese Angelegenheit zur Vorberatung überwiesen worden war, um neun Stellen herabgesetzt. Von den zwei Stellen für Zahlmeister wurde eine Stelle, und von den 34 für Vizefeldwebel wurden acht Stellen gestrichen.

Von den angeforderten und bewilligten Posten sind bemerkenswert 303 800 M. für Beamtenwohnungen (darunter 20 000 M. für ein Gefängnis für Eingeborene), 558 000 M. für Wegebauten, Brunnenbauten und Wasserleitung, 20 000 M. zur Entschädigung an Farmer für erlittene Viehverluste, 50 000 M. zur Unterstützung an Schulverbände, 188 000 M. für die Beschaffung von Pferden für die Landpostpolizei, 50 000 M. zur Verhütung des Schmuggels an der Südweltgrenze und 50 000 M. zur Erforschung der noch unbekanntem Teile unserer Kolonie.

Eine lange Debatte wurde über den Vertrag geführt, den das Reichskolonialamt mit der Deutschen Kolonialgesellschaft abzuschließen beabsichtigt. Die Verhandlungen hierüber wurden als vertraulich bezeichnet.

Die Strafgesetzbuchnovelle in der Kommission.

Die Beratung der dem Reichstag vorgelegten Strafgesetzbuchnovelle begann gestern in der Kommission. Die Novelle schlägt bekanntlich neben einer Reihe von Milderungen verschärfte Strafbestimmungen wegen Tierquälereien und Kindermishandlungen vor und versucht außerdem die Beleidigungsvorschriften zu einer Logik umzugestalten, die den Wahrheitsbeweis fast ausschaltet und eine Kritik von Mißständen hierdurch sowie durch drakonische Strafandrohungen zu unterbinden sucht.

Der gemeinschaftliche oder mit Waffen begangene Hausfriedensbruch wird zurzeit ausschließlich mit einer Gefängnisstrafe von mindestens vier Wochen bedroht, er ist auch ohne Straf-antrag zu verfolgen. Der Entwurf will die Möglichkeit geben, auf eine geringere Gefängnisstrafe (von einem Tage an) sowie auf Geldstrafe zu erkennen und will ferner die Verfolgung von einem Antrag abhängig machen. Abg. Engelen (Z.) beantragte, die Maßnahme des Strafentwurfes für zulässig zu erklären. Der Regierungsvorschlag und dieser Antrag wurden einstimmig angenommen.

Einstimmige Annahme fanden auch die Vorschläge des Entwurfes, bei Artzbruch, Siegelbruch und Vereitelung der Zwangsvollstreckung (§§ 136, 137, 288 St.-G.-B.) bei denen zurzeit ausschließlich auf Gefängnisstrafe erkannt werden kann, Geldstrafe zuzulassen.

Eine längere Debatte tiefen die Vorschläge wegen Bestrafung der Tierquälerei hervor. Das Strafgesetzbuch bedroht zurzeit mit Geldstrafe bis 150 M. oder Haft den, der öffentlich oder in argernisregender Weise Tiere hohhaft quält oder roh mishandelt. Der Entwurf bezieht das Erfordernis der Öffentlichkeit und des Vergenüßens, verschärfte die Strafe — es soll, wer Tiere hohhaft quält oder roh mishandelt, mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 800 M. danach bestrast werden (§ 145b) — und steht in § 300 Ziffer 13 dieselbe Strafe, die bislang für Tierquälerei bezieht, für Uebertretungen der zur Verhütung von Tierquälerei erlassenen Vorschriften vor. Ein Antrag des Abg. Schmidt-Warburg (Zentrum) neben dem Gefängnis halt zuzulassen, wurde gegen Zentrumstimmen, die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt. Festgesetzt wurde von der Regierung und einstimmig in der Kommission, daß Diversionen und das Schächten an sich unter die neue Vorschrift über Tierquälerei nicht fallen. Der Bestrafung, daß schändliche Polizeiverordnungen unter dem Vorgeben der Verhütung von Tierquälereien das Schächten verbieten könnten, suchten mehrere Anträge entgegenzutreten. Ein sozialdemokratischer Antrag verlangte, daß die Strafe des § 300 Ziffer 13 nur eintreten solle, wenn der Reichsanwalt, der Bundesrat oder eine Landesregierungsbehörde die Verordnung erlassen habe. Ein im Laufe der Debatte zugezogener Antrag des Abg. Engelen (Z.) wollte daselbe, jedoch das Verordnungsrecht unteren Behörden delegiert wissen. Ein Antrag Gröber (Z.) schlug folgende Fassung vor: „Die Behandlung von

Tieren nach rituellen Vorschriften gilt nicht als Tierquälerei. Ein Antrag endlich des Abg. Kaiser-Kaufmann (3.) verlangte die Aufnahme folgender Vorbestimmung: „Der Erlass eines Schächtverbots ist unzulässig.“ Sämtliche Anträge wurden abgelehnt, die von den Zentrumsabgeordneten gestellten Anträge mit 19 gegen die 9 Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten. Die beiden freimütigen Kommissionsmitglieder stimmten gegen die Zentrumsanträge. Die nächste Sitzung findet am Dienstag statt.

Aus der Partei.

Unsere Toten.

Die „Brandenburger Zeitung“ meldet: Eine schmerzliche Trauerkunde kommt aus Amerika. Am 31. Dezember vorigen Jahres ist in Windsor, Conn., der Tischler Wilhelm Schwelendiel im Alter von 71 Jahren gestorben. Nach langwieriger Krankheit erlöste ihn der Tod von schwerem Leiden.

Schelendiel, dessen Name erst kürzlich bei der Einweihungsfeier unseres Volkshauses hier genannt worden ist, ist den Brandenburger Arbeitern kein Fremder, obwohl er den jüngeren Genossen weniger oder gar nicht bekannt ist. Schwelendiel war Anfang der 70er Jahre in der deutschen Arbeiterbewegung, vorwiegend in Berlin, aber auch in Brandenburg, hervorragend tätig. Besonders hat er in der ersten Jugendzeit der Holzarbeiterorganisation eine bedeutende Rolle gespielt.

Auf dem ersten deutschen Tischlerkongress, der vom 6.—10. Oktober 1872 in Berlin tagte, gehörte Schwelendiel zu den Berliner Delegierten. Er vertrat auf dem Kongress mit viel Umsicht einen Statutenentwurf, der im Gegensatz zu anderen vorliegenden Entwürfen eine Zentralorganisation schaffen wollte. Schwelendiels Ansicht drang durch; der Kongress beschloß die Gründung des „Allgemeinen Tischler- (Schreiner-) Vereins“, zu dessen erstem Vorsitzenden Schwelendiel gewählt wurde. Er hat dieses Amt bis zum Jahre 1874 bekleidet.

Wie auf dem gewerkschaftlichen Gebiet, so betätigte sich Schwelendiel auch in der sozialdemokratischen Bewegung, zuerst als Vorkämpfer und später nach der Einigung auch in der gemeinnützigen Partei. Bei der Reichstagswahl 1874, wo Wilhelm Schwelendiel für unseren Wahlkreis Brandenburg-Westhavelland kandidierte, kam die Partei zum ersten Male in die Stichwahl. Unsere Partei erhielt 2000, die Fortschrittspartei 3342 Stimmen. Den Ausschlag gaben die Konservativen, die 2908 Stimmen erhalten hatten, die aber auf zwei Kandidaten gesplittet waren. In der Stichwahl siegte Stadtrat Hausmann-Brandenburg, der Kandidat der Fortschrittspartei, mit 7225 Stimmen; Schwelendiel hatte 3014 Stimmen erhalten.

Die Parteibewegung in Brandenburg gestaltete sich schon damals außerordentlich lebhaft, was namentlich auch der tatkräftigen Agitation Schwelendiels zu danken war. Die Partei hatte damals ihr Heim in dem Lokal „Ehrium“, wo Schwelendiel in Versammlungen zu seinen Wählern sprach. Die agitatorische Tätigkeit des jungen Kämpfers hatte bald das Augenmerk der Polizei auf ihn gelenkt, und als 1878 das Sozialistengesetz kam, wurde er aus Berlin ausgewiesen. Das gleiche Schicksal traf ihn auch in Hamburg, wohin er übergesiedelt war. Wie diese andere bewährte Genossen mußte er nach Amerika auswandern, um sich hier eine neue Existenz zu gründen. Schwelendiel blieb auch in der neuen Heimat seinen Grundfahnen treu. Er trat sogleich seiner Berufsorganisation, der Möbelarbeiter-Union Nr. 7 in New York bei und beteiligte sich später an der Gründung der dortigen Arbeiterkassette.

Mit Schwelendiel ist wieder ein Kämpfer von der alten Garde dahingegangen. Sein Name ist mit der Parteigeschichte Brandenburgs aufs engste verknüpft. Die Arbeiterschaft des Kreises Brandenburg-Westhavelland wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Vom Fortschritt der Presse.

In den Arbeiterorganisationen zu Hof i. B. wird eingehend die Frage erörtert, wie es zu ermöglichen sei, die „Oberfr. Volkszeitung“, die im politischen, gewerkschaftlichen, sozialen Teil usw. Kopfblatt der „Leipziger Volkszeitung“ ist, während das Lokale und Bayerische in einem Hofer Privatbetriebe hergestellt werden, vollständig in Hof selbst herzustellen. Auch das Gewerkschaftsblatt befähigt sich mit der Angelegenheit und erklärte in einem Beschlusse alle Gewerkschaftsmitglieder für verpflichtet, den Plan durch Zuwendung von Geldern tatkräftig zu unterstützen. Soweit die einzelnen Gewerkschaften in der Lage sind, sollen sie Anteile aus der Lokalkasse übernehmen. Der Kartellvorstand wurde beauftragt, zu erwägen, inwieweit das Kartell Anteile aus eigenen Mitteln übernehmen könne.

Personalien. Genosse Rahlich tritt Ende dieses Monats aus der Redaktion des Stettiner „Volks-Voten“ aus, um in die Redaktion der Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ einzutreten. An seine Stelle in Stettin tritt Genosse Vöticher, der zurzeit an der „Nordhäuser Volkszeitung“ tätig ist.

In der Redaktion der „Frankischen Tagespost“ in Nürnberg erfolgt eine weitere Veränderung. Die Stelle des Genossen Stauer, der sich seit längerer Zeit in einer Heilanstalt befindet, ist noch unbesetzt. Genosse Barth, der am 27. Januar aus dem Gefängnis entlassen wird, tritt sofort die ihm übertragene Stelle in der Redaktion des „Sächs. Volksblatt“ in Zwickau an. In die Redaktion der „Frankischen Tagespost“ tritt am 1. Februar der Genosse Landtagsabgeordneter Martin Segel ein, der auf journalistischem Gebiete kein Neuling ist. Er war schon in den achtziger Jahren Redakteur der „Fürther Bürgerzeitung“, dann einige Jahre der „Frankischen Tagespost“, bis er im Herbst 1894 die Leitung des damals eben gegründeten ersten deutschen Arbeitersekretariats übernahm. Nun ist er dem an ihn ergangenen Rufe gefolgt und auf seinen alten Posten zurückgekehrt.

Polkzweiliches, Berichtliches usw.

Sozialdemokraten dürfen nicht Feuer löschen.

In dem etwa 2000 Einwohner zählenden Orte Ranis (Kreis Riegenrück, zum Reichstagswahlkreis Erfurt gehörig) ist vor nicht langer Zeit ein Sozialdemokratischer Verein gegründet worden, der sich alsbald der liebevollsten Aufmerksamkeit der Polizei erfreute. Als Ergebnis dieser Aufmerksamkeit ging dem Kassierer des Wahlvereins, der eine ganze Reihe von Jahren Mitglied der freiwilligen Feuerwehr gewesen ist, stets und gern seine Schuldigkeit im Dienste der Menschensehnsucht getan hat, folgendes Schriftstück zu:

Ranis, den 11. Januar 1900.

Der Kommando der Freiwilligen Feuerwehr Ranis.
Herrn.....
Infolge Ihrer Zugehörigkeit als Vorstandsmitglied des hiesigen Sozialdemokratischen Arbeitervereins sind wir von der hiesigen Polizeiverwaltung wiederholt aufgefordert worden, Sie von der Freiwilligen Feuerwehr auszuschließen.

Wir kommen heute dieser Aufforderung nach und machen Ihnen hiermit die Mitteilung, daß Sie vom heutigen Tage an als Mitglied des Korps ausgeschlossen sind.

Die in Ihrem Besitz befindlichen Feuerwehr-Inventare wollen Sie unverzüglich an den Requisitionmeister Otto Krause abliefern. Falls Sie den Beweis erbringen, daß Sie obigem Verein nicht mehr angehören, können Sie selbstverständlich Mitglied unseres Korps bleiben.

Der Brandmeister. Der Schriftführer.
(Keine Unterschrift.) L. Unger.

Das Wort „wiederholt“ in dem obigen Schriftstück ist auch im Original unterstrichen, das im übrigen in der Eile ein Jahr zu früh datiert ist. Ort Ranis gehört zu dem „Wirkungskreis“ des konservativen Landtagsabgeordneten Freiherrn von Erffa, der im preussischen Dreiklassenhaus im Chor der Junfer über „sozialdemokratischen Terrorismus“ ziert. Die wohlwollende Polizei in Ranis aber wird sich über die Wirkung ihres so fein eingefädelten, von dem Kommando der Feuerwehr aber recht läppisch ausgeführten Streiches ganz gewaltig täuschen.

Die Presse in der Revisionsinstanz. Wegen Beleidigung durch die Presse sind am 12. Oktober v. J. vom Landgerichte Breslau der Redakteur der „Volksmacht“, Genosse Gustav Wolff zu 50 und der Mitangeklagte, Genosse Pohl, zu 30 M. Geldstrafe verurteilt worden. Pohl hat der Redaktion einen Artikel „Unrechtmäßige Verhaftung“ zugesandt und Wolff hat diesen abgedruckt. Die Sozialdemokraten in Gottesberg hatten das Hotel „Glückauf“ besetzt, um es wieder für sich zu gewinnen, und hatten dann Posten aufgestellt, um den Posten durchzuführen. Einer dieser Posten war verhaftet worden. Dies war in dem Artikel mitgeteilt und gleichzeitig behauptet worden, der betreffende Polizeibeamte habe den Genossen dreimal in den Rücken geschlagen. Das soll nach Ansicht des Gerichts nicht den Tatsachen entsprechen. Der Polizeibeamte ist daher beleidigt. — Die Revision des Genossen Wolff wurde am Dienstag vom Reichsgericht verworfen. Auf die Revision des Genossen Pohl wurde das Urteil, soweit es ihn betrifft, aufgehoben und das Verfahren gegen ihn eingestellt. Wolff hatte Pohl als Verfasser erst angegeben, als die Straftat bereits verjährt war.

Jugendbewegung.

Die Handwerkskammern auf dem Kriegspfade.

Vor kurzem veröffentlichten wir einen Fragebogen der Handwerkskammer zu Ludwigshafen, durch den die Handwerksmeister um Auskunft über Einzelheiten der proletarischen Jugendbewegung erfragt wurden. Derartige „Erhebungen“ werden natürlich nicht der lieben Wissenschaft halber veranstaltet, sondern sollen Material zu Denunziationen abgeben. Die Beschnüfflung der Jugendbewegung scheint nun über das ganze Reich organisiert zu sein. Die Berliner Handwerkskammer verstande ebenfalls ein Rundschreiben, in dem es heißt:

„Eine der wichtigsten Fragen für das deutsche Handwerk ist die von der sozialdemokratischen Partei angeführte und mit allen Mitteln betriebene Jugendbewegung. Sie darf unter keinen Umständen außer Auge gelassen oder unterschätzt werden... Bei der außerordentlichen Bedeutung und Tragweite, welche diese Vereinigungen für die Zukunft des Handwerks haben, erachten wir es als unsere Pflicht, nichts zu verschäumen, was geeignet ist, unsere Bekämpfer vor dieser großen Gefahr zu bewahren und zu schützen, und alle erlaubten Mittel anzuwenden zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Jugendverführung.“

Soziales.

(Siehe auch Hauptblatt.)

Eine Treiberei gegen das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen veranstalteten im Sommer vorigen Jahres die Limanschen „Leipziger Neuesten Nachrichten“, die „Leipziger Abendzeitung“ und die „Bittauer Morgenzeitung“, indem diese Blätter Artikel gegen den Vorstand der Leipziger Ortskrankenkasse veröffentlichten, in denen behauptet wurde, der Vorsitzende Pollender habe lediglich aus dem Grunde für die Ablehnung der Gehaltsverträge mit den Beamten der Kasse gewirkt, weil die Mehrzahl der Beamten nicht Sozialdemokraten seien; Pollender führe die Kasse im Interesse von Parteibeistrebungen. Die Urlauberteilung, die Anstellung von Beamten werde nicht mit Rücksicht auf das Kasienwohl gehandhabt. Bei den Beamtenprüfungen bestände keine Garantie dafür, daß Sozialdemokraten nicht bevorzugt würden. Auch bei den Anstellungen spiele die Parteizugehörigkeit eine Rolle. Als Krankenkassendirektoren würden nur Sozialdemokraten angestellt, und ein Vorstandsmittglied soll sogar das Verbrechen begangen haben, für die „Leipziger Volkszeitung“ Abonnenten zu werben. — Bereits am 8. Oktober hatte sich auf Klagestellung Pollenders das Schöffengericht mit der Sache zu befassen. Damals wurde aber die Verhandlung vertagt. Am Dienstag stand sie abermals an. Dr. Grautoff von den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ hing der Sache die Schellen an, als er bemerkte, er habe im Interesse der Industrie gehandelt, die ein kolossales Interesse daran ausgenutzt werde. Insbesondere dürften keine Streikführer als Beamte angestellt werden. Auch Redakteur Steindorf von dem Bittauer Blatt war so offen, zuzugeben, daß er nur aus Sozialistenhass gehandelt habe, während der dritte Angeklagte, Robolsti, von der „Leipziger Abendzeitung“, mit Glück den Darmlosen spielte. Am bedeutungsvollsten waren die Aussagen der beiden als Zeugen vernommenen Arbeitgeberbesitzer im Vorstände, die voll auf die Seite des Vorsitzenden traten und die Behauptungen der Gegner zurückwiesen. Aber auch die drei ordnungspolizeilich gefassten Beamten der Kasse waren nicht in der Lage, Tatsachen für die Behauptungen der bürgerlichen Frechpiraten beizubringen. Das Urteil des Schöffengerichts fiel sehr geräuschlos aus. Es lautete für Dr. Grautoff auf 30 M., für Steindorf auf 10 M. Geldstrafe und für Robolsti auf Freisprechung.

Selbst die Beurteilungen weiter mit den in der Gerichtsverhandlung als unwahr erwiesenen Verdächtigungen krebren, so dürfen sie auch vor einem sozialistischeren Gericht kaum einer Beurteilung wegen Verleumdung entgehen können.

Vermischtes.

Wassergefahr in der Schweiz.

Aus Vorn wird gemeldet: Die Verwaltung der Dampferlinie Rüdum hat oberhalb des Wiener Sees zu spät die Schleusen des Damms geöffnet und es ist nunmehr unmöglich, diese Schleusen überhaupt noch zu öffnen. Das Niveau der Seen von Ruedatel, Wienne und Mora ist im schnellen Steigen begriffen und man befürchtet eine Katastrophe.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser bergenguter Mann und Vater, Sohn, Bruder, Schwager, Schwager und Onkel

Karl Stief
am Montag, den 24. Januar, im 29. Lebensjahre verstorben ist.

Die Beerdigung findet heute, den 27. Januar, nachmittags 3 Uhr, auf dem Friedhofe in Wilmersdorf, Berliner Straße, statt.

Dies zeigen Herbeibringt an
Die trauernden Hinterbliebenen

Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.

Am 18. Januar starb resp. wurde tot aufgefunden im Alter von 57 Jahren unser Mitglied, der Zimmerer

H. Sommer.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am 27. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
4075

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf.
Den Kollegen und Kolleginnen zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Arbeiterin Frau

Auguste Purps
am 22. d. M. gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
111/1 Die Ortsverwaltung.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters und Vaters, des

Berthold Geske
sagen wir allen Verwandten und Bekannten sowie dem Bahloerren zu Schöneberg, dem Holzarbeiter-Verbande und dem „Fortuna“ unseren innigsten Dank.

Die trauernde Witwe nebst Tochter.

46 eigene Dampfer.

Probieren Sie unsere **Riesen-Salz-Lachsheringe**

Sie werden diese anderen vorziehen, weil dieselben durch ihre Größe wie durch ihr fettes, weißes Fleisch andere Heringe überreffen.

Borzüglich geeignet zum Heringssalat.

Wir empfehlen dieselben pro Stück mit 10 Pf.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft
„Nordsee“

Hauptfiliale: Berlin C., Bahnhof Börse, Tel. III, 8804.

Verkaufsstellen:

Inventur-Extrapreise!
Nur einmal jährlich im

Gardinen-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158

abgepaßte Fenster, weiß und crème

per Fenster 2³⁵, 3, 4-20 M.

imit Pointlace-Künst-ler-Gardinen, p. F. M. 6

Eleg. Seccasions-Tüll-Stores M. 185

Gestickte echte Spachtel-Stores M. 725

Goldfarb. reichgest. Band-Stores M. 985

Tüllbetdecken, Größe 180/220 cm, M. 235

Reichgest. Erbsentüllbetdecken M. 625

Elegante Tüll-Bett-rückwände M. 650

Briso, Biss (Schalenschleier) 25, 35, 40, 50 Pfg.

Nach auswärts per Nachnahme

Inventur-Extraliste
billig. Sonderangebote gratis und franko

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands.
Zahlstelle Berlin und Umgegend. Bezirk 27.

Den Verstorbenen zur Nachricht, daß unser Mitglied

Karl Stief
am Montag, 24. Januar, im Kreis-Friedhof Wilmersdorf verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Donnerstag, 27. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Wilmersdorfer Gemeinde-Friedhofes, Berliner Straße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
254/2

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Verwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Hausdiener

Paul Freche
am 24. Januar im Alter von 41 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 27. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Wilmersdorfer Gemeinde-Friedhofes, Wilmersberg, aus statt.
65/14 Die Verwaltung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines unvergesslichen Vaters, und Vaters

Heinrich Wendelborn
sagen wir allen, insbesondere dem Sozialdemokratischen Wahlverein Rixdors (10. Bez.), Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands (Zahlstelle Groß-Berlin), der Direktion der Kullinsabrik (H.-B.) unseren herzlichsten Dank.

Witwe **Berta Wendelborn** erbittet Kindern. 41052

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

richtet am Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuester Katalog gratis. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. f. H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW. Friedrichstraße 51/9

J. Baer
Ecke Badstr. 26 Prinz.-Allee Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Joppen Elegante Paletots und Pelorinas. :: Großes Stofflager :: zur Anfertigung n. Maß.

Allerbilligste, streng feste Preise.

Billiger als Kaffee Besser als Surrogat Gesünder als Alkohol

SamanTee

A. T. G., Berlin SO. 36, Harzer Straße 33.

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Giese, Berlin. Druck u. Verlag: Compagnie Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Die Generalversammlungen der Berliner Wahlvereine.

Am Dienstag hielten alle sechs Berliner sozialdemokratischen Wahlvereine Generalversammlungen ab, die namentlich der Berichtserstattung vom „roten Preußentag“ dienten. In einer Anzahl von Kreisen wurden aber auch geschäftliche und Parteiangelegenheiten erörtert.

Wir lassen die Berichte aus den Einzelwahlkreisen folgen:

Erster Wahlkreis.

Den Bericht vom preussischer Parteitag erstattete Stoltenberg, der eine gedrängte Uebersicht von der Wahlrechtsbewegung insgesamt und von den Verhandlungen des Kongresses speziell gab. Daß die Delegierten der Landtagsfraktion den Dank der Genossen für ihre geleistete Arbeit ausgesprochen haben, entspreche zwar nicht den Gepflogenheiten unserer Partei, wo es als selbstverständlich angesehen werde, daß jeder Genosse dort seine Pflicht und Schuldigkeit tue, wo die Partei ihn hinschle. Immerhin sei die Situation, in der sich unsere kleine Fraktion befand, eine so eigenartige, schwierige und verantwortungsvolle gewesen, daß er, Redner, die dankbare Anerkennung des Parteitages ohne weiteres verstehen und billigen könne. Bei den Diskussionen über die Kommunalangelegenheiten habe er sich wundern müssen, mit welcher überraschender und gründlicher Sachkenntnis unsere in der Kommunalarbeit tätigen Genossen diese überaus schwierige Materie beherrschten.

Die Rede Ströbels bezeichnet der Redner als eine einzige wichtige Angelegenheit gegen das Dreiklassenwahlrecht, und bei Diebolds Referat sei allgemein die Ruhe und Aufmerksamkeit aufgefallen, mit der die Delegierten sich daselbst, trotz seiner Länge, angehört hätten. Das beweise, daß die Rede ein reiches Tatsachenmaterial enthalte, und es sei zu verstehen, daß das Referat den freudig aufgenommenen Wunsch ausgelöst habe, dieses Material in erweiterter Form durch eine Massenroschüre in das Land hinausgehen zu lassen. Stoltenberg äußerte weiter, betreffs des Antrags, einen preussischen Parteivorstand ins Leben zu rufen, er bezweifle die Opposition nicht, die dieser Antrag gerade von Berlin aus entfesselt habe. Für ihn, Redner, bedeute die aufgeworfene Kostenfrage in Anbetracht der Wichtigkeit der Sache nichts, zumal ohnehin noch eine Kraft ange stellt werden müsse, und ein Mann würde auch genügen. Die Berliner Angehörigen hätten hier am Plage genug zu tun. Der Antrag hot nach Redners Meinung in Zukunft doch Aussicht auf Annahme.

In der

Diskussion

gab Wolderski seiner größten Befriedigung über den Verlauf des Parteitages Ausdruck. Es müsse in der Preußenfrage noch energischer gearbeitet werden. Die Fraktion habe in der kurzen Zeit ihre volle Schuldigkeit getan. Er schloß sich dem Wunsch des Referenten an, daß die Organisation sich immer mehr ausbauen und an innerer Festigkeit gewinnen möge. Vorschläge zur Kräftigung der Organisation würden in nächster Zeit schon den Genossen zur Kenntnis gebracht. Wir betrachten, erklärte der Redner, den 1. Berliner Reichstagswahlkreis durchaus nicht als eine unannehmliche Festsung, sondern rechnen bei der nächsten Wahl mit ziemlicher Bestimmtheit damit, den Kreis zu gewinnen. So wie die Stimmung zurzeit bei den Wählern ist, sei diese Hoffnung nur zu begründet. Zum Beispiel hätten uns 1903 nur circa 400 Stimmen gefehlt. Wenn wir auch immer mehr aus dem Innern der Stadt hinausgedrängt würden, so sei doch im Hansaviertel immer noch etwas mehr herauszuholen.

Zum Punkt

Partei- und Vereinsangelegenheiten

wandte sich Genosse Weichnachts in heftiger Weise gegen den Vorstand, dem er vorwirft, nicht genügend Initiative in der Agitation und im Ausbau der Organisation entwickelt zu haben. Es sei die höchste Zeit, daß endlich einmal etwas unternommen würde. In zwei Jahren sei außer den von Groß-Berlin einberufenen Demonstrationenversammlungen keine Versammlung vom 1. Wahlkreis veranstaltet worden, die zu einer brennenden Tagesfrage Stellung genommen hätte.

Wolderski: Er verspreche sich von den öffentlichen Versammlungen nicht so viel wie Weichnachts. Es sei vielmehr nötig, daß alle Mittel ausgenutzt werden müßten, diejenigen für uns zu gewinnen, die zwar bei den Wahlen ihre Stimme für uns abgeben, unserer Partei jedoch nicht angehören.

Wold: Weichnachts habe eine Frage angeschnitten, die und schon lange beschäftigt. In anderen Kreisen geschähe allerdings in dieser Hinsicht mehr; nur sei es im ersten Kreis infolge seiner ganzen Konstellation ungemein schwer, das Richtige zu treffen. Er müsse den Vorstand darin in Schutz nehmen. Wenn man das Resultat der letzten Versammlungen überblide, so könne man es dem Vorstände nachsagen, daß er über große Versammlungen fühle. Die Zahlhabende seien geeignet, auf die Genossen intensiver einzuwirken. Auf die Kleinagitation müsse das Schwergewicht gelegt werden, dann erst würden die Versammlungen und unsere ganze Arbeit insgesamt bessere Erfolge zeitigen.

Weichnachts: Er sei mit dem Besuch anlässlich der letzten Feenpolast-Versammlung in Anbetracht der Größe des ersten Kreises zufrieden. Es liege viel an der Agitation, so wie bisher, könne es nicht mehr weitergehen.

Wolderski: Er begreife nicht, daß Weichnachts gerade heute explodiert sei und nicht schon längst. Wenn es so dringend nötig gewesen wäre, war es doch seine Pflicht, schon eher einmal mit seinen Ratschlägen zu kommen. Er, Redner, stelle sich die zähe, stille Kleinagitation auch wirksamer vor.

Manasse: Die gereizte Stimmung resultiert wohl aus dem Drange, die Agitation zu heben. Nach seiner Meinung bestähe zwischen den Ansichten Weichnachts und den Wolderskis kein Gegensatz. Auch er wundere sich, daß Weichnachts heute erst rede und nicht schon längst seine Meinung geäußert habe. Der Vorwurf treffe nicht den ersten Kreis, auch in anderen Kreisen sei die Anzahl der Versammlungen gering. Das liege an der Zentralisation, die auch auf die Initiative der einzelnen Kreisvorstände einwirkte.

Wold: Die Rede Weichnachts sei als solche zu begrüßen, man lerne daraus die Stimmung der Genossen kennen. Woß der Ueberhöhung an Leidenschaftlichkeit in Weichnachts Ausführungen verübe ihn eigentümlich. Er, Redner, sei nicht so zufrieden mit dem Versammlungsbefuch. Der Vorstand müsse von den Mitgliedern auch mehr Unterstützung erhalten, um allen Wünschen gerecht werden zu können.

Guttman: Es mangle unter den Genossen des ersten Kreises an dem nötigen Zusammengehörigkeitsgefühl und an dem großen Zielbewußtsein. Wir verlieren immer mehr das Bewußtsein, daß wir eine gemeinsame Weltanschauung vertreten. Die preussische Wahlrechtsbewegung an sich sei nichts, wenn sie nicht von der Erkenntnis getragen werde, daß alles was getan wird, nur zum Endziel des Sozialismus zu führen habe. Redner tritt entschieden für Fortführung der begonnenen theoretischen Abendebine, die sich sehr gut bewährt hätten.

Weichnachts: Er wolle es rund heraus sagen, warum die Agitation nicht in der nötigen Weise gepflegt werde: die Vorstandserstattungen seien regelmäßig ausgefüllt mit Berichtserstattungen und einzig darunter litten die anderen Dinge und kämen zu kurz.

Sauman: Weichnachts wolle bloß die Diskussion anregen und das sei ihm auch gelungen. Er sei der Zuversicht, daß der Vorstand ebenso fleißig weiterarbeiten werde, wie er es vorher getan habe.

Weichnachts (persönlich): Er habe hier als Parteigenosse gesprochen und nicht als verärgertes Gastwirt.

Nach einem anfeuernden Schlusswort des Genossen Wolderski schloß dieser die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Zweiter Wahlkreis.

Die Generalversammlung fand im Saale von Habels Brauerei statt, der nicht ausreichte, so daß viele Genossen stehen mußten. Ein größerer Saal war im Kreise infolge der monarchischen Festlichkeit nicht zu haben gewesen. Die Versammlung ehrte zunächst das Andenken der im letzten Halbjahre verstorbenen Mitglieder. In der Berichtserstattung vom Preussischen Parteitag teilten sich die drei Delegierten des Kreises.

Genosse Grosche berichtete über die drei ersten Punkte der Tagesordnung. Er beschränkte sich darauf, das Wichtigste kurz wiederzugeben und verwies im übrigen auf den ausführlichen Bericht, den der „Vorwärts“ über den Parteitag gebracht hat. Der Redner hob unter anderem hervor, daß der Wahlrechtskampf nun mit größerer Kraft und einmütiger als je aufzunehmen ist. Zum Kommunalprogramm bemerkte der Redner, daß hiermit für die Tätigkeit der Partei eine Waffe geschaffen ist, die nun von den Genossen in vollem Maße ausgenutzt werden muß. Schließlich erwähnte der Redner noch die sonstigen Anträge, die auf dem Parteitag ihre Erledigung gefunden haben.

Ueber die Wahlrechtsfrage berichtete die Genossin Döhning. Sie betont, daß diese Frage in dem Referat des Genossen Ströbel sehr gründlich und ausführlich behandelt worden ist, und daß es nun gelte, uns auf einen energischen Kampf vorzubereiten. Hier ist es Pflicht aller Genossinnen und Genossen, alle Kraft einzusetzen. Die Lösung muß sein: Nieder mit dem Dreiklassenwahlrecht! Vordräng für das allgemeine, gleiche Wahlrecht der Männer wie der Frauen!

Ueber den Punkt: die Verwaltung Preußens berichtete Genosse Zangermann. Er gibt in kurzen Worten die marantesten Stellen aus dem wieder, was über diese Angelegenheit auf dem Parteitag gesagt worden ist. Noch nie sei eine solche Fülle von Mißständen in der Verwaltung, von Mißgriffen der Behörden usw. auf einem Arbeiterparlament zur Sprache gebracht, wie hier auf dem Preußentag. Mit allen diesen Uebeln könne eben auch erst mit der Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts gründlich ausgeräumt werden.

Zur

Diskussion

nahm zunächst der Genosse Wendel das Wort. Er begrüßt es mit Freuden, daß der Parteitag es abgelehnt hat, einen besonderen Parteivorstand für Preußen zu schaffen. Der Redner vermehrte jedoch auf dem Parteitag eine umfassende Diskussion, und meinte, daß den Delegierten mehr Gelegenheit hätte geboten werden müssen, ihre Meinung zu sagen und ihre Erfahrungen auszutauschen. In ähnlichem Sinne äußert sich der Genosse Häuser. Bei dem sonst so ausgezeichneten Referat Ströbels über die Wahlrechtsfrage habe er vergeblich gewartet, daß der Referent schließlich auf die Mittel und Wege des Wahlrechtskampfes eingehen werde. Noch mehr sei er enttäuscht worden, als dann durch die Annahme des Antrags Adler die Diskussion unterbunden wurde. Der Redner wünscht zu wissen, wie die Delegierten des Kreises sich zu dem Antrag Adler gestellt haben. Genosse Grünwald bemerkte, wer mit solchem neuen Glauben auf den Parteitag blide, daß er dort erst hören wolle, was in einer in den Kreisen der Parteigenossen schon längst gründlich erörterten Frage gesehen solle, der habe das Wesen der Parteiorganisation noch nicht recht begriffen. Das sei doch klar, daß die Massen bereits wüthten, wie gekämpft werden soll, dies nicht erst nach auf dem Parteitag ausgebrüllt werden brauchte. Es sei einfach eine Klugheitsmaßregel, daß darauf nicht eingegangen wurde. Dazu sei die Wahlrechtsfrage schon viel zu reif. Wir wüthten, daß wenn die Parole ausgegeben wird, sie von den Massen auch befolgt wird. Es sei kein Unheil, wenn weniger geredet und einmal mehr gehandelt wird.

Genossin Döhning erklärt im Namen der drei Delegierten, daß sie nicht für den Antrag Adler gestimmt haben. Uebrigens sei ja in dem Referat über die Wahlrechtsfrage klar genug gesagt worden, daß alle uns zu Gebote stehenden Mittel angewandt werden sollen, und das genüge. Im selben Sinne äußert sich der Genosse Zangermann. Damit war die Diskussion erschöpft.

Der Vorsitzende Schwemke erklärte zum Schluß, daß die Versammlung mit den Arbeiten des Parteitages voll und zufrieden sein könne.

Darauf gab Genosse Schwemke den

Bericht des Vorstandes.

Der Bericht erstreckt sich auf das letzte Halbjahr. Der Vorstand ist durch das Vertrauen der Genossen berufen, noch ein weiteres halbes Jahr im Amte zu bleiben, damit dann das Geschäftsjahr des Wahlvereins, entsprechend dem Organisationsstatut der Gesamtpartei, auf die Zeit vom 1. Juli bis zum 30. Juni verlegt wird. Das verfloßene Halbjahr war vor allem der Agitation und dem weiteren Ausbau der Organisation gewidmet. Bei den Kommunalwahlen im 5. und 8. Wahlbezirk haben die Genossen voll und ganz ihre Pflicht getan, und mit dem Resultat können wir ganz zufrieden sein. Im 8. Bezirk war die Wählerzahl in ihrer Gesamtheit seit dem Jahre 1903 von 6275 auf 5784 zurückgegangen, die sozialdemokratische Stimmenzahl aber stieg von 1339 auf 1605, während die der Freiwähligen von 782 auf 600 fiel. Hier wurde bekanntlich Genosse Dupont gewählt. Im 5. Bezirk ist der Gegner sehr ins Wanken geraten, und hätten wir nur eine halbe Stunde längere Wahlzeit gehabt, so hätten wir auch diesen Bezirk erobern können. Es fehlten uns hier schließlich nur noch etwa 50 Stimmen. Die sozialdemokratische Stimmenzahl ist hier seit 1903 von 968 auf 1368 gestiegen, bei einem Rückgang der Gesamtzahl der Wähler von 6448 auf 6142. Die nach den Wählerlisten vorgenommene Agitation für den Wahlverein und für den „Vorwärts“ hat ziemlich guten Erfolg gebracht. Die Genossen haben sich jedoch in einzelnen Bezirken nicht mit dem Eifer an dieser Agitation beteiligt, wie es ihre Pflicht gewesen wäre. Ueber den seinerzeit vom 2. Wahlkreis eingebrachten Antrag, die Agitation nach den Mitgliederlisten der Gewerkschaften betreffend, soll zwischen dem Zentralvorstand und dem Ausschuss der Gewerkschaftskommission nochmals beraten werden. Kommt die Sache in Fluß, dann ist es eben wiederum vor allem notwendig, daß die Genossen mit vollem Eifer sich an dieser Arbeit beteiligen. Flugblätter wurden im Kreise im Monat Juli 98 000, im August 96 000 verbreitet dazu kamen im Oktober und November die Flugblätter für die Kommunalwahlen und die Aufforderungen an die Wähler, sowie einige andere Flugblattverbreitungen. Der Redner forderte die Genossen auf, wenn der Ruf an sie ergeht, vollzählig und mit allem Eifer sich der Arbeit für die Partei zu widmen und vor den neuen Anforderungen, die im Wahlrechtskampf an sie gestellt werden, nicht zurückzuweichen.

Von der

Agitationskommission

berichtete Genosse Zinke. Er schilderte namentlich die Verhältnisse und Fortschritte in den dem 2. Wahlkreis zur Bearbeitung überwiesenen beiden Landkreisen. Die Reichsfinanzreform, die in zahlreichen Versammlungen behandelt wurde, hat aufreißend auf die Bevölkerung gewirkt. Es sind sehr gute Fortschritte gemacht, aber es ist noch sehr viel Arbeit zu verrichten. Die „Märkische Volksstimme“, die im Juli 11 706 Abonnenten hatte, war zur selben

Zeit im Kreise Kalau-Ludau in 1600 Exemplaren verbreitet, die „Brandenburger Zeitung“, die 10 922 Abonnenten hatte, im Kreise Zauch-Bitterbog in 1522 Exemplaren. Von dem in 308 000 Exemplaren verbreiteten Kalender kamen auf diesen Wahlkreis 18 150 Exemplare, auf jenen Kreis 20 400 Exemplare. Die Verbreiter des Kalenders sind diesmal im allgemeinen besser empfangen und behandelt worden als im Jahre vorher. Die Behörden suchen die Partei immer noch mit kleinlichen Gewaltmaßnahmen zu bekämpfen. So verbot der Landrat Ranteuffel am 16. September, angeblich wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch die Gegner, eine Versammlung auf freiem Felde. Die Beschwerde dagegen hatte zwar Erfolg, aber inzwischen waren die Aender besät worden, so daß aus diesem Grunde die Versammlung nicht mehr stattfinden konnte. Der Redner berichtete ferner über verschiedene Saalabtreiberien durch die Behörden in Gemeinschaft mit den Gegnern und forderte die Genossen auf, bei ihren Ausflügen und namentlich auch bei Besuchen des Spreewaldes die gesperrten Lokale streng zu meiden. Er berichtete schließlich noch über die Gemeindevorstände, die in verschiedenen Orten zu guten Erfolgen geführt haben.

Von der

Preßkommission

berichtete Genosse Wald. Es handelte sich hierbei nur um eine Sitzung, der die im Dezember neugewählten Preßkommissionsmitglieder des Kreises beigewohnt haben, und um Angelegenheiten, über die der Redner kurz berichtete, die jedoch die breite Öffentlichkeit nicht interessieren.

Darauf gab die Genossin Wurm einen kurzen Bericht über den

Leseabend der Frauen

im Südwesten. Diese Leseabende waren durchschnittlich von 37 Genossinnen besucht. Das Parteiprogramm, der Kinderkampf, die Landtagswahlen, die Wahlrechtsfrage usw. bildeten die Thematika, über die gesprochen wurde. Die Diskussion war immer sehr lebhaft. Die Rednerin forderte die Genossen auf, ihre Frauen und Anverwandten immer wieder auf diese Leseabende aufmerksam zu machen.

Der

Rassenbericht

den der Genosse Schmidt vorlegte, erstreckt sich auf die Zeit vom 1. Juli bis zum 31. Dezember. Die Einnahmen betragen 13 274,10 Mark, die Ausgaben 12 432,67 M., so daß der Bestand am Jahresabschluss 841,43 M. war. Die Mitgliederzahl war am Jahresabschluss 4585, die Zahl der organisierten Genossinnen 351.

In der Diskussion über die Berichte sprach zunächst der Genosse Kottick, der hauptsächlich die Schwierigkeiten der Agitation im Westen des Kreises darlegte; dann der Genosse Kennert, der verschiedene Ratschläge zu besserer Ausfüllung der Fragebogen gab, die den Bezirksführern obliegt.

Die Versammlung beschäftigte sich schließlich noch mit Anträgen auf Entschädigung der Bezirksführer. Diese Angelegenheit, die schon öfter zur Diskussion stand und auch bereits den Zahlabenden vorgelegen hatte, rief eine längere Debatte hervor. Besprochen wurde, den Bezirksführern und Funktionären eine Entschädigung von 50 Pf. pro Monat zu gewähren. Zur Deckung dieser Unkosten einen Extrabeitrag zu erheben, wurde abgelehnt; ebenso ein Antrag, die Sache durch eine Urabstimmung entscheiden zu lassen. — Die von den verschiedenen Bezirken vorge schlagenen Bezirksführer wurden von der Versammlung bestätigt.

Dritter Wahlkreis.

Der Wahlverein für den dritten Wahlkreis tagte in den „Arminhallen“ in der Kommandantenstraße. Genosse Böhl gab in großen Umrissen ein Bild von einem Teil der Verhandlungen und Beschlüsse des

preussischen Parteitages.

indem er sich im wesentlichen auf eine objektive Schilderung beschränkte. Genosse Ait hatte den zweiten Teil der Berichtserstattung übernommen. Er betonte, daß er in der Wahlrechtsfrage im Gegensatz zur Meinung verschiedener Genossen an sein Zusammengehen mit dem Freisinn glaube. Er pflichte der Ströbelschen Ausführung bei, daß auch im Wahlrechtskampf der Klassenstandpunkt so scharf und präzis als möglich hervorgehoben werden müsse.

Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Der Vorsitzende Genosse Böhl erstattete dann den

Geschäftsbericht

für die Zeit vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 1909. Er hob den guten Ausfall der Kommunalwahlen im 17. und 18. Kommunalwahlbezirk hervor. Dann berichtete er über die Vorgänge, die anknüpfen an das Verlangen der Rixdorfer Parteigenossen, ihnen die „Neue Welt“ ab 1910 zur Kaiserzeit zu sichern. Bei einer Aussprache des Vorstandes des Vereins mit dem Geschäftsführenden Ausschuss habe der Vorstand beantragt, der Geschäftsführende Ausschuss möge dahin wirken, daß Rixdorf mit Berlin gemeinschaftlich die Kaiserzeit in der „Neuen Welt“ abhält. Dieser Antrag sei dem Zentralvorstand unterbreitet worden. Ein Vertreter aus dem zweiten Kreis habe im Zentralvorstand dann den Antrag gestellt, die Kaiserzeit in Groß-Berlin zu zentralisieren und die Unkosten auf die Zentralkasse zu übernehmen, die auch den Ueberüberschuss erhalte. Im Zentralvorstand seien nun nicht der Reihe nach die Vertreter der einzelnen Kreise über deren Stellung zum befragt worden, sondern man habe den Vertreter Teltow-Weeskops befragt, worauf Wollermann für den Kreis die Zustimmung abgelehnt habe, weil in den Landkreisen diese Zentralisation nicht durchführbar sei wegen der vielen kleinen Orte. Genosse Ernst habe darauf erklärt, das trübe auch für Nieder-Barnim zu. Dann sei ein Antrag zur Abstimmung gestellt worden, daß Klein-Berlin einheitliche Billets herausgeben solle, jeder Kreis aber seine Kaiserzeit selbst veranstalte und seine Unkosten selber trage. Gegen diese Abstimmung habe Redner Einspruch erhoben. Das habe aber nichts geholfen. Es sei der Antrag angenommen worden. Ein Beschluß übrigens, den die Vertrauensleute mal vor 18 Jahren gefaßt hätten und der nun ein Jahr bestanden habe, da er zu allerlei Unzuträglichkeiten geführt habe. Die Zentralvorstandsmitglieder aus dem dritten Kreise hätten in der Kreis-Vorstandssitzung über die ganze Angelegenheit Bericht erstattet und der Vorstand habe beschlossen, die Sache ruhig an sich heran kommen zu lassen. Redner sei vom Vorstand beauftragt worden, in der nächsten Aktions-Ausschusssitzung gegen den Beschluß des Zentralvorstandes Einspruch zu erheben. Darüber sei der Ausschuss aber zur Tagesordnung übergegangen.

Den

Rassenbericht

für das zweite Halbjahr 1909 erstattete Genosse Harndt. Am 1. Juli war bei beiden Kassierern ein Bestand von 1508,17 M. Die Gesamteinnahme einschließlich dieses Bestandes betrug 8217,16 M. Ihr stand eine Gesamtausgabe von 6000,55 M. gegenüber, so daß bei den Kassierern ein Bestand von 1616,61 M. verblieb. Der Mitgliederbestand betrug buchnäßig am Schluß des Jahres 2421.

In der

Diskussion

wurden zunächst eingehend die Gründe des Rücktritts eines Abteilungsleiters und mehrerer Bezirksführer besprochen. Darauf

fährte Genosse **Ströbel** zur Angelegenheit „Neue Welt“-Kaiserei aus: Mitglieder des Zentralvorstandes hätten Forderungen geäußert, die für den dritten Kreis nicht schmeichelhaft gewesen seien. Es sei gesagt worden, es läge nur an den leitenden Personen des Kreises, daß dieser in der Sache nicht nachgäbe. Der Vorwurf sei entschieden zurückzuweisen. Die leitenden Personen gingen als Beauftragte des Kreises vor und nicht als selbständige Personen. Der Kreis stehe in seiner Gesamtheit hinter dem Vorstand. Wenn er ein größeres Lokal mit Garten hätte, würde sich die Sache übrigens einfach lösen. Etwa zwei Jahrzehnte habe der dritte Kreis die „Neue Welt“. Von den Ritzdorfer Genossen, die genügend geeignete Lokale hätten, sei ihr Verlangen eigentlich nur eine Pflanzerie.

Genosse **Behrmann**: Die Zentralisation der Kaiserei für Groß-Berlin in dem Sinne, daß die beiden Vorortkreise ganz einbezogen würden, sei allerdings kaum möglich. Möglich und gut durchführbar wäre aber die Zentralisation für Klein-Berlin mit Hinzuziehung der großen Vorortgemeinden, die zu jenen Kreisen gehören, aber Berlin umgürten (Ritzdorf, Schöneberg, Charlottenburg usw.). Das müsse angeregt werden. Dann wäre die Streitfrage damit ohne weiteres gelöst.

Genosse **Hirschfeld** und weitere Redner sprachen in gleichem Sinne und betonten, daß der Kreis hinter dem Vorstand stehe. Es wurde folgende Resolution gegen 3 Stimmen angenommen:

Die Generalversammlung erklärt sich mit dem Verhalten des Vorstandes in der Angelegenheit „Neue Welt“-Kaiserei einverstanden und erwartet, daß die Zentralisation der Kaiserei für Klein-Berlin einschließlich der größeren Vororte im Interesse der Partei durchgeführt werde.

Zur Diskussion gelangte ferner ein Antrag: „Um eine bessere Wirkung und Durchführung des Schnapsbrotts zu erzielen, beauftragt die Generalversammlung den Vorstand, unzugänglich entsprechende Flugblätter herauszugeben oder das Flugblatt des Parteivorstandes zur Verbreitung zu bringen.“

Nach kurzer Debatte wurde beschlossen, diesen Antrag erneut dem Aktionsausdruck zu überweisen, um eine einheitliche Verbreitung eines solchen Flugblattes in Berlin herbeizuführen.

Vierter Wahlkreis.

Die in den Andreasfesten tagende Generalversammlung erfreute sich eines zahlreichen Besuchs. Den Bericht vom

preussischen Parteitag

erstattete Genosse **Wethge**: Seine erregten Debatten! Keim heftiges Auseinanderplätzen der Meinungen! Ruhige, besonnene Beratungen, getragen von der größten Sachlichkeit! Das Empfinden, auf allen Gebieten dem gemeinsamen Feinde gegenüber zu stehen, sei es in der Gesetzgebung oder in der Verwaltung, sei es im Staat oder in der Kommune! Das sei die Signatur des preussischen Parteitages gewesen. Erst einmal das allgemeine Wahlrecht erobert, dann wird auch überall die Fackel der Freiheit leuchten, das war die Ueberzeugung und der Wunsch der Delegierten.

In eingehender Weise berichtet darauf Redner von den Verhandlungen des Parteitages. Die Kritik am Bericht der Landeskommission, die nach den vorausgegangenen Äußerungen in der Parteipresse allgemein erwartet werden mußte, blieb eigentlich aus, und mit Recht konnte Genosse **Ernst** sagen, daß es gnädig zugegangen wäre. Die Mehrheit des Parteitages war er Ansicht, daß die Landeskommission ihre Pflicht getan habe und deshalb sei auch fast schlafweg der Antrag **Bredlau** auf Wahl eines besonderen preussischen Parteivorstandes abgelehnt worden. Der Bericht der Landtagsfraktion, den Genosse **Heimann** erstattete, habe so recht gezeigt, welche außerordentliche Leistungen diese kleine Fraktion vollbracht hat und es sei ihr, was sonst nicht zu den Verpflichtungen in der Partei gehöre, ein Vertrauensvotum ausgehört. Allgemein bedauert worden sei, insbesondere von den Landkreisen, daß der Genosse **Wolff** **Hoffmann** nicht mehr dem Landtage angehört. Gerade er hätte in dieses Parlament, in dem man wissenschaftliche Gründe gar nicht hören will, hineingehört. Der verschiedenen Wünsche, die anlässlich dieses Berichtes seitens der Delegierten vorgebracht wurden, wird sich die Fraktion annehmen und im Landtage die Beschlüsse der Arbeiter zur Sprache bringen. Es wurde sogar gewünscht, daß der Fraktion mehr solche Anregungen gegeben werden als bisher. Das Referat des Genossen **Hirsch** über das Kommunalprogramm war ein durchaus instruktives und von der größten Sachlichkeit getragen. Das Kommunalprogramm ist das Ergebnis der Beratungen einer Kommission, der die erfahrensten Gemeindevorsteher angehört haben; der erste Teil wendet sich gegen die preussischen Nachfaktoren und der zweite Teil behandelt die Fragen, die unter dem heute geltenden Gesetz bereits durchgeführt werden können. Damit soll auch gleichzeitig den Gemeindevorstellern eine Richtschnur gegeben werden, damit nicht in der einen Gemeinde sich unsere Vertreter mit allem Eifer für eine Einrichtung ins Zeug legen, während die gleiche Sache von unseren Genossen in der Nachbargemeinde mit Heftigkeit bekämpft wird. Das vom Genossen **Ströbel** zur Wahlrechtsfrage gehaltenes Referat war ein großzügiges und zeichnete sich durch große Sachlichkeit und politischen Takt aus. Es fehlte ihm aber, des Redners Ansicht nach, der große begeisterte Zug, der der Wahlrechtsfrage einen ordentlichen Stach nach vornwärts geben mußte. Im übrigen muß man alles anerkennen, was in dem Referat gesagt wurde. Auch er, Redner, sei der Meinung, daß wir uns nur auf unsere eigene Kraft im Wahlrechtskampfe verlassen dürfen. Auch er sei überzeugt, daß das Proletariat in diesem Kampfe liegen muß, wenn es seine ganze Kraft einsetzt. Der Antrag **Abler** hatte den Delegierten aus der Seele gesprochen. Das Proletariat müsse nach den gegebenen Situationen handeln. Vorher sich auf etwas festzulegen, gebe nicht an. Doch auf dem Parteitag war man noch der Meinung, daß die Regierung bald eine Vorlage einbringen wird. Dies ist bislang nicht eingetroffen. Gefoppt und genarrt wird also das Volk. Ob wir wollen oder nicht, den Kampf müssen wir propagieren. Die Massen des Volkes müssen aufgeföhrt werden, dann wird auch die preussische Regierung einlenken müssen, dem Volkswillen, der von der großen Masse getragen wird, kann sie nicht widerstehen.

Durch lebhaften Beifall gab die Versammlung ihrer Zufriedenheit über den Bericht Ausdruck.

Genossin **Kähler** ergänzte daraufhin noch den Bericht in einzelnen Teilen. Sie legte insbesondere all das, was für die Frauen von besonderem Interesse ist, hervor, und forderte lebhafter auf, für die Partei zu wirken, indem sie unter ihren Geschlechtsgenossen rege agitieren und vor allem ihre Kinder im sozialistischen Sinne erziehen sollen.

In der

Diskussion

nahm zunächst Genosse **Glag** das Wort. Er wurde mit Anreue von der Versammlung empfangen. Er meinte, die Berichterstattung sei lüdenhaft, da von dem Referat **Reichnichts** über die preussische Verwaltung und den diesbezüglichen Beratungen nichts erwähnt worden sei. Dergleichen auch nichts von dem vom dritten Kreis gestellten Antrage betr. die Polenorganisation. Es sei aber erforderlich, daß von den Delegierten darüber, wie sie die ihnen gewordenen Aufträge ausgeführt haben, auch berichtet wird. Er warf den Delegierten vor, nicht alles getan zu haben, um diesen Antrag mindestens zur Wespachtung zu bringen.

Warkowski, gleichfalls Delegierter, und **Wethge** wiesen die Vorwürfe zurück. Die Anträge seien zunächst von den Delegierten Groß-Berlins beraten worden. Der Antrag betreffend die Polenfrage fand dort keine Unterstützung, ebensowenig auf dem Parteitag, weil man hierfür nicht den preussischen, sondern den deutschen Parteitag für kompetent hielt. Die Delegierten des 4. Kreises haben dafür gestimmt. Neue Momente wurden in der Debatte, an der sich noch die Genossen **Glag** und **Weselowski** beteiligten, nicht mehr hervorgehoben.

Folgende Resolution gelangte darauf zur Annahme:

Die heute, am 25. Januar, in **Vorgmanns** Festsaal tagende Generalversammlung des 4. Kreises erklärt sich mit den Arbeiten des preussischen Parteitages und der Haltung unserer Delegierten einverstanden und verpflichtet sich, alles daran zu setzen und zu kämpfen, bis das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zum preussischen Landtag errungen ist.

Unter dem 3. Punkt der Tagesordnung:

Partei- und Vereinsangelegenheiten.

Brachte Genosse **Richter** das Verhalten des Genossen **Basener** in der Stadtverordnetenversammlung zu Sprache und verurteilte dasselbe. Genosse **Wethge** hält die Äußerung **Baseners** nicht für so schlimm. Dem widersprach **Glück**. **Davidsohn** meinte, die Äußerung sei deplaziert und töricht gewesen. Er würde **Basener** diese Entgegnung nicht überlassen haben, wenn **Basener** die Sache wieder einzurufen versucht hätte. Dies sei aber nicht geschehen. Ein fauler Witz, eine dumme Bemerkung sei bald gemacht, aber sie müsse in einer persönlichen Bemerkung wieder ausgeglichen werden. Die Agitation leide aber darunter, wenn in solcher Weise die Grenzen überschritten werden. **Wethge** behauptete, daß die Angelegenheit in Abwesenheit **Baseners** zur Erörterung gekommen sei, der durch eine Fraktionsführung der Stadtverordneten ferngehalten sei.

Darauf wurde die Versammlung geschlossen.

Fünfter Wahlkreis.

Die gut besuchte Versammlung wurde im **Alten Schützenhause** in der **Linientroße** abgehalten. Den

Bericht über den preussischen Parteitag

erstattete Genosse **Ritte**. Nachdem er eine kurze geföhnte Uebersicht der Verhandlungen des Parteitages gegeben hatte, schloß er mit dem Ersuchen an die Parteigenossen, im Sinne der Parteitagsbeschlüsse zu wirken und nicht eher zu ruhen, als bis wir das allgemeine, gleiche, direkte, geheime Wahlrecht für Preußen haben. — In demselben Sinne sprach der einzige Diskussionsredner, Genosse **Wethge**, der auch der Ansicht Ausdruck gab, daß Straßendemonstrationen bei geeigneter Gelegenheit nicht ohne Wirkung sind. — Da sich sonst niemand zur Diskussion meldete, konstatierte der Vorsitzende **Friedländer** das Einverständnis der Versammlung mit den Beschlüssen des Parteitages.

Es folgte der Punkt

Vereinsangelegenheiten.

Friedländer erstattete Bericht über die Arbeiten einer Kommission, welche eingesetzt worden ist, um diejenigen Mitglieder zur Rechenschaft zu ziehen, die sich nicht an der letzten Stadtverordnetenwahl beteiligt haben. Die Kommission schlägt vor, den **Gastwirt Robert W. ege**, den **Tischler Karl Richter** und den **Arbeiter Otto Hille** auszuschließen. Sie haben nicht gewöhnt, sind auch der Einladung der Kommission, sich vor ihr zu verantworten, nicht geföhgt. Die Versammlung stimmte dem Vorschlage der Kommission zu, die genannten drei Mitglieder sind also ausgeschlossen.

Auf Antrag eines Mitgliedes wurde noch eine andere Angelegenheit auf die Tagesordnung gesetzt. Es handelt sich um einen Antrag, der in einer früheren Versammlung gestellt und dann im Vorhinein beraten worden ist. Der Antrag verlangt, daß bei Delegierten- und Vorstandswahlen die von den einzelnen Abteilungen vorgeschlagenen Kandidaten auf eine Liste gesetzt werden, die den Teilnehmern der Generalversammlung als Stimmzettel zu überreichen ist. — Diese Angelegenheit rief eine lange und mitunter etwas erregte Debatte hervor. Sie drehte sich in der Hauptsache darum, ob auf dem Stimmzettel neben den Namen der Kandidaten auch vermerkt werden soll, aus welcher Abteilung die betreffenden vorgeschlagen sind. Vorwiegend wurden gewisse Bestimmungen besprochen, die zwischen der ersten und den anderen Abteilungen des Vereins bestehen. Der Grund der Vermittlung ist in der Hauptsache der, daß sich die Bezirksführer der an Mitgliedern stärksten Abteilung durch die Bezirksführer der anderen wesentlich schwächeren Abteilungen in den Kreisversammlungen majorisiert fühlen. Diese Ansicht wurde von anderen Seiten als unbegründet bezeichnet. — Nach 1½stündiger Dauer der Debatte wurde der Antrag des Vorstandes mit 98 gegen 89 Stimmen angenommen. Er besagt, daß auf dem Stimmzetteln die Namen der von den Abteilungen vorgeschlagenen Kandidaten nebst Bezeichnung ihrer Abteilungen angegeben werden.

Sechster Wahlkreis.

Die außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins für den 6. Kreis wurde im Saal der Brauerei „**Rönigstadt**“, **Schönhauser Allee**, abgehalten. Den

Bericht über den preussischen Parteitag

erstattete Genosse **Reid**. Da die Parteigenossen über die Verhandlungen auf dem Parteitag durch den „**Vornwärts**“ genau unterrichtet worden sind, so glaubt der Referent, sich auf eine kritische Würdigung einiger besonderer Punkte beschränken zu können, um der Diskussion mehr Spielraum zu geben. Zum Bericht der Landtagsfraktion bemerkte er, daß unsere Abgeordneten sicherlich alle Anerkennung verdienen und daß er ihnen ihre Verdienste gewiß nicht schmälern wolle; aber es habe ihn doch sonderbar angemerkt, als Genosse **Duara** **Frankfurt a. M.** eine „**Dankresolution**“ an die Fraktion vorgelegt habe. Unsere Genossen im Landtag haben ihre Pflicht und Schuttpflicht getan, wie wir das von jedem in unseren Reihen erwarten, der an einen verantwortlichen, schweren Posten gestellt wird (Zustimmung); eine Dankagung ist zum mindesten überflüssig gewesen. Der Referent kam dann auf die Schaffung eines Kommunalprogramms, die auf dem Parteitag ausgiebig diskutiert wurde, zu sprechen. Er legte einer besonderen Programmausstellung für Preußen keine so große Bedeutung bei, wie es von vielen Seiten geschieht, und meinte, daß wir an Programmen eigentlich keinen Mangel leiden. Er wandte sich scharf gegen die Ansicht, daß wir ein solches Programm dazu nötig haben, um mehr Erfolge zu erzielen. Leider werde in manchen Kommunen von den Genossen eine Politik verfolgt, die um jeden Preis nach Erfolg strebe, oft sogar auf Kosten unserer Grundföhre. Davor müsse er warnen. Wenn man streng auf sozialistischen Grundföhren beharre, so könne man eine klare Politik verfolgen, ohne in Zweifel und Widersprüche zu geraten. — Uebergend zu dem Punkte der Verwaltungsreform in Preußen, sollte der Redner der scharfen Kritik des Genossen **Ritt** **Reichnichts** Anerkennung und erläuterte, wie in der Verwaltung der Schwerpunkt aller „**Regierungskunst**“ in Preußen liegt. Ueber die Leitföhre, die **Reichnichts** vorgelegt hatte, konnte der Parteitag allerdings nicht sogleich schlüssig werden; dazu wäre erst eine Vorberatung nötig gewesen und eine zeitige Veröffentlichung dieser Söhre. Daß wir eine demokratische Verwaltung fordern und uns sträuben gegen eine Verwaltung durch ministerielle Erlasse, die oft gegen Gesetz und Recht verstoßen, darüber seien wir uns einig, und wir mühten auch alle, daß wir von einer demokratischen Verwaltung noch sehr weit entfernt seien. — Zu den Organisationsfragen, die den Parteitag beschäftigten, lag der Antrag vom 6. Kreis vor, der in der Generalversammlung vom 7. Dezember angenommen wurde. Der Parteitag gab seine Zustimmung zu diesem Antrage, der folgendermaßen lautete:

Zur Teilnahme am preussischen Parteitag sind berechtigt: a) Die Delegierten der Wahlvereine. Die Wahl der Delegierten erfolgt nach Maßgabe der Mitgliederzahlen und können gewählt werden in Wahlkreisen bis 1500 Mitglieder 1 Delegierter, bis 3000: 2, bis 6000: 3, bis 12 000: 4, bis 18 000: 5 und über 18 000 Mitglieder 6 Delegierte. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein. b) Die sozialdemokratischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten Preußens. c) Die Landeskommissionen und der geschäftsföhrende Ausschuss. d) Der Parteivorstand.

Ein Parteivorstandsmitsglied wollte den Antrag der Landeskommission überweisen, das wäre aber unzulässig gewesen; der Parteitag war hier allein zuständig. Genosse **Reid** wandte sich

dann sehr energisch gegen einen Antrag von **Bredlau**, der einen preussischen Parteivorstand forderte; man habe den Parteitag damit überrumpeln und revisionistische Zwecke fördern wollen. Ebenso wenig geföhlt es ihm, daß die Abstimmungen in der Partei ihre Sonderwünsche in den Vordergrund drängten und ihren Antrag, den Leipziger Beschluß betreffend den Schnapsbrotts zu bekräftigen, mit „**kulturellen Gründen**“ schmückten, während sie wissen mühten, daß für den Beschluß in Leipzig politische Gründe maßgebend waren. — Zum Schluß seines Referats behandelte Genosse **Reid** die Wahlrechtsfrage. Viele seien der Meinung, daß in dieser Beziehung der Parteitag etwas mehr hätte tun können. (Sehr richtig!) Man war gespannt, was er vorschlagen würde, welche Mittel zu ergreifen seien, um das Wahlrecht zu erlangen. Man könne zweierlei Meinung darüber sein, ob und inwieweit eine öffentliche Diskussion über die anzunehmenden Mittel am Platze sei. Er glaube, daß mit der Annahme der Resolution, die nach **Ströbels** Referat vorgelegt wurde, unserer Sache am besten gedient sei. Darin sei alles niedergelegt, was wir wünschen können, auch dem Verlangen des 6. Kreises, den politischen Massenstreik ins Auge zu fassen, sei Rechnung getragen. Ueber diesen Antrag des 6. Kreises konnte man keine bestimmte Entscheidung treffen, da dazu erst eine Reihe von Voraussetzungen erfüllt sein mühten und auch die Gewerkschaften dabei mitzureden hätten. Der Redner schloß unter dem lebhaftesten Beifall der Versammelten, indem er zu energischer Tätigkeit in der Wahlrechtsbewegung anseuert.

In der

Diskussion

nahm zuerst Genosse **Pichler** das Wort. Er erklärte sich gegen revisionistische Politik, veranschlagte aber die Gegenwartsfolge, die gerade durch prinzipielle Politik erreicht würden, nicht gering und polemisierte damit gegen den Referenten — irrümlicherweise, denn der Referent erklärte später diesem wie auch dem nächsten Diskussionsredner, daß er dieselbe Ansicht geäußert habe und ja als Stadtverordneter selbst bemüht sei, für die Arbeiter nach Möglichkeit das Beste herauszuschlagen. Genosse **Pichler** äußerte zur Wahlrechtsfrage, daß er hoffe, den vielen Beschlüssen folgen endlich einmal Taten. (Zuruf: An wen liegt es denn!) Er beschwerte sich, daß am letzten Wahlrechtssonntag ein Referent (**Heine**) in einer großen Versammlung sagen konnte, daß man darauf geföhlt sein mühte, daß es noch hundert Jahre dauere, bis wir das freie Wahlrecht haben. (Widerspruch.)

Genosse **Siebel** wendet sich gegen **Pichler** und warnt davor, ohne weiteres zu glauben, daß **Heine** dies gesagt habe. Er erklärt sich auch für die grundsätzliche Politik in der Gemeinde, hält aber gerade in den Stadtparlamenten praktische Gegenwartspolitik für notwendig, eine Politik im Sinne des Erfolges. Leids abfällige Worte über den **Bredlauer** Antrag behauptet er, weil es im jetzigen Kampfe ein taktischer Fehler sei, Gegenföhre in der Partei scharf zu betonen; wir auf der radikalen Seite vergäben uns durchaus nichts, wenn wir den Gegner mit mehr Lokalität behandelten. Wenn Genosse **Pichler** mehr Taten wünsche, so sei er mit Recht vorhin gefragt worden, wozu es denn liege, daß die Taten nicht geschehen, und man müsse darauf antworten, daß es an der Masse liege, die sich nicht rühre und in Gleichgültigkeit beharre. Wir können nicht an das Volk heran, wie es wünschenswert wäre. Wir müssen nach neuen Mitteln suchen, das Volk zu interessieren, und Redner regt an, Massenpetitionen in Umlauf zu setzen, nur um eine unmittelbare Agitation damit zu treiben.

Genosse **Ludow** will von solchen Petitionen nichts wissen und appelliert an die Genossen, sich reger und mutiger an den Demonstrationen zu beteiligen.

Genosse **Reid** betont in seinem Schlußwort, daß es ihm fern lag, eine Vermittlung zu erzeugen, aber er habe sich verpflichtet geföhlt, die Dinge so darzulegen, wie er sie gefunden. In bezug auf die revisionistischen Absichten bezog er sich auf einen Artikel zum Parteitag in den „**Soz. Monatsheften**“. Er hoffe mit den Diskussionsrednern, daß die Wahlrechtsbewegung immer schärfer und energischer einsetzen werde, wenn erst die großen Volksmassen in mehr Bewegung gebracht werden.

Der Vorsitzende, Genosse **Henschel**, erklärte unter Zustimmung der Versammelten, daß der Wahlverein des 6. Kreises mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden ist.

Die Wahl des zweiten Vorsitzenden, die darauf vorgenommen wurde, fiel auf den Genossen **Otto Frank**.

Nach einer Ansprache des Vorsitzenden **Henschel**, der zu reger Agitation für unsere große Sache ermahnte, wurde die stark besuchte Versammlung geschlossen.

Aus Industrie und Handel.

Der Berliner Handel im Jahre 1909.

Im Zentralverband Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine wurde in der letzten Plenarsitzung die Berichterstattung der einzelnen Branchen über das Wirtschaftsjahr 1909 und die Aussichten für 1910 fortgesetzt und zum Abschluß gebracht. Als Gesamtbild ergab sich, daß in den meisten Branchen die erste Hälfte des abgelaufenen Jahres noch einen im ganzen ungünstigen Geschäftsgang zeigte, während in der zweiten Hälfte meistens eine Belebung des Geschäfts und eine Begrößerung der Umsätze eintrat. Nicht immer aber haben die gesteigerten Umsätze auch höhere Preise zu bringen vermocht, so daß der erzielte Nutzen vielfach der Belebung des Geschäftes nicht entsprach. Für eine Reihe von Branchen, die entweder ihrer Natur nach von einer steigenden Konjunktur erst ziemlich spät profitieren oder die im vergangenen Jahre unter geschlichen Maßnahmen, besonders unter den neuen Steuergesetzen, zu leiden hatten, ist das ganze Jahr 1909 noch nicht sehr erfreulich gewesen. So lauteten in wesentlichen ungunstige die Berichte der Herren **Dr. W. F. Waldschmidt** über die Werkzeugmaschinen, **Ringel** über das Gastwirtsgerwerbe, **Schnürdreher** über das Buchdruckereigewerbe, **Apfhan** über den Zigarrenhandel, **Selbiger** über Zigaretten, **Witers** über die Obföhbranche, **Rosenbaum** über den Grundstücks- und Hypothekemarkt, **Hansen** über den Handel mit photographischen Artikeln, **Wum** über die Photographie, **Lavenhal** über die Knabenkonfektion und **Erzem** über den Kohlenhandel. Günstiger dagegen im Gesamtbild lauteten die Berichte der Herren **Rah** über die Blumen- und Kostümfabrikation, **Dr. Gier** über den Exporthandel, **Kerb** über Fantasie-, **Witzl**, **Strid** und **Behwaren**, **Dr. Zeitlin** über die Spezialgeschäfte, **Oskar Rieh** über die Lage der Warenhäuser, **Fischer** über das Großschlächtereigewerbe, **Levy** über das Kunstgewerbe, **Wachner** über das Hotelgewerbe, **Rosenberger** über das Agenturgewerbe, **Bergmann** über die Schirmbranche, **Schöder** über den Eisenhandel, **Reichelt** über den Buttergroßhandel, **Wintner** über den Papiergroßhandel und **Woss** über das Schuhdetailgeschäft. Die Aussichten für das Jahr 1910 wurden von fast allen Branchen, auch von denjenigen, für die das Jahr 1909 noch keinen Erfolg gebracht hat, als günstig bezeichnet. Nur wenige Gewerbezweige, denen unsere Steuergesetzgebung besonders übel mitgespielt hat und die im gegenwärtigen Jahre erst das Eintreten der vollen Wirksamkeit der neuen Steuern fürchten, blicken nicht allzu zuversichtlich in die Zukunft.

Josef-Betriebs-Gesellschaft.

Der Zusammenschluß der Interessenten hat sich auch auf die Josef-Verläufer erstreckt. Diese mühten ebenfalls die Konjunktur

aus und vertreten gemeinsame Interessen. Das geschieht durch pauschalierte Uebernahme ganzer Lotterien und durch Regelung der Auflagen. Und hier herrscht auch die Praxis: wer sich nicht fügen will, wird ausgeschaltet! So sind in manchen Fällen die kleinen Händler die Dummen. Einen Blick in die Geheimnisse der L. B. G. erlaubt nachfolgendes Schreiben, das aus den Redaktionsbüchern stammt:

22. Januar 1910.

An den
Syndikus des Verbandes Deutscher Lotteriebetreiber, G. B.,
Herrn Leo Joseph,

Berlin W. 30,
Luitpoldstraße 32.

Ihre w. Schreiben vom 7. Dezember vorigen Jahres beantworten wir erst heute.

Der Inhalt desselben interessiert uns lebhaft, speziell der letzte Passus an demselben wegen Bildung eines Syndikats zu dem Zweck, daß die Unterbietung bei Uebernahme von Lotterien dadurch aufgehoben soll.

Nach den letzten Vorkommnissen im vorigen Jahre konnten wir es uns nicht recht denken, daß die Bildung eines derartigen Syndikats unter den Debitoren der Lotterienbranche möglich sei und wir wollten das Verhalten einiger Debitoren bei der Vererbung um die Rosener Welt-Lotterie abwarten.

Wir können Ihnen heute mitteilen, daß eine bestimmte Firma alle anderen Bewerber bei dieser Lotterie dermaßen überboten hat, daß nach unserer Berechnung, wenn wir den Emissionspreis der Krieger-Heim-Lotterie mit 1,82 R. zugrunde legen und nur eine mäßige Summe für Reklame und Druckkosten gerechnet wird, so bleibt dem General-Debit kaum der Betrag von 20.000 R. — und dies ist bei dem Objekt einer halben Million zu wenig...

Im Prinzip stehen wir Ihren Vorschlägen sehr sympathisch gegenüber; nur kommt es darauf an, ob die „ersten Emissionshäuser“ nicht willens sind, bei einem derartigen Syndikat den Löwenanteil zu nehmen, während die „zweiten Emissionshäuser“ mit den Brosamen abgefertigt werden, die von der Herren Tischle fallen.

In der Schlußversammlung, welche nach dem furchtbaren Verfall bei der Berliner Kunstausstellung-Lotterie in Neumarkt stattfand, wurde das eigenartige Vorgehen der L. B. G. Gesellschaft gekennzeichnet. Ein Fall insbesondere erregte große Erbitterung unter den anwesenden Branchenangehörigen.

Wie allerseits bekannt, hatte Herr Heinrich Kron seinerzeit einen Kosten Kunstausstellungsloste von der L. B. G. abgenommen. Herr Kron hat die L. B. G. ihm aus seinen Verpflichtungen zu entlassen, worauf man ihn erwiderte, daß sei nicht möglich, da die L. B. G. selbst noch einen großen Kosten dieser Lose hätte. Herr Heinrich Kron verkaufte von seinem sowieso noch großen Lager einen größeren Posten dieser Lose an Herrn Silbermann für circa 45-50 Pf. pro Los, nahm einige Tage darauf seinen Schluß bei der L. B. G. ab und erhielt zu seinem Erlös seine eigenen, an Herrn Silbermann verkauften Nummern von der L. B. G. geliefert. Er stellte fest, daß die L. B. G. diese Lose von Herrn Silbermann für einige 50 Pf. pro Los gekauft hatte...

Wir möchten Sie bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam machen, daß wir seitens der Staatsanwaltschaft aufgefördert worden sind, gegen die L. B. G. Gesellschaft einen Strafantrag betr. der unerlaubten Angabe des Wortes „Wohlfahrtslotterie“ bei der Reklame der Kunstausstellung-Lotterie zu stellen.

Ebenso ist die Firma Ludwig Müller u. Co. von derselben Behörde hierzu aufgefordert worden.

Eine unbekannt Privatperson hat uns inlegenden Brief der Staatsanwaltschaft übergeben, woraus Sie das gleiche Ersuchen der Staatsanwaltschaft ersuchen können, daß sie diesem Antrage Folge geben würde, da hier unbedingt unläuterer Wettbewerb vorläge. Trotzdem wir durch die Manipulationen der L. B. G. ganz enormen Schaden gehabt haben, haben wir sowohl wie die Firma Ludwig Müller u. Co. einen Strafantrag nicht gestellt, da dies unseren Anschauungen über die Würde des Kaufmannstandes und des Anstandes widerspricht.

Jedenfalls dürfen derartige Manipulationen zukünftig niemals wieder vorkommen, wenn ein reguläres Syndikat mit gleichen Rechten und Pflichten zustande kommen soll.

Wir bitten Sie, uns über das Fortschreiten dieser Angelegenheit auf dem Laufenden erhalten zu wollen und begrüßen Sie

mit vorzüglicher Hochachtung

R. R.

Demnach sind Pläne im Gange, die auf die Schaffung eines Syndikats der Lotteriehändler hincielen. Der Uebung Jued ist der, den Lotteriespielern höhere Preise aufzudrücken. Offentlich lassen sich diese die indirekte Steuer nicht noch steigern, sondern weigern in Zukunft deren Zahlung vollständig, indem sie auf das Lotteriespiel verzichten.

Stahlwerk. Die Gesamteinnahme der United States Steel Corporation im 4. Quartal 1909 betragen nach Abzug aller Betriebskosten 40.971.009 Dollar gegen 38.257.000 Dollar im 3. Quartal 1909 und 26.225.000 Dollar im 4. Quartal 1908. Die Reineinnahmen stellten sich auf 34.400.000 Dollar gegen 30.855.000 Dollar im 3. Quartal 1909 und 21.012.000 Dollar im 4. Quartal 1908. Das Quartalsüberschuss nach Abzug der Zinsen und Dividenden betrug 10.263.000 Dollar gegen 2.155.000 Dollar (nach Abzug von 10.000.000 Dollar, die für Verbesserungen und Reparaturen zurückgestellt wurden), im 3. Quartal 1909 und 5.142.000 Dollar im 4. Quartal 1908.

Der Auftragsbestand am Ende des Monats Dezember 1909 belief sich auf 5.927.000 Tonnen gegen 4.797.000 Tonnen am Ende des Monats September und 3.604.000 Tonnen am Ende des Monats Dezember 1908.

Es wurde für die Stammaktien eine reguläre Quartalsdividende von 1 Proz. sowie eine Extradividende von 1/4 Proz., und eine Quartalsdividende für die Vorzugsaktien von 1 1/2 Proz. erklärt gegen 1 bzw. 1 1/4 Proz. im vorhergehenden Quartal.

Warenhäuserfirma Wertheim. Wie eine Korrespondenz meldet, wird sich Wolf Wertheim wieder mit der Firma A. Wertheim vereinigen. Die beiden Warenhäuser von Wolf Wertheim in der Potsdamer Straße und das Postlager-Kaufhaus sollen von der Firma A. Wertheim weitergeführt werden.

Aus der Frauenbewegung.

Frauenkonferenz 1910 in Magdeburg.

Eine Genossin schreibt uns:

Wie aus einem Artikel der „Gleichheit“, den der „Vorwärts“ in Nr. 12 d. J. im Auszug veröffentlichte, ersichtlich ist, steht die Einberufung einer Frauenkonferenz, die bisher alle zwei Jahre dem Parteitag vorauszugehen pflegte, für dieses Jahr (Magdeburg) in Frage. Unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen, die der Frauenarbeit in der Partei so viel Aufgaben stellen, ist die Bedeutung der Konferenz nicht zu unterschätzen, und sollte sie aus irgendwelchen Gründen nicht zustande kommen, so wäre das nicht nur im Interesse der proletarischen Frauenbewegung, sondern der gesamten Arbeiterbewegung überhaupt sehr zu bedauern. Bedeuten doch die Beratungen der delegierten Genossinnen eine wertvolle Vorarbeit für den Parteitag, durch welche sich zugleich nach außen hin das zielbewusste Zusammenarbeiten von Mann und Frau, wie es keine andere Partei aufzuweisen hat, glänzend dokumentiert. Die junge kraftvolle sozialistische Frauenbewegung darf keine Gelegenheit vorbegehen lassen, die sich ihr zur Betätigung bietet. Bedeutet doch für sie jede Art der Betätigung Kraftzunahme, deren sie dringend bedarf, will sie weiter so erfolgreich arbeiten wie bisher. Die „Gleichheit“ geht ja des Näheren auf die verschiedenen Arbeitsgebiete ein, deren In-

angriffnahme oder Weiterbearbeitung gerade aktuell sind und eine Verständigung der tätigen Genossinnen dringend nötig erscheinen lassen. Hier sei darauf verwiesen und nur der einen großen, Zukunft gestaltenden Aufgabe gedacht: Der weiteren politischen Mobilisierung und Organisation der weiblichen proletarischen Massen, deren Mütter, Kinder und Säuglinge so dringend vermehrten Schutzes bedürfen, wie die gesamten Arbeits- und Lebensverhältnisse überhaupt weitere Hebung und Besserung nötig haben. Ein Stillstand, wenn nicht gar Rückschritt, würde es für die kämpfende Arbeiterinnenorganisation bedeuten, wenn ihr durch die Nichtinberufung der Frauenkonferenz aus ihrem zieleiferen Wege ein Kampfmittel verloren gehen und eine Hemmung entstehen sollte.

Die Hausangestellten rühren sich.

Für die Hausangestellten gilt fast noch mehr als für andere Arbeiterinnenkategorien das Wort: Ohne festen Zusammenschluß gibt es keinen wirtschaftlichen, geistigen und sozialen Aufstieg, gibt es keine hellere Gegenwart, keine sonnigere Zukunft!

Erläuternd genug: Durch Ausnahmebestimmungen (Bestimmungen) unter Androhung von Geld- oder Haftstrafen zum unbedingten Gehorsam den „Herrschaften“ gegenüber verpflichtet, bei diesen in Kost und Logis, im täglichen persönlichen Verkehr mit ihnen, wodurch das Gefühl der Abhängigkeit noch vergrößert wird, in vollständiger sozialer Isolierung, ist die einzelne Hausangestellte vollständig wehr- und machtlos. Da ist es denn auch nicht weiter verwunderlich, daß diese modernen Hausknechte über schlechte Behandlung, Verhöhnung und Behausung, über den Mangel an persönlicher Freiheit und freier Zeit, über tägliche Arbeitszeiten von 14-18 Stunden und Stundenlöhne von 3, 4, 5, ja sogar von 2 1/2 Pf. zu Klagen haben.

Die junge, sich kräftig entfaltende Bewegung der Hausangestellten hat ein weites, schier unüberschaubares Arbeitsfeld vor sich. Mit heller Begeisterung und frischem Mut, wie es jungen Bewegungen ziemt, geht sie aber auch ans Werk und hat trotz ihrer Jugend schon recht Erfreuliches für ihre Mitglieder erzielt. Ein Arbeitsvertrag, der das Minimum an Forderungen für die Hausangestellten enthält, wird überall, wo die Organisation Fuß gefaßt hat, propagiert, und das trägt vor allem zur Erweckung des Persönlichkeits- und des Klassenbewußtseins der Hausangestellten bei. Die durch die Bewegung geschulten Hausangestellten begnügen sich jedoch keineswegs damit, durch Vereinbarungen mit den „Herrschaften“ wirtschaftliche Vorteile zu erzielen, sie haben vielmehr erkannt, daß ihr Ringen um den Aufstieg erfolgreicher sein wird auf einem gesicherten Rechtsboden, wenn ihre Kampfeskraft erhalten und gestärkt wird durch eine durchgreifende Sozialgesetzgebung (Arbeiterinnenschutz und -versicherung) und wenn ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gehoben wird durch eine bessere Allgemein- und Berufsbildung.

Alle die dahin zielenden Forderungen, seit langem von der Sozialdemokratie erhoben, von ihren Vertretern im Parlament vertreten, in den Massen des Volkes propagiert, die zum Teil im sozialdemokratischen Programm festgelegt sind, finden deshalb nicht nur einen kräftigen Widerhall bei den Hausangestellten, sondern werden auch ganz selbstständig jetzt von ihnen diskutiert, gefördert und spezialisiert. Mit einem Wort: Die Hausangestellten sind jetzt selbst die Träger dieser Forderungen geworden.

So nehmen zum Beispiel die Hausangestellten erneut Stellung zur Beseitigung der Bestimmungen und zur Schaffung von Sondergerichten, ähnlich den Kaufmanns- und Gewerbegerichten für die Handlungsgehilfinnen und gewerblichen Arbeiterinnen. Sie nehmen Stellung zur Reichsversicherungsordnung, fordern die Unterstellung der Hausangestellten unter die Unfallversicherung, desgleichen das Obligatorium für Krankenversicherung und die Gleichstellung mit den gewerblichen Arbeiterinnen. Sie protestieren gegen die Einbeziehung in die Landrentenklassen ohne Selbstverwaltungsrecht, wie es in der Reichsversicherungsordnung geplant ist. Soweit die Fürsorge für Schwangere und Wöchnerinnen durch die Krankenversicherung geregelt wird, dessen sich die Forderungen der Hausangestellten mit dem von den Genossinnen in Wannheim aufgestellten Minimalprogramm für Mutterchutz. Und schließlich fordern die Hausangestellten die obligatorische Ausdehnung des Fortbildungunterrichts auf die Hausangestellten. Petitionen, in denen die Forderungen der Hausangestellten formuliert und begründet sind, werden dem Reichstagen zugehen, nachdem die Hausangestellten selbst überall diese Forderungen diskutiert haben.

Man sieht, ein überaus reiches geistiges Leben herrscht in der jungen Bewegung. Die Beschäftigung mit all diesen Fragen trägt zur intellektuellen Hebung und Entwicklung der Hausangestellten bei. In der Folge werden sie um so mehr befähigt, während unter ihren Berufskolleginnen zu wirken, die Organisation zu stärken und mit Erfolg den Kampf für ihren wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg zu führen. Gleichfalls aber wird auch ihr Blick geweitet, ihre Erkenntnis wächst über ihre Berufsinteressen hinaus, es wird ihnen die Ueberzeugung vermittelt, daß ihre Interessen auf das engste verknüpft sind mit denen der gesamten Arbeiterschaft, sie nicht nur Berufsinteressen zu fördern, sondern in vollem Umfang am Klassenkampf teilzunehmen haben.

Arbeiterfrauen und Mütter!

Setzt, daß eure Köcher, die sich in dienender Stellung befinden, der Organisation der Hausangestellten beitreten. — Nur durch vereinte Kraft wird es den Hausangestellten gelingen, sich Anerkennung und ihr Recht zu erobern.

Gerichts-Zeitung.

Betrugsanfrage wegen 21 Pfennigen!

Mit welcher Leichtigkeit in manchen Fällen die Staatsanwaltschaft Anfrage wegen Lappalien erhebt, die bei näherem Zusehen sich als nicht strafbare Handlungen erweisen, zeigt wieder einmal eine Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg. Angeklagt wegen fortgesetzten Betruges war der Kaufmann Karl B. aus Steglitz. Eines Tages erschien bei dem Angeklagten, der ein Delikatessengeschäft betreibt die Frau Intendantensekretär Krainin in Begleitung ihres Ehemannes und kaufte ein Stück Blutwurst zum Preise von 85 Pfennigen und ein Stück Leberwurst, welches 60 Pfennige kostete. Zu Hause angekommen, hielt es Herr B. für unumgänglich notwendig, die gekaufte Wurst mit peinlicher Genauigkeit auf der Waage nachzuwiegen. Er entdeckte, daß an der Blutwurst einige Gramm, die einen Wert von 7 Pfennigen hatten, fehlten, während bei der Leberwurst nach seiner Rechnung sogar ganze 14 Pfennige nach seiner Ansicht fehlten. Wegen dieses „ungeheuerlichen Betruges“ erstattete Herr B. unverzüglich Anzeige bei der Staatsanwaltschaft, die auch die vorliegende Anfrage erhob. Der Angeklagte hatte schon in seiner ersten Vernehmung angegeben, daß er seine Wurst so teuer verkaufen könne, wie es ihm passe. Es handelte sich hier auch gar nicht um eine abgewogene Wurst, sondern um ein Stück Wurst, welches so verkauft worden sei, wie es gerade dargelegen habe. Die an den Waren befindlichen Preise hätten sich nur auf ganze Würste bezogen, während er übriggebliebene Stücke zu einem nach dem Augenmaß angenommenen Preise verkaufe. Diefelben Angaben machte der Angeklagte vor Gericht, welches auch nach kurzer Beratung auf Freisprechung auf Kosten der Staatskasse erkannte, da jeder Anhalt für einen Betrug fehle.

Automobilschwindel.

Am betrügerische Transaktionen handelte es sich in einem umfangreichen Strafprozeß, der gestern und vorgestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Reichhelm zur Verhandlung gelangte. Angeklagt wegen Betruges in fünf Fällen oder wegen Beihilfe sind der Kaufmann Siegfried Jacobs, der Kaufmann Dr. Hans Strahmann, der praktische Arzt Dr. med. Maximilian Wolfheim und der Kaufmann Adolf Mittelshaus. Der Angeklagte Jacobs befindet sich in Untersuchungshaft. Der Anklage liegt folgender Sachverhalt zugrunde:

Dr. Wolfheim befand sich Ende 1907 in sehr schwierigen finanziellen Verhältnissen, die ihn schon vorher gezwungen hatten, ein Darlehen aufzunehmen. Um sich aus dieser Geldnot zu retten, wandte er sich an den Angeklagten Dr. Strahmann, damit ihm dieser auf ein Blankoaktzept Geld verschaffe, nötigenfalls durch An- und Verkauf eines Wertgegenstandes. Dr. Strahmann wandte sich an Jacobs, und beide erwarben gegen eine geringe Anzahlung und ein Aktzept Dr. Wolfheims ein der Schauspielerin Johanna Volking gehöriges Automobil, das diese für 8000 R. verlaufen wollte. Sie beauftragte mit dem Verkauf den ihr bekannten Angeklagten Karminski, der sich an Jacobs wandte und mit diesem einen Preis von 7000 R. für das Automobil vereinbarte. Karminski soll nun nach der Behauptung der Anklage einerseits bei Fräul. Volking den Irrtum erregt haben, daß Wolfheim ein ganz sicherer Mann sei, andererseits sollen sowohl Karminski als auch Jacobs bei Berechnung des Kaufpreises, der Provision und auch sonst bei Umwidlung dieses Geschäfts im trüben gefischt haben. Zur Belegung des Kaufpreises ließ sich Jacobs 2200 R. bar und das Blankoaktzept Wolfheims von Strahmann geben. Dieses wollte er aber 4000 R. ausfüllen, soll es aber auf 6000 R. ausgefüllt und die Barsumme von 2200 R. um 200 R., angeblich als Provision für Karminski, gefürzt haben. Der Wechsel Wolfheims ist mangels Zahlung zu Protest gegangen, und Fräul. Volking hat weder den Wagen noch die von ihr dazu mit überlieferten Reservepapiere wieder erlangt. Sie hat also für den Wagen, der 9000 R. wert war, nur 2000 R. erhalten, wovon sie noch ihrerseits eine Provision von 500 R. an Karminski zahlte, außerdem eine Provision von 8000 R. gegen den zahlungsunfähigen Wolfheim. — In gleicher oder doch ähnlicher Weise soll die Kontingente Automobilgesellschaft in Berlin geschädigt sein. — Ein dritter Fall betrifft den von Jacobs und Strahmann vermittelten Verkauf eines Automobils von Dr. Ebers in Berlin an den jetzt geisteskranken Oberleutnant Bingel in Krefeld gegen Zahlung in Wechseln. In einem vierten Falle vermittelte Jacobs den Ankauf zweier Mercedeswagen von der Firma Rathis in Straßburg i. E. für den Angeklagten Braß gegen 7000 R. Anzahlung und dessen Aktzept über 9000 R. Der Wagen soll von Jacobs sofort mit Gewinn weiter verkauft sein. Die Wechsel gingen mangels Zahlung zu Protest.

Der Staatsanwalt beantragte gegen die Angeklagten Kaufmann Siegfried Jacobs 1 1/2 Jahre Gefängnis, gegen den prakt. Arzt Dr. Wolfheim 500 R. Geldstrafe, gegen den Kaufmann Dr. Strahmann 9 Monate und gegen den Agenten Rudolf Mittelshaus 4 Monate Gefängnis. Das Urteil, dem der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Reichhelm eine längere Begründung vorausschickte, in der er die Angeklagten als gemeingefährliche Schädlinge der anständigen Geschäftswelt bezeichnete, ging weit über die Anträge des Staatsanwalts hinaus. Es lautete: gegen Jacobs auf 2 Jahre Gefängnis, gegen Dr. Wolfheim wegen Betruges auf 1000 R. Geldstrafe, gegen Dr. Strahmann auf 2 Jahre Gefängnis und gegen Mittelshaus auf 6 Monate Gefängnis. Auf Antrag des Staatsanwalts wurden die Angeklagten Jacobs und Dr. Strahmann sofort verhaftet, da bei der Höhe der erkannten Strafe Fluchtverdacht als vorliegend erachtet wurde.

Einen recht raffinierten Trick

Hatte die Frau Emma Albrecht aus Charlottenburg angewendet, die sich gestern vor der Strafkammer des Landgerichts III wegen Betruges und schwerer Urkundenfälschung in 25 Fällen zu verantworten hatte. — Im Oktober und November v. J. lauchte in Charlottenburg und Schöneberg eine Schwindlerin auf, die in folgender Weise operierte: An den Hintereingängen verschiedener Wohnungen erschien eine Frauensperson und erkundigte sich bei dem öftnenden Dienstmädchen, ob die Herrschaft zu Hause sei. Sobald dies verneint wurde, erzählte die Unbekannte, daß die Herrschaft unterwegs eine Bestellung gemacht habe, mit der Anweisung, die betreffenden Waren sofort mit einer quittierten Rechnung nach ihrer Wohnung zu schicken. Die Frauensperson gab dann ein recht umfangreiches und auch sehr schönes Paket ab und präsentierte eine auf Beträge von 4 bis 7 R. ausgestellte Rechnung, die in den meisten Fällen dann auch von den Dienstmädchen bezahlt wurde. Erst als die Herrschaft dann nach Hause kam, ergab es sich, daß die Dienstmädchen einer abgefemten Schwindlerin zum Opfer gefallen waren. Die Pakete bestanden aus mit Sand oder Nadel gefüllten Wappschachteln. Trotz öffentlicher Warnungen gelang es der Verurteilten, diesen Trick allein in Charlottenburg über zwanzigmal zur Anwendung zu bringen. In einem Falle war die Schwindlerin jedoch so unvorsichtig, einen Karton zu benutzen, auf welchem sich ihre volle Adresse befand. Es war die jetzige Angeklagte Albrecht, die auch von sämtlichen geschädigten Dienstmädchen sofort wieder erkannt wurde. — Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf das raffinierte Vorgehen der Angeklagten eine Gefängnisstrafe von einem Jahre. Das Urteil lautete auf vier Monate Gefängnis.

Die Dienstmädchen wäuren der Schwindlerin nicht zum Opfer gefallen, wenn sie es stets ablehnen würden, ohne besonderen Auftrag irgendwelche Zahlungen zu leisten.

Korrigierte Streikurteile.

Bei dem vorjährigen Bauarbeiterstreik in Samter (Posen) kam es zu zahlreichen Zusammenstößen zwischen Streikenden und Arbeitsschlichtern, was zur Folge hatte, daß vierzig Personen — natürlich zum Teil Streikende — von dem dortigen Schöffengericht wegen Gewalttätigkeiten, Verurteilung, Rädigung usw. zu hohen Gefängnisstrafen, und zwar von vier Wochen bis zu drei Monaten, bestraft wurden. Sämtliche Verurteilten legten Verufung ein. Die Strafkammer in Posen kassierte alle Urteile und erkannte in den meisten Fällen auf Freisprechung — auch in den Fällen, wo das Schöffengericht mehrere Monate verhängt hatte — und bedachte einige andere mit niedrigeren Freiheits- und Geldstrafen.

Eingegangene Druckschriften.

„Deutsche Alpenzeitung“. Von Eduard Lanke. Jveltes Februarheft 1910. Preis vierteljährlich 4 R. Einzelheft 60 Pf. R. u. A. Postbankzahlung Reichs Post, Wien I, Seilergasse 4.

Jahreskarte für ärztliche Fortbildung. In zwölf Monatsheften systematisch angeordnete, illustrierte Lehrvorlesungen über den häuslichen Hilfsdienst des gesamten Heilwunders. Preis halbjährlich 8 R. Verlag von A. J. J.emann, Wandsbeck.

Die Verurteilten. Von Prof. Dr. Artur Dremos. Preis 1 R. Neuer Frankfurt Verlag, Frankfurt a. R.

Briefkasten der Redaktion.

Die kritische Sprechstunde findet Lindenstraße 3, zweiter Hof, letzter Eingang, vier Treppen, Sprechstunde 11-12 wochentlich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Sprechstunde 2. Sonntag abends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Einzelner und eine Zahl als Vertretung beizubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Die zur Beantwortung in Briefen können 14 Tage vergehen. Gültig fragen Sie man in der Sprechstunde vor.

R. G. 23. Die Krankenkasse, aber nicht die Versicherungsanstalt ist zur Zahlung des Sterbegeldes verpflichtet. — G. S. 30. Rein. — W. 20. Rein; zunächst müßte die Aufnahme in das Kataster durch die Berufsgenossenschaft bewiesen werden. — R. J. Wenn der Post A so nachgerichtet wird, wie Sie ihn schildern, so hätte keiner von beiden zu zahlen. — H. H. 27. 1. 60 R. 2. Welche Sie wollen. 3. In Berlin ist das Vollgeldverbot, sonst der Regierungspräsident zuständig. Ein Recht auf Naturalisation

bei ein Nichtdeutscher (Ausländer) nicht. **M. M. 1000.** Rein. — **M. R. 365.** Rein, der sogenannte Unfallschutz wird nicht vom Arbeitgeber, sondern von der Krankenkasse gezahlt. — **50.** In welchem Maße beugt kein Eigentümer gewährt zu werden. — **Müller 46 a.** Die Ihrem Braute gegebene Kaufsumme ist zurecht. Nur erfolgt die Eintragung nicht bis zum 31., sondern bis zum 27. Jahre. — **M. B. 100.** 1. Rein, notarielle Quittung genügt. 2. Das hängt von Ihrer Vereinbarung und dem Wortlaut der Eintragung ab. — **G. W. 100.** 1. Wenn Sie sich an Risikobeamten, Christen, Gläubiger, Sozialdemokraten, redaktion, Helsingborg. 2. Garbrieltbetarens feldbildung, Polster aus. Stockholm. 3. Das ist möglich. 4. Sechs Wochen zum ersten des Quartals. — **Fr. B. 30.** 1. Rein. 2. Ja. 3. Der Reststempel für 300-400 M. beträgt 50 Pf., für 400-500 M. 1 M., 500-666,66 M. 2 M., 4. Haben nicht haben die Gültigkeit, wenn aus dem Betrage Ihre Qualität hervorgeht. — **Martin, Cyprius 19.** Nur bis zum 1. Juli 1900. — **Milwiffend.** 1. Der Verlust kann gemacht werden. 2. In der Buchhandlung erhalten Sie alle Bücher. Wenn Sie sich direkt an dieselbe. 3. Ja. — **B. G. 6.** Sie müssen sich an die Gemeinde wenden (Arbeits-

verwaltung). — **P. G. 37.** 1. Ja, aus der schuldlose Ehegatte es nicht verbietet. 2. Ja. 3. Ja, das Scheidungsurteil ist vorzulegen. 4. Ja. — **B. M. 40.** 1. Nur mit Genehmigung der Mutter. Sie können es aber darauf ankommen lassen. 2. Bis zum vollendeten 21. Lebensjahre ja. — **Cito Ernst 7.** Wenden Sie sich an den Vize und fragen Sie eventuell auf Unterlassung der Rückführung. — Der Kaufpreis des Prozesses ist aber ein zweifelhafter. — **M. G. 73.** Rein. — **W. B. 5455.** 1. und 2. Ja. — **21. 60.** 1. Bis zum zurückgelegten 27. Lebensjahre. 2. Ein bestimmter Betrag ist nicht vorgeschrieben. Sie müssen eine hinreichende Unternehmung gemäßen. — **M. G. 100.** Ihre Frau möchte sich eine Karte für Selbstversicherer lösen. Sie kann dann Karten welcher Art Sie will lösen, muß aber dann innerhalb zweier Jahre mindestens 40 Karten lösen. Nachdem 500 Karten gelöst sind, erwirbt sie für Unrechte. Würde Sie in Arbeit setzen, so würden 300 Karten genügen. — **M. G. 1011.** Ein notarieller oder gerichtlicher Vertrag ist zu diesem Zweck erforderlich. Das Eigentum würden Sie aber nie wieder zurückverlangen können. — **W. M. 1000.** Rein. — **Bergelder.** Die Antwort war zurecht. Ein persönliches Erscheinen ist nicht erforderlich. — **G. Z. 100.** Sie können Ihren Teil noch jetzt ein-

tragen. — **St. 12.** Eine Beschlagnahme wäre erst möglich, wenn gegen Sie eine Forderung besteht. Sie können das Geld auch bei einer anderen Sparkasse anlegen. — **W. G. 18.** Rein. — **Sahlmann.** Die Weigerung entspricht leider dem Gesetz. — **M. B. 87.** Rein, weniger. — **B. G. 49.** Sie sind wahlberechtigt. — **T. 11.** 1. und 2. Ja. **G. B. 100.** Leider bis zum 1. Oktober. — **G. B. 9.** Der Anspruch ist nicht verjährt. Unseres Erachtens wäre auch die Klage nicht ausjährlos. — **G. Z. 2.** Rein.

Amflicher Marktbericht der kaiserlichen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. **Wid:** Zufuhr genügend, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise unverändert. **Geflügel:** Zufuhr genügend, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise befriedigend. **Fische:** Zufuhr reichlicher, Geschäft lebhaft, Preise befriedigend. **Butter und Käse:** Geschäft ruhig, Preise unverändert. **Gemüse, Obst und Saisfrüchte:** Zufuhr reichlich, Geschäft sehr still, Preise wenig verändert.

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, den 27. Januar.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Menst. (Anf. 8 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Der deutsche König.
Neues königl. Oper-Theater. Geschlossen.
Königl. Don Juans letztes Abenteuer.
Deutsches. Der Eiderspendigen Fällung.
Kammerspiele. Das Heim. (Anf. 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Leffing. Das Konzert.
Neues Schauspielhaus. Ihr letzter Brief.
Komische Oper. Die Fledermaus.
Berliner. Hohe Politik.
Heddel. Der Standal. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Wetten. Die geschiedene Frau.
Neues Opernhaus. Der Graf von Lügemburg.
Trianon. Burdand Efel.
Kleines. Der große Kame.
Rehdenz. Im Laubenschlag.
Thalia. Die Dollarprinzessin.
Schiller. O. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Der Pfarrer von St. Georgen.
Sch. u. Charlottenburg. Geschäft im Geschäft.
Freiwillig. Wilhelmshöhe. Großhablucht.
Volksoper. Cleopatra.
Luisen. Heimat.
Wies. Die Herren Söhne.
Lustspielhaus. Der dunkle Punkt.
Metropol. Galoshen — Die große Reue.

Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Lügemburg.
Sonnt. 3 Uhr: Der Zigeunerbaron.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der dunkle Punkt.
Volks-Oper.
SW, Belle-Alliance-Strasse Nr. 78.
Zum ersten Male:
Cleopatra.
Oper in 3 Akten nach einem
Bolspiel von Eug. Sana.
Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Möllner-Theat.).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Pfarrer v. St. Georgen.
Schauspiel in 5 Akten von
Heinrich Heide.
Ende 10 1/2 Uhr.
Freitag, abends 8 Uhr:
Viel Lärm um nichts.
Sonntags, abends 8 Uhr:
Nis Hobbs.

Schiller-Theater (Charlottenburg).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Geschäft ist Geschäft.
Schauspiel in 3 Akten von Octave
Mirbeau. Deutsch v. Max Schönan.
Ende 10 1/2 Uhr.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Melchiorbauer.
Sonntags, abends 8 Uhr:
Der Pfarrer v. St. Georgen.

Brauerei Friedrichshain am Königstor.
Größte Schenkwürdigkeit Berlins.
Heute Donnerstag: Kaiser Geburtstag-Feier.
Gr. Festvorst. Kirmes a. d. Alm.
Der berühmte
Festwirt
mit seiner Kruppe (60 Mitwirkende) aus München.
Anfang 8 Uhr. **Eintritt 20 Pf.**
Bislerarten haben volle Gültigkeit.
Morgen Freitag: Gr. Schlachtfest sowie
Prämierung der drei längsten Damenköpfe und
der drei größten Herrenschnitten (moderner Aus-
schnitt) 100 M. Geldpreise in bar.

Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide 108/114
Heute: Elltetag.
Großes Bockbier-Fest
Prämierung der größten ledernen Damenhandtaschen.
Preise M. 50.—, 30.—, 20.—.
Anmeldungen bis 10 Uhr abends an der Kasse.
Anfang 7 Uhr. **Entree 30 Pf.**

Ausstellung von Hunden
aller Rassen
Ausstellungshallen
am Zoo
19-30 Januar
8-8 Uhr
Eintritt
Anfang bis 12 Uhr 1 Mark
Sonntag 12-3 Uhr Vorführung
der prämierten Hunde

Freie Volksbühne
Morgen Freitag, abends 8 1/2 Uhr,
im großen Saale des Gewerkschaftshauses:
General-Versammlung.
Lichtbilder-Vortrag von Hermann Hillig-Hamburg:
Ein Stück praktischer Kunstpflege
(Die Arbeiterwohnung).
Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes, Revisions-
bericht, Diskussion.
Die Mitgliedskarte gilt als Eintrittslegitimation.
Die nächsten Stücke:
Lessing-Theater: Neues Schauspielhaus:
Hanneles Himmelfahrt. **Traumulus.**
Thalia-Theater: **Der große Tote.**
Jugend. **Residenz-Theater:**
Der Dorityrann. **Musotte.**
240/5 **Der Vorstand: I. V.: G. Winkler.**

Golies Caprice. Eifer in Acher.
Bunter Teil. Der Mann meiner
Frau. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Casino. Der Ubergänger.
Gedr. Herrfeld. So muß man's
machen. Ein Rettungsmittel.
Gastspiel. Der Polizeihund. (Anf.
8 1/2 Uhr.)
Hoards. Büchlein. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Apollon. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichsbahnen. Steifener Sänger.
Palast. Spezialitäten.
Vonage. Spezialitäten.
Burgundhagen. Spezialitäten.
Karl Haberland. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Urania. Fandentrache 48/49.
Abends 8 Uhr: Im Firmenglanz
des Oberengadin.
Schaal 8 Uhr: Dr. W. Berndt:
Der prähistorische Mensch.
Stern-art. Anwaltdem. 37-62.

Luisen-Theater.
Gastspiel Lucie Bärna.
Heimat.
Schauspiel von Hermann Sudermann.
Ragda: Lucie Bärna.
Freitag: Heimat.
Sonntags nachm. 4 Uhr Kinder-
vorstellung: Händel u. Gretel. 8 Uhr:
Lotos Vater.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Reue
um die Erde in 80 Tagen. 8 Uhr
zum erstenmal: Der Weichenreiser.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132
Anf. 8 Uhr. Ende 11 1/2 Uhr.
Die Herren Söhne.
Bolspiel in 3 Akten von Walter
und Stein.
Freitag: Faust. — Sonntags und
Sonntag: Die Herren Söhne.
Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Saale
gesetzt von Dir. Rich. Schultz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollon Theater
Sechste Woche! Anfang 8 Uhr.
Henry Bender
als **Prinz Pinne.**
9 Uhr 15:

Lotte Sarrow i. d. r. Rimodrama
„Die Ehebrecherin“.
9 Uhr 45:
Schimpanse
Konsul James Great.

WINTERGARTEN
Letzte Woche!
Olga Desmond,
die Berühmtheit der „Schönheits-
Abende“
sowie die von Publikum und
Presse glänzend beurteilten
Januar-Attraktionen!

**Walhalla-
Variete Theater**
Weinbergsweg 19-20, Rosenthaler.
Anfang 8 Uhr:
Vollständig neue Spezialitäten.
Tunnel: Vordierfest.
Regimentstabelle, Schrammeln.
Theaterbesuchern freier Eintritt!

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Donnerstag, den 27. Januar 1910:
Der Wolkkönig
Große Gesangspoffe in 4 Akten von
H. Mannstädt.
Musik von G. Steffens.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
**Im Firmenglanz des Ober-
Engadin.**
Hörssaal 8 Uhr: Dr. W. Berndt:
Der prähistorische Mensch.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Macapa Rossi
Schneider Duncker
Mile. Farfalla
und das sensationelle
Januar-Programm.

Herrnfeld
Theater
Kornmandantenstr. 57. T. H. 4, 5083.
Durchschlagendster Erfolg!
**„So muß
man's machen“**
Burdette mit Gesang in 2 Akten.
Musik von E. Hjal, mit den Autoren
Anton und Donald Herrnfeld in den
Hauptrollen. Uebers:
Ein Rettungsmittel
Komödie v. L. Hana.
Anfang 8 Uhr.
Vordierfest 11 bis 2 Uhr.
Sonntag nachmittag 4 Uhr:
Die beiden Bindelbands.

Passage-Panoptikum.
Senegal in Berlin!
50 wilde Weiber
Männer, Kinder.
Drei Negerdörfer
Ohne Extra-Entree!

Palast-Theater.
Direktion: Robert Dill & Karl Pirna.
Burgstraße 24, am Bahnhof Böde.
**Das sensationelle
Januar-Programm.**
u. a.:
Kapit. Frahns dress.
Seelöwen.
Anfang 8 Uhr.
Entree 50 Pf., bis 2 M.
Vorgangarten, zu heißen Preisen
gültig, überall.

Folies Caprice.
Sicher ist sicher.
Bunter Teil.
Der Mann meiner Frau.
Anf. 8 1/2 Uhr. Sonntags 11-2

W. Noacks Theater
Oranienstr. 16, am Kolonnenplatz.
Abends 1/2 9 Uhr:
Buschlied.
Vollständig mit Gesang.
Freitag: Die lustigen Weiber
von Lindor.
Sonntags: Das große Heim.

Zirkus Schumann
Donnerstag, 27. Januar 1910,
abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Fest-Vorstellung.
Auftreten des Kommissionsrats
Gustav Stensbeck als Gast
mit seinen neuen hervor-
ragenden Schulpferden.
Original-Bagonghi,
der kühnste kometische Reiter
der Welt
Sergeant Brennan,
der anerkannt beste Diabolospieler.
Dr. Albert Schumanns
neue und moderne Dressuren.
de Harlow, der Froschmensch
ganz hervorragend in seinen
Leistungen.
Um 9 1/2 Uhr **Ende 11 Uhr**
Die drei Rivalen
Große Partie in 3 Akten.

Zirkus Busch.
Heute Donnerstag, den 27. Januar,
abends 7 1/2 Uhr prä:
Große Gala-Fest-Vorst.
Sisters Curtis!
Luftserpentin-Akt.
Hr. Heinrich Filla, Schulkreiter.
Die Morandinis.
Phänomenale Leiterakrobaten
? Fr. Krombker?
Herr E. Schumann, Neudress.
9 1/2 Uhr ca. Ende ca. 11 Uhr
Die russ. Sensations-Pantomime
Marja.
Die ber. span. Tänzerin Rosario.

Karl Haverland
Anfang Theater, präz. 8 U.
77/79 Kommandantenstraße 77/79.
Das glänzende erstklassige
Januar-Programm.
Schlager auf Schlager!

Casino-Theater
Lottnerer Straße 37. Täglich 8 Uhr:
Sensationeller Lacherfolg!
Der Obergänger.
Aufspiel in drei Akten von 1811.
Vorher: Das erstklassige bunte
Programm. Sonntag, nachm. 4 Uhr:
Trübdehns Sommerreise.

Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Buridans Efel.

Sanssouci, Kottbusser
Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Heute Donnerstag: Neues Progr.
Gente **Elite-Soiree** Tanz-
tränzchen
von
Hoffmanns Nordd. Sängern
Großer Erfolg des neuen
Soiree-Programms!
Aubelnder Weltall
Der Messerschmied.
Burdette in 1 Akt.
Beg. Sonnt. 5. nachm. 6 U.

Reichshallen-Theater.
StettinerSänger
Der Nachtwächter
von Serpentschke.
v. F. Moysel
Anfang:
Bodent.
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.
Billetts stets 8 Tage vorher.

Voigt-Theater
Gastspiel im Arnshof, Moabit,
Berliner Straße 26.
Donnerstag, den 27. Januar 1910:
König Heinrich und Katharina
Schwarz
oder: Ein Cyfer der Liebe.
Schauspiel in 7 Bild. v. R. v. Gottschall.
Raffeneröffnung 7, Anfang 8 Uhr.

ORPHEUM
50 BRÜCKENSTR. 2
an der Jannowitzbrücke.
**Deutschlands grösste und
vornehmste Lichtbühne**
650 Sitzplätze
Feenhalla Ausstattung
Beginn:
Wochentags 4 Uhr.
Sonntags 2 "

Buddenhagen
am Marktplatz
3/8 Uhr.
Im oberen Saale:
Die glänzenden Spezialitäten.

Heute 9 1/2 Uhr ringen:
Tuanista Roepell
Himmelland Dänzig
Gambler Barkowski
Berlin
Hess Buchheim
Baben Lechtigewichtmeister
von Sachsen.
Entscheidungsstampf:
Altman Gebhardt
Berlin Niddorf
Im unteren Saale:
**Alt-Germanisches
Bockhler-Kellerfest**
mit Doppel-Konzert.
Für den Inhalt der Zuzerare
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Am 5. Februar er. veranstaltet in Schmargendorf-Braunwald im Lokal „Saltpark“...

Reinickendorf-West. Die Wählerlisten zur Gemeindevahl liegen von heute ab beim Genossen F. Wahr, Zigarrenhandlung, Kögelstraße 16, aus.

Berlin. Am Sonntag, den 30. Januar er., findet beim Genossen Franz Salzmann, Restaurant „Bellevue“ ein gemütliches Beisammensein der Parteigenossen und Genossen statt.

Berliner Nachrichten.

Der Tag des Königs.

In allen preussischen Schulen ist heute Feiertag. Die Berliner Schulkinder, die von Politik soviel versteht wie der Strauchhahn von Bildung...

Wenn die Provinzialen morgen die sprachlosende Großstadtprasse lesen, die trotz aller Mühsalverkrümmungen diesmal nicht ein einziges Knopflochbändchen ergattern konnte...

Die Direktion des Märkischen Museums hat einen bemerkenswerten Beschluß gefaßt, der anknüpfend an bereits früher getroffene Maßnahmen letzten Jahres darauf hinausläuft...

Andere für den Augenblick wichtigere neue Aufgaben haben zeitweise dieses Unternehmen in den Hintergrund gedrängt. Um aber bei der stetig fortschreitenden Erneuerung von Berlin auch in seinen älteren Teilen...

Generation in möglichst getreuer Wiedergabe festzuhalten, ist nunmehr beschlossen worden, jene Tätigkeit wieder energisch aufzunehmen und systematisch im Uebe alles was unter obigen Gesichtspunkten erhaltenswert erscheint...

Der Wagen der Kirche ist zwar stets aufnahmefähig, aber er kriegt nicht alles, was er begehrt. Der Tribut, der den Mitgliedern der Kirchengemeinden in Form einer Kirchensteuer abgefordert wird...

Der Wagen der Kirche

Der Ertrag der Kirchensteuern wird auch dadurch beeinträchtigt, daß bekanntlich von Jahr zu Jahr immer mehr die Zahl derjenigen wächst, die nicht länger als Gemeindeglieder gelten wollen...

Aber selbst hiermit ist die Reihe der Enttäuschungen, die dem ach so geräumigen Wagen der Kirche bereitet werden, noch nicht erschöpft. Nur zu oft stellt sich heraus, daß irrtümlich auch solche Personen zur Kirchensteuer veranlagt wurden...

Der Polizeipräsident teilt mit: Am 27. d. Mts. (Kaisers Geburtstag) werden folgende Verkehrsbeschränkungen erforderlich: I. Von 9 Uhr vormittags ab bis gegen 1 1/2 Uhr nachmittags wird der gesamte Verkehr über die Kaiser-Wilhelm-Brücke...

meinen Rat als Unfug, so nimmt das Weiträumigere Verfahren seinen Gang, und Du kannst es erleben, daß schließlich der Vollstreckungsbeamte Dir für die Kirche abfordert, was Du ihr nicht schuldig bist.

In wie großer Zahl irrige Veranlagungen zur Kirchensteuer vorkommen, ist schwer zu sagen. Aber man kann sich eine ungefähre Vorstellung davon machen, wenn man sieht, wie weit das Ergebnis der Eingziehung von Kirchensteuern hinter dem erwarteten Betrag zurückbleibt...

Das sind ein paar recht fette Happen, die da dem Magen der Kirche entzogen worden sind. In den angegebenen Summen stehen nicht nur Steuerbeträge, die überhaupt zu Unrecht ausgeföhren waren, sondern auch solche, auf die verzichtet werden mußte...

Direkte Personen- und Gepäckabfertigung von und nach Berliner Vorortstationen.

Die Eisenbahnverwaltung ist bekanntlich schon im Jahre 1908 einem lange gehegten Wunsch der Vororte dadurch entgegengekommen, daß sie den größeren Vorortstationen gestattet hat, im Fernverkehr Fahrkarten nach Stationen der preussisch-heiländischen Staatsbahnen (unter Erhebung eines geringen Zuschlages) zu den Berliner Hauptbahnhöfen auszustellen...

Verkehrsbeschränkungen.

Der Polizeipräsident teilt mit: Am 27. d. Mts. (Kaisers Geburtstag) werden folgende Verkehrsbeschränkungen erforderlich: I. Von 9 Uhr vormittags ab bis gegen 1 1/2 Uhr nachmittags wird der gesamte Verkehr über die Kaiser-Wilhelm-Brücke...

den 1283 Affordbetrieben geregelt wird, zeigt eine aufgenommene Statistik. In 180 Betrieben wird Ausschuss nicht abgezogen; von 671 Betrieben wird der Schaden auch dann abgezogen, wenn der Former kein Verschulden trifft; in 560 ganz; in 111 teilweise; von 1094 Betrieben, wenn der Former ein Verschulden trifft, in 896 ganz, in 198 teilweise, und in 137 Betrieben werden bei Fehlgüssen auch die Löhne anderer Arbeiter mit abgezogen. Die Mehrzahl der Betriebe macht also Abzüge, auch wenn der Arbeiter kein Verschulden trifft. Die Unternehmer genieren sich also nicht nur umgekehrte Abzüge zu machen, sondern ziehen auch noch Löhne anderer Betriebsarbeiter als Schadenersatz mit heran. Die stark vorherrschende Affordarbeit bewirkt aber, daß die Arbeiter bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit getrieben werden, worunter die Aufmerksamkeit naturgemäß leiden muß. Es kommt häufig vor, daß Arbeiter Stunden- und tagelang an einem defekten Stück gearbeitet haben, ohne nachher einen Pfennig Lohn zu erhalten, obgleich sie den Schaden vorher gar nicht sehen konnten. Die ganze Gefahr für den Erfolg wird somit den Arbeitern aufgeschoben. Die Kontrolle des Materials, der Zutaten untersteht den Ingenieuren; der Arbeiter hat nichts zu sagen; wenn er fachmännischen Rat erteilen wollte, wäre er beim Ingenieur abgemeldet. Eine Aenderung dieser Zustände herbeizuführen ist nur auf zwei Wegen möglich: durch die Gesetzgebung und durch Selbsthilfe. Der letztere ist noch der sicherste. Die Organisation muß ausgebaut werden, die Zahl der Fördernden muß weit größer werden. Erfolge können nur erzielt werden, wenn Arbeiter sich nicht mehr durch Drohungen mit Entlassung dazu bewegen lassen, den Ausschusschaden selbst zu tragen. Es muß auch dahin kommen, daß jedem Former der Stundenlohn für die Zeit, die er für Ausschussarbeit aufgewendet hat, erstattet wird. Die Fabrikanten erklären diese Forderung für eine Prämie auf die Faulheit. Das ist aber nur eine Scheinbegründung, denn sollten nur die Meister und übrigen in festem Lohn stehenden Angestellten das nötige Pflichtbewußtsein besitzen? Aus alledem sollen die Arbeiter lernen, die Organisation zu stärken, dann werden sie auch andere Verhältnisse schaffen.

Dem mit Beifall aufgenommenen Referate folgte eine ausgedehnte Diskussion, in der die Ausführungen des Referenten noch nach mancher Seite hin ergänzt wurden. Wesentliche Einwände wurden nicht erhoben. Eine weitere Versammlung soll nach dieser Frage gewidmet werden.

Vermischtes.

Die Hochwasserkatastrophe in Frankreich.

Aus Paris wird vom gestrigen Tage folgendes gemeldet: Nach Meldungen vom Oberlauf der Seine dürfte der kritische Zeitpunkt heute nacht eintreten. Voraussichtlich wird das gegenwärtige Hochwasser das von 1802 um 25 Zentimeter übertreffen. Das in der Pariser Chronik verzeichnete Hochwasser von 1688 scheint größer gewesen zu sein. Aus St.-Just bei Eprenay wird gemeldet, daß der Deich des Marne-Rheinkanals geborsten ist; die Lage ist sehr bedenklich. In Auelle-sur-Touche (Dep. Charente) wurde eine starke Erdschütterung verspürt, die drei Sekunden dauerte.

Aus der Provinz laufen weitere Diösposten ein. In Mâcon hat die Bevölkerung vor dem Hochwasser der Saône die Häuser räumen müssen, die Umgegend von la Vresse ist von jedem Verkehr abgeschnitten, in Verdun sind

elf Häuser eingestürzt.

In Meaux sind mehrere Straßen sowie die Gasarenkaserne überflutet, auch die Nachbarorte stehen unter Wasser. In Pils herrschen heftige Stürme. Im Arrondissement Hazebrouck sind die Kanäle und Flüsse über ihre Ufer getreten, im Norden von Pas de Calais ist jeder Verkehr unterbrochen. In Souvigny sur Orge nimmt das Hochwasser noch immer in bedrückendem Maße zu;

das Glend ist groß, aller Handel und Wandel stockt. Im Arrondissement Eprenay ist die Lage sehr ernst, in Conflans sind vierzehn Häuser eingestürzt. In St.-Just im Departement Aube hat der Kanal von Troyes die Dämme durchbrochen, nähere Nachrichten fehlen; mehrere Familien von Gutspächtern sind von den Fluten überrascht worden. In Charenton hält das Steigen der Marne an, 4000 Personen müssen noch ihre Wohnungen räumen. Aus Bordeaux wird ein Anwaschen der Flüsse Gers, Charente, Adour und Dordogne gemeldet; mehrere Dächer sind vom Sturm abgehoben worden.

Eine weitere, gestern abend aus Paris eingetroffene Meldung besagt: Nach kalter Nacht begann es heute früh 6 1/2 Uhr zu schneien; am Vormittag fiel der Schnee in kleinen Flocken, blieb aber nicht lange liegen. Das Wasser steigt immer noch und richtet besonders im zwölften und dreizehnten Arrondissement, sowie auf der Place Maubert, am Pont Neuf, auf der Place de la Concorde und in Passy großen Schaden an. Der Invaliden-Bahnhof ist überschwemmt, ebenso die Strecke der Untergrundbahn unter der Place de la Concorde. Nach einer Mitteilung der Orleans-Eisenbahn-Gesellschaft ist der Betrieb infolge des Hochwassers vollständig eingestellt.

Nach den neuesten Meldungen aus Paris steigt das Wasser der Seine immer noch. Ein Teil des Ministeriums des Auswärtigen ist geräumt worden, insbesondere gefährdet ist das Jabelviertel. 120 Seeleute und 74 Boote sind aus den Häfen eingetroffen und nach Alfort befördert worden, wo infolge dessen jede Lebensgefahr für die Bevölkerung beseitigt ist. 4177 Telephonabonnenten sind vom telephonischen Verkehr abgeschnitten. Man erwartet für morgen ein weiteres Steigen des Wassers um 80 Zentimeter. Das „Journal Officiel“ ist heute vormittag nicht erschienen, es wird am Abend im abgeänderten Format erscheinen. Nach Meldungen aus der Provinz steigt auch die Marne noch immer. Der Doubs und die Saône scheinen jedoch zu fallen.

Der Mord in dem Dorfe Hohenbruch an der Kremmener Bahn dem, wie wir meldeten, der Heizer Emil Leonhardt aus Berlin zum Opfer gefallen ist, hat noch immer nicht aufgeklärt werden können. Auch die vorgelegte vorgenommene Obduktion der Leiche des Getöteten hat einen sicheren Anhalt über die Todesursache nicht gegeben. Der verhaftete Monteur Augustin ist in das Neu-Kuppiner Landgericht eingeliefert worden, von dem die Untersuchung geführt wird. A. bestreitet, den Mord begangen zu haben. Er will an dem fraglichen Abend total betrunken gewesen sein und behauptet, daß auch der Verlorene stark dem Alkohol zugesprochen hatte und wahrscheinlich in der Dunkelheit in den Wassergraben gefallen sei. Er sei zwar mit Leonhardt gemeinsam aus dem Hohenbrucher Gasthause fortgegangen, habe sich aber bald von dem Verstorbenen getrennt und sich um diesen nicht weiter gekümmert. Durch Zeugen soll jetzt festgestellt worden sein, daß Augustin vor längerer Zeit von Leonhardt eine größere Summe entliehen hatte und daß letzterer wiederholt vergeblich um Rückgabe des Darlehens erwidert hat. Die vorgelegte erfolgte Verhaftung des Tatortes durch eine Gerichtskommission, zu der auch der Verdächtige hinzugezogen worden war, hat neue Momente nicht erbracht.

Auf der Suche nach den Vermissten. Wie aus Bern gemeldet wird, ist gestern früh von Amsteg in Uri eine Rettungskolonie zum Auffuchen der beiden vermissten Schiffler aus Zürich entsandt worden. Die gestern von Linthal abgehogene Rettungskolonie ist am Nachmittag zurückgekehrt; sie ist bis zur Claridenhütte gelangt und hat im Hütenbuch eine Eintragung gefunden, wonach die beiden Vermissten dort über Nacht geweilt sind und sich dann weiter gewandt haben. Gestern wurde unterhalb der Querschütte im Maderanental ein Kofleuer beobachtet. Man vermutet, daß dieses Signal von den beiden vermissten Touristen gegeben wurde.

Von einer Lawine überrascht. Einer Meldung aus Bellinzona zufolge wurden am Forcolapaz zwischen dem Misoxal und Chiavenna sieben italienische Schmuggler von einer Lawine überrascht, die sechs von ihnen fortrug. Nur einer konnte sich retten.

Der Eyprehzug New York—Chicago entgleist.

Ein Telegramm aus New York meldet: Der amerikanische Eyprehzug zwischen New York und Chicago entgleiste gestern morgen in der Nähe von Lowville im Staate New York und wurde vollständig zertrümmert. Glücklicherweise wurden nur zwei Personen getötet. Die Passagiere in den sechs Schlafwagen wurden durch den Unfall stark hin und her geworfen, niemand jedoch schwer verletzt. Der Eyprehzug hält nicht zwischen den Stationen Syracuse und Albany. Als dieser gestern morgen 1/2 Uhr Sy. aus verließ, hatte er eine Geschwindigkeit von 70 Meilen, die der Ingenieur bis Albany wieder einholen wollte. Durch die schützenden Berge, in der der Zug zahlreiche Kurven zu passieren hatte, rasste er mit einer Geschwindigkeit von 140 Kilometern die Strecke durch den Morgennebel dahin. Dazu erhob sich ein furchtbarer Schneesturm. Der Zug fuhr bei seiner Entgleisung in einen Graben. Starke Eisen- und Stahlbänder bogen sich wie dünner Draht. Der Ingenieur flog durch das Fenster der Maschine gegen eine Telegraphenstange und war sofort tot. Der Heizer wurde vollständig verdrückt. Sieben von den Passagieren aus den zertrümmerten Schlafwagen, die stundenlang völlig unbefleidet dem Schneesturm preisgegeben waren, dürften mit schweren Erfaltungen davonkommen.

Witterungsbericht vom 26. Januar 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometrischer Stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur Grad C	Stationen	Barometrischer Stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur Grad C
Emmende	734	S	3 wolfig	-1	Caparanda	750	SO	2 heiter	-22
Hamburg	733	S	5 bedekt	-0	Petersburg	754	SO	3 wolfig	-16
Berlin	736	SW	3 bedekt	1	Seila	741	SW	4 wolfig	-7
Frankfurt	741	SW	5 wolfig	-1	Bertheim	743	SW	1 heiter	-12
München	744	SW	6 heiter	-4	Paris	742	SO	1 Schnee	1
Wien	743	SW	1 bedekt	0					

Wetterprognose für Donnerstag, den 27. Januar 1910.

Ein wenig kälter, viel öfter, aber sehr veränderlich mit leichten Schneefällen und mäßigen südlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Wasserbau, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		seit		Wasserstand	am		seit	
	25. 1.	24. 1.	cm	mm		25. 1.	24. 1.	cm	mm
Remel, Elbtal	506 ⁵	—	—	—	Saale, Großh.	279	—	—	—
Bregel, Jüterbog	34 ⁴	—	—	—	Qabel, Saandau	132	—	—	—
Seichel, Thon	134 ⁴	—	—	—	Rathenow	150 ⁴	—	—	—
Oder, Rastow	136 ⁴	—	—	—	Spree, Sorenb.	62	—	—	—
Strosen	243	—	—	—	Deeslow	172	—	—	—
Frankfurt	241	—	—	—	Saale, Müden	38	—	—	—
Wartbe, Schramm	146 ⁷	—	—	—	Müden	164	—	—	—
Landberg	124	—	—	—	Rhein, Marienau	730	—	—	—
Rega, Boddamm	46	—	—	—	Raub	560	—	—	—
Elbe, Zeitz	68	—	—	—	Rin	615	—	—	—
Dresden	—	—	—	—	Redar, Heilbronn	200	—	—	—
Bard	310	—	—	—	Rain, Berthelm	266	—	—	—
Magdeburg	259	—	—	—	Roßel, Lier	281	—	—	—

¹) + bedeutet Buss. — Anl. ²) Unverändert. ³) Eisland. ⁴) Oberhalb der Angerappbrücke Eisland. ⁵) Eisreiben. ⁶) Schwaches Grundeis. ⁷) Grundeisgang. Auf der Elbe bei Hohnstorf schwaches Eisreiben.

Nur bis 5. Februar



Inventur-Verkauf

zu aussergewöhnlich billigen Preisen
nur Jerusalemer Strasse 38-39

Diese selten günstige Kaufgelegenheit erfreut sich eines äusserst regen Zuspruchs. Niemand sollte es versäumen, sich von den gebotenen Vorteilen zu überzeugen.

Rationelle Kinder-Stiefel

in den bekannt guten Qualitäten
besonders preiswert

Serie I
Mädchen-Schnür- u Knopfstiefel
Kalbleder, besonders dauerhaft

25-27	28-30	31-35	36-38
3.80	4.80	5.80	6.80

Serie II
Mädchen-Schnür- u Knopf-Stiefel
Chevreau und Boxcalf

25-27	28-30	31-35	36-39
4.80	5.80	6.80	7.80

Knaben-Schnür-Stiefel
echt Boxcalf
sehr dauerhaft

31-35	36-39
7.25	8.50

Kinder-Haus-Schuhe
sowie Restbestände aller Arten
ausserordentlich billig

Grosse Posten Herren- und Damen-Stiefel

Chevreau, Boxcalf, braun Chevreau
in vielen Fassons und Ausführungen

Serie I 9⁷⁵ Serie II 11⁷⁵ Serie III 13⁷⁵
früher 12⁵⁰ früher 15⁵⁰ früher 18⁰⁰

Die früh. Preise sind an jedem Paar Stiefel deutlich erkennbar

Ein Posten
Damen-Stiefel u. Halbschuhe
Chevreau und Boxcalf
nur kleine Nummern: 35, 36, 37, extra billig, durchweg 5⁸⁰

Grosse Posten
Damen-Tanz-Schuhe
in den verschiedensten elegantesten Ausführungen
besonders preiswert 3⁷⁵ 5⁵⁰ 6⁷⁵

Grosse Restbestände von Hausschuhen und Hausstiefeln

für Herren und Damen
aussergewöhnlich billig

Ein Posten
Damen-Haus-Schuhe sehr preiswert
Kamelhaar-Art
in verschiedenen Qualitäten

1.10	1.75	2.25	3.00
------	------	------	------

Ein Posten
Damen-Leder-Haus-Schuhe
mit Absatzfleck, schwarz, braun, bordeaux,
sehr vorteilhaftes Angebot .. durchweg 2.80

Ein Posten
Damen-Gummi-Schuhe
extra billig 1.50 u. 2.10

Kein Kaufzwang — Um Besichtigung der Waren wird gebeten

